

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Walter Baum
Ernst Deuerlein
John Gimbel
James K. Pollock

Zusammenbruch
und Neubeginn

Zum 8. Mai 1945

B 18/65
5. Mai 1965

Walter Baum, Dr. phil., (ao.) Professor und Gastprofessor an amerikanischen Universitäten, z. Zt. im Schuldienst, geb. 7. März 1914 in Berlin.

Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte: Marine, Nationalsozialismus und Widerstand, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/63; Die Regierung Dönitz in der heutigen wissenschaftlichen Forschung, in: W. Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz, Göttingen 1964³.

Ernst Deuerlein, Dr. phil., o. Professor für Geschichte an der Phil.-Theol. Hochschule Dillingen/Donau; geb. 9. September 1918 in Rückersdorf bei Nürnberg. Zahlreiche Aufsätze, Akteneditionen und Untersuchungen zur neueren und neuesten Geschichte.

John Gimbel, Ph. D., ao. Professor für Geschichte, Humboldt State College, Arcata, California.

Veröffentlichungen u. a.: A German Community under American Occupation, Marburg 1945—1952, Stanford 1961 (deutsch: Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung, Marburg 1945 bis 1952, Köln 1964).

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“.

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung.

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

James K. Pollock, o. Professor für Politische Wissenschaften an der Universität von Michigan (Ann Arbor), geb. 25. Mai 1898 in New Castle, Pa., zwischen 1945 und 1950 Berater der Amerikanischen Militärregierung bzw. des amerikanischen Hochkommissars in Deutschland.

Veröffentlichungen u. a.: German Election Administration, 1934; The Government of Greater Germany, 1938; What Shall Be Done with Germany?, 1944; Germany in Power and Eclipse, 1952; German Democracy at Work, 1955; Germany under Occupation (mit Meisel u. Bretton), 1960.

Verlorener Sieg?

War der Krieg zu gewinnen?

Am 8. Mai 1945, um 23.01 Uhr mitteleuropäischer Zeit, endete Hitlers totaler Krieg mit der totalen Niederlage, der größten militärischen und politischen Katastrophe, die das Deutsche Reich in seiner wechselvollen Geschichte erlebte¹⁾. Ein „tragisches Schicksal“ war sie nicht: Sie war nicht das Ende einer unausweichlichen, blind von höheren Mächten über Unschuldige verhängten Entwicklung, sondern die unleugbare Schuld einer verbrecherischen Führung und ihres Anhangs — ein Unheil, das „vom anderen Deutschland“ vorausgesehen worden war und das hätte vermieden werden können²⁾.

Die Parole „Im Felde unbesiegt!“ kann diesmal nicht ausgegeben werden; dafür wird auf andere Weise versucht, die Tatsachen zu ver-

drehen. Es heißt etwa: „Die Tragik, daß wir diesen Krieg verloren haben, wird noch größer durch die Erkenntnis, daß wir ihn hätten gewinnen können.“³⁾ Dieser Satz, von Ribbentrop, dem „Außenminister des Dritten Reiches“ für seine geplanten Memoiren in der Nürnberger Gefängniszelle notiert, beweist nicht nur seine persönliche Inkompetenz, sondern ist auch ungefähr der Ausdruck noch heute oft gehörter Meinungen⁴⁾. Wird der vollständige Zusammenbruch nicht geleugnet, so wird doch versucht, die Schuldigen zu entlasten und eine Art neuer — gewandelter — „Dolchstoßlegende“ zu konstruieren⁵⁾. Die eine Behauptung, daß der Krieg zu gewinnen war, enthält implizite die andere, es sei bei der Niederlage „nicht mit rechten Dingen“ zugegangen, sie sei das Ergebnis von „Sabotage“ und „Verrat“.

¹⁾ Vgl. die Kapitulationsurkunden von Reims und Berlin, in: Germany Surrenders Unconditionally. Facsimiles of the Documents, National Archives Publication No. 46 — 4, Washington, D. C., 1945, S. 9 u. 31. — Vgl. ferner für den Zusammenbruch: Die Niederlage 1945. Aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Percy Ernst Schramm, dtv-Dokumente, München 1962, und Walter Baum, Der Zusammenbruch der obersten deutschen militärischen Führung 1945, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 10. Jg./1960, S. 237 ff.

²⁾ Über die Schuld am Zweiten Weltkrieg vgl. Walther Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Eine Studie über die internationalen Beziehungen im Sommer 1939, Stuttgart 1954, inzwischen in Neubearb.: Frankfurt/M. 1964; ders., Die Diktatur Hitlers bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, in: Handbuch der Deutschen Geschichte, neu hrsg. von Leo Just, Bd IV, Abschn. 4, Konstanz 1960; Der Beginn des Zweiten Weltkrieges, Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1960; Der Zweite Weltkrieg. Ursachen und Folgen in der Sicht deutscher und ausländischer Historiker, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 35/64 v. 26. 8. 1964, und zur Diskussion über die Bücher von Hoggan und Taylor im einzelnen: Hermann Graml, Zur Diskussion über die Schuld am Zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/64 v. 1. 7. 1964, und Gotthard Jasper, Über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges. Zu den Büchern von A. J. P. Taylor und David L. Hoggan, in: Vf ZG Bd 10/1962, S. 311 ff., auch: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/62 v. 12. 12. 62; schließlich Hermann Graml, David L. Hoggan und die Dokumente, in: GWU 14. Jg./1963, S. 492 ff.

INHALT	
Walter Baum:	
Verlorener Sieg?	Seite 3
Ernst Deuerlein:	
Das Problem der „Behandlung Deutschlands“	Seite 26
John Gimbel:	
Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945—1949	Seite 47
James K. Pollock:	
Die Entwicklung der deutschen Selbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg	Seite 54

³⁾ Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau, Leoni am Starnberger See 1954, S. 269.

⁴⁾ Vgl. allgemein Hans-Helmut Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Bonn 1961.

⁵⁾ Vgl. dafür auch Friedrich Frhr. Hiller von Gaertingen, „Dolchstoß“-Diskussion und „Dolchstoßlegende“ im Wandel von vier Jahrzehnten, in: Geschichte und Gegenwartsbewußtsein. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 122 ff., auch in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/63 v. 17. 4. 63.

Tatsächlich schienen die gewaltigen und überraschenden deutschen militärischen Anfangserfolge den Sieg greifbar nahe gerückt zu haben. Die eindringlichen Warnungen der zuständigen Stellen, voran des ehemaligen — wegen seiner Opposition gegen kriegerische Abenteuer entlassenen — Generalstabschefs des Heeres Beck, schienen unbegründet gewesen zu sein⁶⁾. Polen wurde rasch geschlagen, ohne daß England und Frankreich gewagt hatten einzugreifen; Dänemark und Norwegen wurden handstreichartig besetzt; ein Blitzfeldzug warf Frankreich nieder; selbst die Sowjetunion wurde anfangs überrannt, nachdem zuvor noch auf dem Balkan Griechenland und Jugoslawien mit schnellen, improvisierten Operationen ausgeschaltet worden waren: die deutschen Armeen standen überall tief im Land des Feindes oder hatten sein Gebiet völlig besetzt. Sogar in Afrika waren die italienischen Niederlagen durch Rommel wieder wettgemacht worden, und sein Siegeszug schien die so wichtige Mittelmeerposition Großbritanniens, des am schwersten zu fassenden Gegners, entscheidend zu erschüttern. Konnten da nicht wirklich viele, selbst solche, die anfangs gezweifelt hatten, an den Sieg glauben? Man mußte schon weiter blicken, um zu erkennen, daß alle diese Erfolge trügerisch und die Aussichten gar nicht sicher waren.

Erster und nächstliegender Grund für die deutschen Überraschungserfolge war die zeitweilige Rüstungsüberlegenheit. Zwar war die Deutsche Wehrmacht von 1939 im Vergleich zu der von 1914 nicht so viel stärker,

⁶⁾ Vgl. allgemein Wolfgang Foerster, Ein General kämpft gegen den Krieg. Aus nachgelassenen Papieren des Generalstabschefs Ludwig Beck, München 1949; Neuaufll. unter dem Titel: Generaloberst Ludwig Beck. Sein Kampf gegen den Krieg, München 1953; ferner Gert Buchheit, Ludwig Beck, ein preußischer General, München 1964.

Becks Denkschriften: Foerster, a. a. O., S. 81 ff., S. 90 ff. — Vgl. ferner die Denkschrift („Lagebetrachtung“) aus dem OKM vom Juli 1938; Weisungen des Obersten Befehlshabers der Wehrmacht für den Fall „Grün“. Akten des OKM, 1. Abt. Skl Ia, Heft 2, Befehle für Geheimhaltung, Anlaufen der Maßnahmen, Stellungnahmen usw.: ungedruckt, Bundesarchiv Koblenz. — Dazu: Vizeadmiral a. D. H. Heye: ZS Nr. 246, ungedruckt, Archiv d. Inst. f. Zeitgeschichte München. — Vgl. auch Helmut Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, hrsg. von der Europäischen Publikation e. V., Bd. I, München 1956, S. 307 ff.

wie Hitler behauptete⁷⁾ — im Gegenteil⁸⁾. Hatte Hitler früh und bewußt begonnen aufzurüsten⁹⁾, so war der Aufbau der Wehrmacht bei Kriegsausbruch noch längst nicht abgeschlossen. Das Heer sollte etwa 1942/43 fertig sein; die Marine sogar erst 1944/45¹⁰⁾. Selbst die Luftwaffe war für die Aufgabe, die ihr der Zweite Weltkrieg auf die Dauer stellte, nicht gerüstet¹¹⁾; auch sie wäre erst etwa 1944—46 so weit gewesen¹²⁾. Von der wehrfähigen Bevölkerung waren ungefähr 60 % unausgebildet. Das Friedensheer hatte eine Stärke von nur 400 000 Mann statt von 800 000 im Jahre 1914¹³⁾. Munition war viel zu wenig vorhanden¹⁴⁾. Wenn Hitler behauptete, es seien von 1933 bis 1939 90 Milliarden RM für die Rüstung aufgewendet worden¹⁵⁾, so war das eine gewaltige Übertreibung aus Propagandagründen, und zwar auch dann noch, wenn unter „Rüstung“ mehr verstanden wurde als die Herstellung von Kriegsmaterial. Nach Berechnungen, denen die Produktionszahlen der gesamten deutschen Industrie in diesen Jahren zugrunde liegen, und nach einem Vergleich

⁷⁾ Rede vom 1. Sept. 1939 vor dem Reichstag, in: Der großdeutsche Freiheitskampf. Reden Adolf Hitlers, I. Bd: vom 1. Sept. 1939 bis 19. März 1940, II. Bd: vom 10. März 1940 bis 16. März 1941, München, 2. Aufl. 1943, S. 25; ferner Ansprache Hitlers vom 23. Nov. 1939 an alle Oberbefehlshaber: IMT Bd XXVI, S. 327 (PS- 789). — Vgl. auch das Interview des ObdH vom 31. Okt. 1939 mit der Zeitschrift „Freude und Arbeit“, gedruckt in: Chronik des Krieges. Dokumente und Berichte, Bd I/II, hrsg. von Karl Schwarz, Berlin 1940, S. 295 f.

⁸⁾ Vgl. Becks Denkschriften: Foerster, a. a. O. (Anm. 6), S. 86 u. 91.

⁹⁾ Vgl. allgemein Gerhard Meinck, Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933 — 1937, Wiesbaden 1959; Emil Leeb, Aus der Rüstung der Dritten Reiches. Das Heereswaffenamt 1938 — 1945, Frankfurt/M. 1958; Rolf Benschel, Die deutsche Flottenpolitik von 1933 bis 1939, Frankfurt/M. 1958, und Albert Kesselring, Die deutsche Luftwaffe, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1953, S. 384 ff.

¹⁰⁾ Jodl in Nürnberg: IMT Bd XV, S. 384 ff.

¹¹⁾ Milch in Nürnberg: IMT Bd IX, S. 68 u. 90.

¹²⁾ Milch: IMT Bd. X, S. 72.

¹³⁾ Jodl: IMT Bd. XV, S. 386.

¹⁴⁾ An den vom OKH geforderten Vorräten, die bis für 4 Monate reichen sollten, fehlten bei: Pistolenpatronen etwa 70%, Infanteriepatronen etwa 60%, 2-cm Flak etwa 70%, leichten Granatwerfern etwa 88%, schweren Granatwerfern etwa 90%, leichtem Feldgeschütz 18 etwa 75%, schwerem Feldgeschütz 33 etwa 65%, schwerster Artilleriemunition etwa 75%. — Vgl. dafür: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, hrsg. v. Wilhelm Treue, in: VfZG Bd 3/1955, S. 197, Anm. 27.

¹⁵⁾ Rede vom 1. Sept. 1939, a. a. O. (Anm. 7), S. 25.

mit den Summen, die in derselben Zeit im Reichshaushalt als Ausgaben für Rüstung und Wehrmacht eingesetzt wurden, konnte der Produktionswert der Rüstungsindustrie im engeren Sinne nur etwas über 14 Milliarden Reichsmark betragen haben, das heißt statt der angeblichen fast 40 % nur 6—7 % der gesamten Industrieproduktion. Die Richtigkeit des Resultats ergibt sich auch daraus, daß diese Prozentzahl auffallend gut übereinstimmt mit dem Anteil am Stahlverbrauch¹⁶⁾.

Immerhin war ein relativer Rüstungsvorsprung vor den anderen Mächten zu Lande und in der Luft vorhanden dank der Versäumnisse der anderen. Nur die Marine war von vornherein hilflos unterlegen. Ihre Überwasserkräfte konnten, wie Raeder resignierend als „Gedanken des ObdM zum Kriegsausbruch“ am 3. September 1939 niederschrieb, „nur zeigen, daß sie mit Anstand zu sterben verstehen und damit die Grundlagen für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen gewillt sind“¹⁷⁾. Dafür waren Armee und Luftwaffe verhältnismäßig moderner als die der Gegner, die zum Teil veraltetes Material aufgehäuft hatten. Hitlers zweifellos vorhandener Sinn für Technik hatte dazu beigetragen¹⁸⁾, daß Panzer- und motorisierte Verbände aufgestellt und daß leistungsfähige Flugzeuge gebaut wurden, wenn diese auch später in ihren Typen nicht allen Anforderungen des Krieges genügten. Im ganzen war die Entwicklung „eindeutig auf den Bewegungskrieg zugeschnitten“¹⁹⁾, was zunächst soviel wie „Übermacht“ bedeutete.

Der andere, nicht minder wichtige Grund für die deutsche Überlegenheit war die moderne deutsche Führung. Wohl war die Spitzenorganisation, im Gegensatz zu ihrer scheinbaren Zusammenfassung im Oberkommando der Wehrmacht, alles andere als den Erfordernissen eines neuzeitlichen Krieges angemessen. Sie hätte in einer Auseinandersetzung, die

alle Räume — Land, Luft und See — umfaßte, die nicht nur militärisch, sondern wirtschaftlich, politisch und psychologisch geführt werden mußte, einer alles koordinierenden Planungs- und Zentralstelle bedurft²⁰⁾. Statt dessen waren die Führungsspitzen zersplittert, entsprechend Hitlers Grundsatz „teile und herrsche“. Das bedeutete, daß jeder Wehrmachtsteil tatsächlich seinen eigenen Krieg führte, daß bei Hitlers kontinentalem Denken die Notwendigkeiten des Seekrieges vernachlässigt wurden²¹⁾, ja daß es zu Lande bald sogenannte OKW- und OKH-Kriegsschauplätze gab²²⁾. Alles in allem herrschte auch hier ein organisiertes Chaos, das — wenn einmal — nur jeweils von der militärischen Vernunft der betreffenden Befehlshaber überwunden wurde.

Trotzdem war die deutsche Führung, zumal es sich bei Beginn des Krieges zu Lande um verhältnismäßig begrenzte Räume und Aufgaben handelte, den Gegnern überlegen. Nach gewissen anfänglichen Widerständen bei der „älteren Generation“, die konservativer war²³⁾, wurden die Möglichkeiten der neuen Waffen, des Panzers und des Flugzeugs, erkannt und ihr Einsatz in selbständig operierenden Verbänden durchdacht bzw. erprobt²⁴⁾. Die Erkenntnis, daß die Motorisierung mehr als reine Transportleistung erfüllen konnte,

¹⁶⁾ Vgl. dafür z. B. Albert Kesselring, Gedanken zum Zweiten Weltkrieg, Bonn 1955.

¹⁷⁾ Vgl. dafür etwa: Karl Jesco von Puttkamer, Die unheimliche See. Hitler und die deutsche Kriegsmarine, Wien-München 1952, S. 11 f.

¹⁸⁾ Vgl. die Übersicht in: Die höheren Dienststellen der Deutschen Wehrmacht 1933 — 1945, zus. gestellt von Fritz Frhr. von Sieglar, München 1953, S. 10.

¹⁹⁾ Vgl. Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 13 ff. — Vgl. ebda, S. 19 über die Skepsis Gen. Otto von Stülpnagels: „Glauben Sie mir, wir beide werden es nicht mehr erleben, daß deutsche Panzer rollen.“ — Vgl. ferner die Vorschrift vom 17. Okt. 1933 „Die Truppenführung“, die — wenn auch noch die Versailler Beschränkungen eine Rolle gespielt haben mögen — doch die Möglichkeiten der Motorisierung zu stark unterschätzte, indem sie nur Inf.- und Kav.-Divisionen vorsah. Vgl. Erich Schneider, a. a. O. (Anm. 19), S. 225.

Daß Beck ein so starker Gegner der neuen schnellen Verbände gewesen sei, wie Guderian behauptet (a. a. O., S. 26), wird begründet bestritten; vgl. Buchheit a. a. O. (Anm. 6), S. 68 ff.

²⁰⁾ Vgl. dafür Guderian selbst a. a. O. (Anm. 23), S. 28 ff.; für die Luftwaffe vgl. Kesselring, Deutsche Luftwaffe a. a. O. (Anm. 9), S. 148 f., und ders., Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953, S. 32 ff.; vgl. schließlich Peter Bor, Gespräche mit Halder, Wiesbaden 1950, S. 146.

¹⁶⁾ Die deutsche Industrie im Kriege 1939 — 1945, hrsg. vom Deutschen Inst. f. Wirtschaftsforschung (Inst. f. Konjunkturforschung), Berlin 1954, S. 22 f.

¹⁷⁾ Akten des OKM, ungedruckt; dem Sinne nach verschiedentlich wiedergegeben, so bei Erich Raeder, Mein Leben, Bd. 2, Tübingen 1957, S. 172, oder Bensele a. a. O. (Anm. 9), S. 68.

¹⁸⁾ Vgl. dafür Percy Ernst Schramm, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941 — 1942, Stuttgart 1963, Erläuterungen S. 95 ff.

¹⁹⁾ Erich Schneider, Technik und Waffenentwicklung im Kriege, in: Bilanz des Zweiten Weltkrieges, a. a. O. (Anm. 9), S. 225.

erbrachte neue Organisationsformen und Führungsgrundsätze, die sich im Felde bewährten.

Als auf der anderen Seite noch falsche operative Entschlüsse dazu kamen, die zum Teil aus der Rückständigkeit in Rüstung und Führungsmethoden herrührten²⁵⁾, waren die Voraussetzungen für die deutschen Siege gegeben. Übertriebenes Kraftbewußtsein der Polen, ihr Traum, auf Berlin marschieren zu können, ließ sie die Masse ihrer Truppen ungünstig aufstellen und von vornherein in eine fast ausweglose Situation geraten. Ihre Armee war von drei Seiten umfaßt und ging rasch der Vernichtung entgegen²⁶⁾. Daß die Westalliierten zögerten, ihrerseits anzugreifen, war dabei mit entscheidend. Im Westen waren nur geringe Sicherungskräfte zurückgeblieben, so daß keine Reserven zur Verfügung standen, wenn Frankreich losgebrochen wäre²⁷⁾. Ein energischer Stoß über den Rhein und gegen das Ruhrgebiet hätte schlimmste Folgen für die Deutschen haben können²⁸⁾, doch nahm man das Risiko in Kauf, weil man auf das französische Defensivdenken baute²⁹⁾.

Was der polnische Feldzug hätte lehren können: wie durch den operativen Einsatz schneller Verbände zusammen mit der Luftwaffe

²⁵⁾ Britische Offiziere glaubten z. B. nicht, daß größere Panzerverbände auf dem Schlachtfeld ebenso geführt werden könnten wie auf dem Manövergelände, s. Guderian a. a. O. (Anm. 23), S. 39; die Franzosen — außer dem damaligen Oberst de Gaulle — erkannten gleichfalls nicht die Möglichkeiten der Motorisierung: Charles de Gaulle, *Memoiren. Der Ruf / 1941 — 1942*, Berlin 1955, S. 12 ff.

²⁶⁾ Vgl. dafür allgemein: Generaloberst Halder, *Kriegstagebuch*, Bd I: Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive. ... Stuttgart 1962; Bor (Halder) a. a. O. (Anm. 24), S. 133 ff.; Helmuth Greiner, *Die oberste Wehrmachtführung 1933 — 1943*, Wiesbaden 1951, S. 29 ff. — Die neueste Darstellung findet sich bei Herbert Michaelis, *Der Zweite Weltkrieg*, in: *Handbuch der Deutschen Geschichte*, neu hrsg. von Leo Just, Bd. IV, Abschn. 5, Konstanz (noch im Erscheinen).

²⁷⁾ Im Mai 1939 hatte General Gamelin bei franz.-poln. Stabsbesprechungen durchblicken lassen, Frankreich werde am 16. Tage nach der Mobilisierung mit mindestens 35 Div. eine Offensive gegen das Reich eröffnen. Später wurde diese Zusage als unverbindlich hingestellt: L. B. Namier, *Diplomatic Prelude*, London 1948, S. 456 ff.

²⁸⁾ Vgl. für Hitlers Angst vor einem Stoß ins Ruhrgebiet („Achillesferse“): Rede vom 23. Nov. 1939: IMT Bd XXVI, S. 334; ferner Bor (Halder) a. a. O. (Anm. 24), S. 159; Jodls Aussage: IMT Bd XV, S. 385 f.

²⁹⁾ Bor (Halder), a. a. O. (Anm. 24), S. 159 ff.; auch de Gaulle, a. a. O. (Anm. 25), S. 10 ff.

Durchbrüche erzielt werden konnten, um dann mit „verkehrter Front“ den Gegner einzukesseln, das wurde von den Franzosen nicht begriffen. Zudem kam der deutsche Stoß an unerwarteter Stelle, auf einem „Schleichweg, auf dem man durch den Kriegsgott erwischt werden“ konnte³⁰⁾. Der „Liebesdienst“, mit den Armeen der Heeresgruppe 1 und dem englischen Expeditionskorps nach Belgien einzurücken, erleichterte den „Sichelschnitt“³¹⁾, der Frankreich etwa die Hälfte seiner besten Divisionen und die Masse seiner schnellen Verbände kostete³²⁾. Nach deren Verlust, nach dem Ausfall Hollands, Belgiens und der Engländer war die zweite Phase des deutschen Angriffs, bei der das Überraschungsmoment fehlte und ein frontaler Zusammenstoß bevorstand, doch kein allzu großes Wagnis mehr. Frankreichs Kraft war, auch psychologisch, gebrochen³³⁾, und der weitere Widerstand diente, wie Weygand am 25. Mai 1940 in einer Kabinettsitzung erklärte, nur noch der Ehrenrettung der Armee³⁴⁾.

Bei allen deutschen Operationen hatte auch „Kühnheit“, der Clausewitz „über den Erfolg des Kalküls mit Raum, Zeit und Größe hinaus ... noch gewisse Prozente“ zugesteht³⁵⁾, einen wesentlichen Anteil gehabt. Daß es gelang, Norwegen im Handstreich zu besetzen, vor allem die wichtigsten Häfen, war gerade dieser Tugend zu verdanken³⁶⁾. Allein bewährte sie sich hier nur deshalb, weil die Engländer — nachdem sie sich hatten allzu sehr überraschen lassen³⁷⁾ — nicht mehr ihre ganze Kraft zum Gegenstoß aufboten. Ob sich die deutschen Opfer in Norwegen überhaupt gelohnt hatten, ist ohnehin eine — zumindest

³⁰⁾ So Jodl in seinem Tgb. vom 17. 2. 1940: IMT Bd XXVIII, S. 402 (PS- 1809).

³¹⁾ Churchill über die deutsche Strategie in Frankreich: Winston S. Churchill, *Reden*, Bd 7: Geheimreden, Zürich 1947, S. 17.

³²⁾ Vgl. allgemein Michaelis, a. a. O. (Anm. 26), S. 76 ff.

³³⁾ Vgl. dafür etwa de Gaulle, a. a. O. (Anm. 25), S. 41.

³⁴⁾ Michaelis, a. a. O. (Anm. 26), S. 88.

³⁵⁾ Carl von Clausewitz, *Vom Kriege. Hinterlassenes Werk*, 1. Teil, Berlin 1832, S. 221.

³⁶⁾ Vgl. allgemein: Walther Hubatsch, *Weserübung. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940*, Göttingen, 2. Aufl. 1960; Michaelis, a. a. O. (Anm. 26), S. 58 ff.

³⁷⁾ Vgl. dazu die Tgb.-Eintragungen Ulrich von Hassells, *Vom anderen Deutschland*, Zürich und Freiburg 1946, Eintr. v. 6. 4. 40: S. 144, und vom 15. 4. 40: S. 146.

umstrittene — Frage. Als Basis für den Seekrieg im Atlantik konnte Norwegen nach der Besetzung Islands und der Färöer-Inseln durch die Engländer nicht in dem Maße ausgenutzt werden, wie man erhofft hatte. Die schweren Verluste der Marine beim Kampf um Norwegen wurden während des ganzen Krieges nicht wieder wettgemacht. Andererseits wurden dort stets verhältnismäßig starke Heereskräfte gebunden, die anderswo fehlten und nicht zu ersetzen waren. Churchills Urteil, die Besetzung von Dänemark und Norwegen sei ein strategischer und politischer Fehler gewesen, ist nicht nur Ausdruck persönlicher Verärgerung über die eigene Schlappe, sondern enthält einige Wahrheit³⁸⁾.

Gewonnen war der Krieg jedenfalls trotz aller großen deutschen Waffenerfolge nicht, solange England aufrecht stand oder sich nicht zum Nachgeben bereit zeigte. Churchill, der als Exponent des zähen britischen Widerstandswillens am 10. Mai 1940 — dem Tage des deutschen Angriffs im Westen — die Ministerpräsidentschaft übernommen hatte, dachte nicht an einen faulen Frieden³⁹⁾; und trotz aller Versicherungen Hitlers „gab es noch Inseln“⁴⁰⁾, jedenfalls für die deutsche Wehrmacht, die England weder zur See noch aus der Luft tödlich bedrohen konnte. Hier waren die Grenzen der deutschen Rüstung erreicht, die auch durch moderne Führungsgrundsätze oder „moralische Größen“ nicht zu überspringen waren. Die Behauptung, England sei geschlagen, habe es bloß noch nicht gemerkt, war leere Prahlerei⁴¹⁾, allenfalls dazu geeignet, Hitlers gläubigem Anhang etwas Mut zu machen⁴²⁾. Er selbst wußte es wahrscheinlich

besser⁴³⁾ und stand vor derselben ratlosen Frage „Was nun?“, wie am 3. September 1939, als er das britische Ultimatum erhielt⁴⁴⁾.

Der Versuch, England durch einen Angriff auf die Sowjetunion friedenswillig zu machen — weil ihm dann die „letzte Hoffnung“ genommen sei und auch Amerika wegfiel⁴⁵⁾ —, war mehr als ein Vabanque-Spiel, schon eine Bankrotterklärung. Wie froh war Hitler doch gewesen, in diesem Kriege den Rücken frei zu haben⁴⁶⁾. Jetzt beschwor er selbst die so gefürchtete Situation des Zweifrontenkrieges herauf⁴⁷⁾. Umsonst hatten die zuständigen Instanzen eindringlich gewarnt. Die Bedenken des Generalstabes wurden beiseite geschoben, die Alternativ-Vorschläge der Marine — England im Mittelmeer zu schlagen — desgleichen⁴⁸⁾.

Mit dem Rußland-Feldzug waren die deutschen Möglichkeiten endgültig überschritten. Er brachte „die eigentliche Krise des Krieges“⁴⁹⁾,

³⁸⁾ Vgl. auch Churchills Rede vom 18. Juni 1940: „Hitler weiß sehr wohl, daß er England niederwerfen muß, oder er wird den Krieg verlieren.“ A. a. O. (Anm. 38), S. 359.

³⁹⁾ Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923 — 45, Bonn 1954, S. 473.

⁴⁰⁾ Halder, KTB vom 31. Juli 1940, a. a. O. (Anm. 41), S. 49.

⁴¹⁾ Rede vor den OBs vom 23. Nov. 1939: IMT Bd XXVI, S. 330; Bor (Halder), a. a. O. (Anm. 24), S. 127; Rede vom 8. Nov. 1939: Reden Adolf Hitlers, a. a. O. (Anm. 7), S. 125. — Ebenso Göring am 9. Sept. 1939 in Berlin-Tegel: Chronik des Krieges, a. a. O. (Anm. 7), S. 142.

⁴²⁾ Über die Frage, ob die Landung in England jemals ernsthaft geplant war oder ob es sich nur um einen Bluff handelt, herrscht noch keine Einigkeit. — Vgl. im allgemeinen über die Pläne: Karl Klee, Das Unternehmen „Seelöwe“. Die deutsche geplante Landung in England 1940, Göttingen 1958; Ronald Wheatley, Operation Sea-Lion. German plans for the invasion of England 1939—1942, London 1958.

⁴³⁾ Vgl. allgemein: Gerhard L. Weinberg, Der deutsche Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion, in VfZG, Bd 1/1953, S. 301 ff., dagegen: Hans-Günther Seraphim und Andreas Hillgruber, Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland: ebenda, Bd 2/1954, S. 240 ff. — Sonst neuerdings für den ganzen Feldzug: Alfred Philippi — Ferdinand Heim, Der Feldzug gegen Sowjetrußland 1941 — 1945, Stuttgart 1962; für die sowjetische Geschichtsschreibung vgl. etwa Boris Semjonowitsch Telpuchowski, Die sowjetische Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941 — 1945, Frankfurt/M. 1961.

⁴⁴⁾ Bor (Halder), a. a. O. (Anm. 24), S. 198; Loßberg hält die Winterkrise 1941/42 für den „Kulminationspunkt“ des Krieges, nach dem Hitler „keine Chance mehr hatte, den von ihm verbrecherisch entfesselten Krieg zu überstehen“: a. a. O. (Anm. 41), S. 151.

³⁸⁾ Rede vom 11. April 1940 im Unterhaus: Winston S. Churchill, Reden, Bd 1: 1938 — 1940, Zürich 1946, S. 301. — Vgl. auch Hassell, a. a. O. (Anm. 37), Eintr. v. 15. 4. 40: S. 146.

³⁹⁾ Rede vom 13. Mai 1940: Churchill, a. a. O. (Anm. 38), S. 319 ff.

⁴⁰⁾ Rede vom 6. Okt. 1939: Reden Adolf Hitlers, a. a. O. (Anm. 7), S. 99.

⁴¹⁾ Vgl. Weisung Nr. 16 über die Vorbereitungen einer Landungsoperation gegen England: (Hrsg.) Walther Hubatsch, Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939 — 1945, Frankfurt/M. 1962, S. 61; Halder, KTB vom 22. 7. 1940, a. a. O. (Anm. 26), Bd II: Von der geplanten Landung in England bis zum Beginn des Ostfeldzuges, Stuttgart 1963, S. 31; Jodls Äußerung, bei Bernhard von Loßberg, Im Wehrmachtsführungsstab, Hamburg 1950², S. 86.

⁴²⁾ Vgl. dagegen die Denkschrift Erich Kordts für den Generalstab, daß der Krieg noch keinesfalls gewonnen sei: Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 404 ff.

obwohl die Schläge gegen Griechenland und Jugoslawien wie die Anfangsoperationen gegen die Sowjetunion die gleichen Ergebnisse zu versprechen schienen, wie sie bisher im Westen errungen worden waren⁵⁰). Den kleinen Balkanstaaten waren die Deutschen in Technik und Führung gewaltig überlegen; die Sowjetunion war überrascht worden, und ihre taktische Führung blieb anfangs weit hinter der deutschen zurück⁵¹). Dann aber erlitt die deutsche Armee gegen allen Zweckoptimismus Hitlers⁵²) das größte Desaster im Winter 1941/42⁵³), dessen Bedeutung nur deshalb nicht allgemein erkannt wurde, weil die NS-Propaganda aus dem Eintritt Japans in den Krieg und aus dessen Anfangserfolgen geschickt Kapital zu schlagen wußte⁵⁴). So imposant die japanischen Siege auch immer sein mochten, sie konnten keinen Ausgleich für das Potential der USA schaffen⁵⁵), die leichtfertig von Hitler in den Krieg hineingezogen worden waren⁵⁶). Seit dem 22. Juni 1941 waren die tatsächlich großen Weltmächte, darunter zwei Seemächte — die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten —, durch Hitler zwangsweise zu einer Koalition zusammengeschmiedet worden, gegen die das Deutsche Reich mit seinen Verbündeten nie auf-

kommen konnte⁵⁷). Wenn man davon absieht, daß der Krieg schon von Anfang an nicht zu gewinnen war⁵⁸), so war spätestens jetzt der Bogen überspannt. Sein Zerbrechen war nur noch eine Frage der Zeit, d. h. es dauerte, bis die andere Seite ihre Kräfte voll mobilisiert und in den Kampf geworfen hatte. Die folgenden schweren Niederlagen, beginnend mit Stalingrad, waren die Stationen auf dem Wege in den Abgrund, auf dem es — nachdem der letzte Versuch am 20. Juli 1944 gescheitert war — keine Umkehr mehr gab. Die Ardennenoffensive, von der Hitler sich eine entscheidende Wendung im Westen oder gar des ganzen Krieges erhoffte⁵⁹), erbrachte nicht mehr als einen vorübergehenden Rückschlag für die Alliierten⁶⁰). Sie war ein „verzweifelter Versuch in verzweifelter Lage“⁶¹) und ein schwerer Fehler auf deutscher Seite, weil hier

⁵⁰) Vgl. Kordt, Nicht aus den Akten (Anm. 42), S. 414, über eine Äußerung Becks: „Den Balkan wird Hitler wohl noch schaffen und neue Lorbeeren ernten. Erst nach einem Rückschlag wird man mich vielleicht wieder anhören.“ — Und ebda, S. 412, über eine Äußerung von Canaris: „Seit 1936 habe ich Rückschläge für Hitler vorausgesagt. Ich konnte das sehr gut begründen — aber immer wieder habe ich mich geirrt. Ein Seemann an Land verschätzt sich leicht. Jetzt wüßte ich kaum mehr anzugeben, weshalb und wo es schiefgehen wird. Aber ich fühle es genau, bald geht es in rasender Fahrt bergab.“

⁵¹) Günther Blumentritt, Ausbildungsstand und Schlagkraft der Roten Armee 1941 — 1942, in: (Hrsg.) B. H. Liddell Hart, Die Rote Armee, Bonn o. J., S. 143 ff.

⁵²) Vgl. dafür die Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) vom 18. Dez. 1940, in: Hubatsch, Weisungen, a. a. O. (Anm. 41), S. 84 ff.; ferner großspurige Äußerungen Hitlers bei Greiner, a. a. O. (Anm. 26), S. 326; desgl. bei Otto Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 101 f.

⁵³) Vgl. allgemein Rudolf Hofmann, Die Schlacht von Moskau 1941, in: Entscheidungsschlachten des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen und Jürgen Rohwer, Frankfurt/M. 1960, S. 139 ff.

⁵⁴) Vgl. auch Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1958², S. 318.

⁵⁵) Vgl. Kordt, Nicht aus den Akten, a. a. O. (Anm. 42), S. 416, über die Skepsis des deutschen Botschafters in Japan und seine eigenen Ansichten,

⁵⁶) „Eine Großmacht wie Deutschland wartet nicht, bis eine andere Macht ihr den Krieg erklärt, Deutschland wird daher von sich aus Roosevelt den Krieg erklären“, so Ribbentrop als „Stimme seines Herrn“: Kordt, Nicht aus den Akten, a. a. O. (Anm. 42), S. 438 f., und ders., Wahn und Wirklichkeit, a. a. O. (Anm. 54), S. 332.

⁵⁷) Für die katastrophale Fehleinschätzung der USA vgl. auch Görings Zweifel, daß die Amerikaner Flugzeuge bauen könnten, statt nur Eisschränke und Rasierklagen machen: zitiert bei A. Russell Buchanan, The United States and World War II, Bd 1, New York, N. Y. 1964, S. XV. — Auch hatte der deutsche Militär-Attaché in Washington reichlich merkwürdige Ansichten. Er meinte, Amerika sei moralisch und technisch nicht in der Lage, den deutschen Vorsprung einzuholen und treibe Bluffpolitik: Kordt, Wahn und Wirklichkeit, a. a. O. (Anm. 54), S. 142 u. 261; ferner Walter Schellenberg, Memoiren, Köln 1959, S. 171, und: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 — 1945, Serie D, Bd VII, Baden-Baden 1956, S. 230 f. — Für Hitlers eigene Fehleinschätzung der USA vgl. das Interview mit dem US-Korrespondenten Karl von Wiegand am 15. Juni 1940: Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 223 ff.

⁵⁸) Vgl. dafür Anm. 6; dazu die Äußerung von Canaris bei Kriegsbeginn: „Das ist das Ende Deutschlands“: Krausnick, a. a. O. (Anm. 8), S. 380, dort auch der Beleg.

⁵⁹) Vgl. Hasso von Manteuffel, Die Schlacht in den Ardennen 1944 — 1945, in: Entscheidungsschlachten, a. a. O. (Anm. 53), S. 531.

⁶⁰) Hitler versuchte später das Ergebnis zu bagatellisieren und meinte: „Wir haben ausgesprochenes Pech gehabt“; vgl. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), hrsg. von Percy Ernst Schramm u. a., Bd. IV, 1. Halbbd, Frankfurt/M. 1961, S. 64 f. — In Wirklichkeit hatten sich die wahren Kräfteverhältnisse deutlich gezeigt.

⁶¹) Jodl: Hitler, eine militärische Führerpersönlichkeit? — Gespräch, aufgezeichnet in Nürnberg; ungedruckt, pag. 9 (Privatbesitz).

die letzten Reserven verbraucht wurden, die im Osten nötiger gewesen wären⁶²). Gegen ungefähr 75 % des personellen und materiel-

len Potentials der ganzen Welt konnte das Reich trotz aller Tapferkeit seiner Soldaten nicht bestehen.

Das deutsche Kriegspotential

Das deutsche Kriegspotential war schwach und dem gegnerischen von vornherein unterlegen⁶³). Schon für den Friedensbedarf an wichtigen industriellen Roh- und Grundstoffen war das Reich weitgehend vom Ausland abhängig, für die zusätzliche Nachfrage während eines Krieges noch viel mehr⁶⁴). Allein Kohle war im Inland genug vorhanden und wurde genug gefördert, desgleichen war die Stickstoff-Versorgung gesichert, sonst waren die negativen Zahlen erschreckend hoch. Es fehlten nach offiziellen Aufstellungen im Jahre 1939 z. B. an Eisen 72 %, an Kupfer 92 %, an Zinn und Bauxit 98 %, an Phosphat 99 %, an Erdöl 90 %, an Flachs 36 %, an Rindshäuten 50 % und an Wolle 84 %. Naturkautschuk, Baumwolle oder Chrom fehlten ganz⁶⁵).

Schon die Hauptgegner zu Beginn des Krieges, besonders die Engländer, waren in dieser Beziehung wesentlich besser gestellt. Zwar mußten sie, wie Göring triumphierend bemerkte⁶⁶), die Rohstoffe erst heranholen, doch eben das konnten sie. Ihnen standen die Ozeane als Transportwege offen, weil die deutsche Seemacht zu schwach war, während umgekehrt die Gegenblockade, trotz aller großen Worte des Generalfeldmarschalls, nicht nur nicht „verdammte dünn“, sondern äußerst wirksam war. Die sowjetrussischen Lieferungen, die im Oktober 1939 in Moskau und Berlin vereinbart worden waren⁶⁷), verbesserten die Lage anfangs wohl beträchtlich, doch verstopfte

Hitler selber nach zwei Jahren diese Quelle. Daß indessen Kohle und Eisen — das nach Görings Worten künftig auch in ausreichender Menge vorhanden sein sollte⁶⁸) — als die „zwei Urrohstoffe“ die Lücken schließen könnten, war Unsinn⁶⁹). Selbst das Argument, der Kohle-Export könne uns den Kauf der fehlenden Rohstoffe ermöglichen, war nur bedingt richtig⁷⁰); denn wenn man schon Abnehmer für die deutsche Kohle fand, so waren diese noch lange nicht zugleich Lieferanten der fehlenden Rohstoffe. Die Quellen in anderen Ländern, in denen man mit den eingegangenen Devisen hätte einkaufen können, lagen aber nicht immer im deutschen Einflußbereich. Es blieb dafür die Hoffnung auf die deutschen Erfinder, an die Göring auch eindringlich appellierte⁷¹).

Die Aussichten waren in dieser Hinsicht nicht schlecht. Amerikanische Fachleute urteilten nach dem Kriege, als sie die beschlagnahmten deutschen Patente — ungefähr 346 000 an der Zahl — auf ihren Wert hin ansahen, daß Technik und Wirtschaft in den USA dadurch „um mindestens zehn Jahre vorangebracht“ worden seien⁷²). Ob die deutsche Forschung alle Mängel hätte überwinden können, ist eine andere Frage. Jedenfalls versagte die nationalsozialistische Staatsführung auch hier wieder einmal organisatorisch. Der Wahn, Blitzkriege führen zu können, ließ sie alle Vorhaben abbrechen, die nicht in kürzester Zeit voll erfolgreich wurden⁷³). Deshalb wurden viele, später unersetzliche Spezialisten zum normalen Truppendienst eingezogen. Während Goebbels dafür sorgte, daß Künstler der verschiedensten Gattungen für den Unterhaltungsbetrieb bei

⁶²) Vgl. Manteuffel, a. a. O. (Anm. 59), S. 559; Lothar Rendulic, Die Rückwirkung der Ardennen-Offensive auf die Ostfront, in: Wehrwiss. Rundschau 10. Jg./1960, S. 497 ff.

⁶³) Vgl. auch Hitler am 22. Aug. 1939 vor den OBs: IMT Bd XXVI, S. 340: „Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, daß wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring kann das bestätigen.“

⁶⁴) Vgl. Die deutsche Industrie, a. a. O. (Anm. 16), S. 15.

⁶⁵) Vgl. die Übersicht in: Die Deutsche Industrie, a. a. O. (Anm. 16), S. 165.

⁶⁶) Rede vom 9. Sept. 1939 in den Borsig-Werken in Berlin-Tegel: Chronik des Krieges, a. a. O. (Anm. 7), S. 144.

⁶⁷) Vgl. Chronik, a. a. O. (Anm. 7) S. 154, 160.

⁶⁸) Rede vom 9. Sept. 1939 (vgl. Anm. 66), a. a. O. S. 143.

⁶⁹) wie Anm. 68.

⁷⁰) Vgl. dafür auch allgemein Wilhelm Treue, Politische Kohle im ersten und zweiten Weltkrieg, in: GWU 11. Jg./1951, S. 185 ff.

⁷¹) wie Anm. 66: S. 143 f.

⁷²) Vgl. Größe und Verfall der deutschen Wissenschaft im Zweiten Weltkrieg, in: Bilanz, a. a. O. (Anm. 9), S. 252.

⁷³) wie Anm. 72, S. 256 ff., auch für das Folgende.

der Truppe und in der Heimat „uk-gestellt“ wurden, tat Rust nichts dergleichen in seinem Aufgabengebiet. Man war sogar stolz darauf, daß zu Kriegsbeginn mehrere tausend hochqualifizierte Wissenschaftler ihre Forschungsstätten verließen, um im Sinne der Parole von der „Volksgemeinschaft“ in sehr untergeordneten Stellungen Dienst zu leisten. Der Befehl Görings, nach dem Frankreich-Feldzug alle Entwicklungen einzustellen, die nicht innerhalb eines Jahres verwendbar wurden, bremste nicht nur jede weitere Waffenentwicklung, z. B. die des Düsenjägers, die 1939 begonnen worden war, sondern auch die Möglichkeiten der Ersatzstoff-Chemie. Erst als es nach Stalingrad sichtbar bergab ging, versuchte man die Versäumnisse wiedergutzumachen. Zur selben Zeit, als General Unruh daran ging, alles nach Männern für die Front durchzukämmen, wurde für Wissenschaft und Technik eine Gegenaktion durchgeführt. Ungefähr 10 000 Spezialisten wurden aus der Front zurückgezogen. Viele waren inzwischen gefallen, doch wurde versucht zu retten, was zu retten war. Der Erfolg war nur noch ein Bruchteil von dem, was bei vernünftiger Planung hätte erreicht werden können. Es war vielfach zu spät, und manche Entwicklung war bei Kriegsende noch nicht beendet oder noch nicht zur industriellen Produktion reif.

Hitler verstand nichts von der Wirtschaft oder hatte nur reichlich primitive Vorstellungen davon. Im Grunde genommen interessierte er sich überhaupt nicht dafür⁷⁴). Er glaubte, daß auch Wirtschaftspolitik eine Frage des Willens sei: Scharfe Befehle und entsprechende Androhung von Strafen für „Wirtschaftssabotage“ würden die erwünschten Resultate bringen. So proklamierte er in seiner Denkschrift über die Aufgaben des „Vierjahresplanes“ wörtlich⁷⁵): „Ähnlich der militärischen und politischen Aufrüstung bzw. Mobilmachung unseres Volkes hat auch eine wirtschaftliche zu erfolgen, und zwar im selben Tempo, mit der gleichen Entschlossenheit und, wenn nötig, auch mit der gleichen Rücksichtslosigkeit.“ Es ging ihm darum, „mit eiserner Entschlossen-

⁷⁴) Vgl. dafür etwa Hermann Rauschnig, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940, S. 172; Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 200; Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler, Hamburg-Stuttgart 1948, S. 9, 31; ders. 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 414; ferner allgemein Wilhelm Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VfZG Bd 3/1955, S. 184 ff.

⁷⁵) Treue, Vierjahresplan, a. a. O. (Anm. 74), S. 208, weiterhin für das Folgende.

heit auf all den Gebieten eine hundertprozentige Selbstversorgung“ zu erreichen, „auf denen diese möglich“ sei, vor allem bei „Brennstoff“ — gemeint waren Treibstoffe —, Gummi und Eisenerzen. Der Sinn der Anstrengungen war, die deutsche Wirtschaft in vier Jahren „kriegsfähig“ zu machen.

Was Hitler erwartete, war die „nationale Selbstversorgung mit kriegswichtigen Rohstoffen; eine „Einsparung und Bereitlegung . . . für den Krieg“ lehnte er kategorisch ab⁷⁶). So kam es, daß im Jahre 1939 zwar gewisse Vorräte an kriegsentscheidenden Rohstoffen eingelagert waren, sie für einen langen und kostspieligen Krieg aber nicht reichten⁷⁷). Hastige Einkäufe, besonders von Gummi und unedlen Metallen im Juli/August 1939, glichen das Manko nicht mehr aus⁷⁸). Besonders heikel stand es mit der Treibstoffversorgung, weil Hitlers Pläne vom „Vierjahresplan“ nicht im entferntesten erfüllt worden waren⁷⁹): Zu Beginn der politischen Spannungen war so wenig Flugbenzin vorhanden, daß der ganze Einsatz der Luftwaffe vom Eintreffen eines über den Atlantik kommenden Schiffes mit 600 t Bleitetra abhing⁸⁰). Gelöst wurde dieses Problem übrigens nie⁸¹). Trotz aller Bemühungen und vorübergehender Erfolge wurde der nüchterne, plastische Ausspruch eines amerikanischen Experten Wahrheit: „Nicht die Kanonen Frankreichs, Großbritanniens oder Polens, sondern das Klopfen seiner Flugmotoren wird Deutschlands Untergang einläuten.“⁸²) Umgekehrt zerschlug die feindliche Luftwaffe planmäßig das deutsche Potential an den Fronten und in der Heimat⁸³).

⁷⁶) wie Anm. 75, S. 209.

⁷⁷) Vgl. für die Bestände an wichtigen Rohstoffen die Tabelle in: Die deutsche Industrie, a. a. O. (Anm. 16), S. 18.

⁷⁸) Vgl. Hans Kehrl, Kriegswirtschaft und Kriegsindustrie, in: Bilanz, a. a. O. (Anm. 9), S. 272.

⁷⁹) Treue, a. a. O. (Anm. 74), S. 200. ff

⁸⁰) Schneider, a. a. O. (Anm. 19), S. 234.

⁸¹) Vgl. dafür allgemein: Wolfgang Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933 — 1945, Göttingen 1964, dort weitere Quellen und Literatur S. 267 ff.

⁸²) Birkenfeld, a. a. O. (Anm. 81), S. 140.

⁸³) Vgl. dafür allgemein: A. T. Harris, Bomber Offensive, London 1947, United States Strategic Bombing Survey, Overall Economic Effects Division: The effects of strategic bombing on the German war economy, Washington, D. C., 1945; G. W. Feuchter, Geschichte des Luftkrieges, Bonn 1954 (2. Aufl. 1957); Gerald Bowman, War in the Air, London 1956; John Herington, Air war against Germany and Italy 1939—1943, London 1955.

Wenn trotzdem kein rascher Zusammenbruch wegen Rohstoffmangels eintrat, so deshalb, weil — wie im Ersten Weltkrieg — die Praxis anders aussah als die Theorie, weil Not erfinderisch macht und weil einige Faktoren nicht richtig berechnet worden waren⁸⁴⁾. Erstens war der Verbrauch an Rüstungsgütern anfangs geringer als erwartet; die Blitzkriege waren nicht allzu kostspielig. Dann konnten noch Vorräte mobilisiert werden, die versteckt lagerten. Die Sammlung von Almetallen z. B.⁸⁵⁾ und die Beschränkung auf das Notwendigste beim zivilen Verbrauch ergab eine gewisse Reserve. Selbst in der Rüstungsproduktion war es möglich, drastische Einschränkungen durchzuführen, ohne daß die Qualität der Waffen litt⁸⁶⁾. Bis 1943 hin konnte zum Beispiel der Jahresverbrauch an Kupfer um etwa $\frac{2}{3}$ herabgesetzt werden. Nicht zuletzt gewannen die Deutschen durch ihre Anfangssiege beträchtliche Beute und neue Quellen für Rohstoffe, zum Beispiel für Kupfer in Norwegen, Jugoslawien und Finnland. Ähnliches galt für Chrom, Nickel, Wolfram und Bauxit.

Auf jeden Fall waren keine vernünftigen Lehren aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gezogen worden. Die gegenteilige Behauptung war nichts als Zweckpropaganda⁸⁷⁾. Es war nicht materiell „in diesem Krieg vorgesorgt, wie in keinem Krieg vorher gesorgt worden war“⁸⁸⁾. Der „Vierjahresplan“ hatte längst nicht gehalten, was Hitler gehofft hatte; er wäre ohnehin erst ungefähr im Jahre 1943 voll leistungsfähig geworden. Trotzdem lobte ihn Hitler überschwenglich, um zu bluffen⁸⁹⁾.

⁸⁴⁾ Zu Beginn des Krieges sagte ein verantwortlicher Beamter zu Kehrl, der später das „Planungsamt“ übernahm: er wisse genau, wie lange der Krieg dauern könne, nämlich höchstens 7 Monate; dann seien die Kupfervorräte erschöpft: Kehrl, a. a. O. (Anm. 78), S. 272.

⁸⁵⁾ Vgl. auch Hitlers Rede vom 19. Juli 1940 im Reichstag: Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 259.

⁸⁶⁾ Vgl. das Kapitel: „The German War Economy“ aus dem Bericht der Overall Economic Effects Division (vgl. Anm. 83), das in deutscher Übersetzung auch gedruckt ist bei: Erich Welter, Falsch und richtig Planen. Eine kritische Studie über die deutsche Wirtschaftslenkung im Zweiten Weltkrieg, Heidelberg 1954, S. 159. — Dort S. 150 ff. auch für das Vorhergehende und das Folgende.

⁸⁷⁾ So Staatssekretär Landfried vom Reichswirtschaftsministerium am 20. Aug. 1939: Chronik des Krieges, a. a. O. (Anm. 7), S. 379.

⁸⁸⁾ Hitler, Rede vom 8. Nov. 1940 in München: Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 310.

⁸⁹⁾ Hitler, Rede vom 19. Juli 1940: Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 258 f.

Eine Begründung ersparte er sich aus naheliegenden Gründen. Aber er hatte recht mit seiner Behauptung, daß „die Wirklichkeit“ entscheiden werde⁹⁰⁾.

Nicht einmal einen „wirtschaftlichen Generalstab, der uns (auch) 1914 fehlte“⁹¹⁾, gab es. Durch das Reichsverteidigungsgesetz vom Mai 1935 war der Reichswirtschaftsminister zum „Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft“ ernannt worden⁹²⁾, dem bald die Organisation des „Vierjahresplanes“ unter Göring den Rang ablief. Nach dem Ausscheiden Schachts wurde sein Nachfolger Funk daher auch nur noch „Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft“ statt für die „Kriegswirtschaft“. Die Verantwortlichkeit für die Rüstung im engeren Sinne lag bei der Wehrmacht. Im OKW, das seit dem 4. Februar 1936 an die Stelle des Reichskriegsministeriums getreten war, gab es die „Amtsgruppe Wehrwirtschaftsstab“, die am 22. November 1939 in das „Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt“ unter General Thomas umgewandelt wurde. Dieses wurde wieder im Jahre 1942 geteilt in ein „Wehrwirtschaftsamt“ unter dem OKW und ein „Rüstungsamt“, das dem neuen Ministerium für Bewaffnung und Munition unter Todt eingegliedert wurde. Formal bestand daneben noch der am 30. August 1939 geschaffene „Ministerrat für die Reichsverteidigung“, der „zur einheitlichen Leitung der Verwaltung und Wirtschaft“ Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen konnte⁹³⁾. Dessen Befugnisse wurden in der Praxis jedoch sofort wieder durch Göring in seiner Eigenschaft als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ ausgehört, indem er „zur weiteren Vereinheitlichung

⁹⁰⁾ Hitler, Unterredung mit dem amerikanischen Korrespondenten Karl von Wiegand am 15. Juni 1940: Er urteilte dort abfällig und überheblich über das US-Potential und sagte dabei: „Die Intervention Amerikas mit Massenerlieferungen von Flugzeugen und Kriegsmaterial kann den Ausgang dieses Krieges nicht ändern. Gründe brauche ich dafür nicht anzugeben (sic!). Die Wirklichkeit wird entscheiden.“ — Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 223 f.

⁹¹⁾ Landfried, a. a. O. (Anm. 87), S. 379.

⁹²⁾ Vgl. für das Ganze im allgemeinen: Arnold and Veronica M. Toynbee, Hitler's Europe (Survey of Internat. Affairs), London 1954, S. 173 ff.; auch Walter Baum, Vollziehende Gewalt und Kriegsverwaltung im „Dritten Reich“, in: Wehrwiss. Rundschau 6. Jg./1956, S. 475 ff.; Burton H. Klein, Germany's Economic Preparations for War, Cambridge, Mass., 1959, S. 147 ff.; James R. Dorman, Hitler's Economic Mobilization, in: Military Review, Vol. XXXIII/No. 8, Fort Leavenworth, Kansas, 1953, S. 46 ff.

⁹³⁾ Der „Führer-Erlass“ vom 30. Aug. 1939 ist auch gedruckt in: Chronik, a. a. O. (Anm. 7), S. 374.

in der Lenkung der Wirtschaftspolitik“ die „Leitung der Kriegswirtschaft ganz in die Hand“ nahm⁹⁴). Offiziell berief er dazu einen „Generalrat der Wirtschaft“, in dem sein Staatssekretär Körner die tatsächliche Führung hatte und den Reichswirtschaftsminister Funk ausschaltete. Alles in allem: Ein organisatorisches Chaos, in dem die Forderungen nach „klarer Befehlsgewalt und straffster autoritärer Lenkung der gesamten Kriegswirtschaft“ sowie auch „laufender engster Zusammenarbeit sämtlicher Stellen“ nicht verwirklicht werden konnten⁹⁵).

Das änderte sich schlagartig mit dem Februar 1942. Damals verunglückte der Minister für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt⁹⁶), und mit seinem Nachfolger, dem Architekten Speer, begann eine neue Epoche⁹⁷). Seinem Talent verdankte die deutsche Rüstungswirtschaft als ganzes einen nie geahnten Aufschwung, der dringend nötig war und bis kurz vor dem Zusammenbruch anhielt. Speer organisierte ein neues Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion, das weitgehende Vollmachten hatte und auch in Fragen der Bewirtschaftung und des Arbeitseinsatzes eingriff⁹⁸). Görings Ansehen hatte damals schon gelitten, so daß Speer freiere Bahn hatte als sein Vorgänger. Unter ihm wurde im Oktober 1942 die sogenannte „Zentrale Planung“ ins Leben gerufen, deren Name indes mehr versprach als sie hielt. Wirklich geplant wurde erst in der weiteren Gründung vom 16. September 1943: dem „Planungsamt“, das offiziell von Göring errichtet und in das Rüstungsministerium eingegliedert

⁹⁴) Aufsatz von Staatssekretär Körner in der Zeitschrift „Der Vierjahresplan“, Jg. 1940, Heft 1, — auch gedruckt in: Chronik, a. a. O. (Anm. 7), S. 386 f.; für die Zitate S. 387.

⁹⁵) Über das Chaos vgl. auch Wolfram Fischer, Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus, in: Schriftenreihe der Niedersächs. Landeszentrale für Politische Bildung, Heft 13, Hannover 1961, S. 46. — Dort ein zusammenfassendes vernichtendes Urteil des engl. Nationalökonom Kaldor. — Vgl. Fischer allgemein für weitere Literatur: a. a. O., S. 55 ff. — Über die Mißorganisation vgl. auch Welter, a. a. O. (Anm. 86).

⁹⁶) Vgl. auch die Ansprache Hitlers bei der Trauerfeier für Todt am 12. Februar 1942: Reden, a. a. O. (Anm. 7), hier Bd 3: Vom 16. März 1941 bis 15. März 1942, München 1942, S. 209 ff.

⁹⁷) Vgl. allgemein: Schwerin-Krosigk, a. a. O. (Anm. 74), S. 300 ff.; ferner Welter, a. a. O. (Anm. 86), S. 21 f.

⁹⁸) IMT Bd XVII, S. 485 f. und Bd XXVII, S. 219 f. (PS- 1452).

wurde⁹⁹). So kam es endlich zu einer Verzahnung der beiden wichtigsten Instanzen der Kriegswirtschaft unter Kehrl, der zuvor schon Leiter des Rohstoffamtes in Speers Ministerium gewesen war und nun in Personalunion beiden Ämtern vorstand. Obwohl ohne klare Kompetenzabgrenzungen, setzte sich diese Behörde bald durch und gewann ein eigenes Gewicht.

Seitdem ging es steil aufwärts, sowohl was die Erzeugung synthetischer Rohstoffe wie die Herstellung von Rüstungsmaterial betraf. Die Herstellungskapazität für Gummi und Treibstoff wurde weiter ausgebaut und zum Beispiel die Produktion von synthetischem Gummi von 69 000 t im Jahre 1942 auf 130 000 t Anfang 1944 gesteigert¹⁰⁰). Ähnliches gilt für die Treibstoffversorgung, die allerdings trotz der zusätzlichen Ausbeute aus den rumänischen Erdölgebieten immer knapp war^{100a}).

Grundlage für diese Erfolge war einmal das persönliche Geschick Speers, der zu organisieren und improvisieren verstand, besonders aber auch die deutsche industrielle Kapazität. Deutschland war, trotz der rasch ausgebauten sowjetischen Industrie, immer noch das zweitgrößte Industrieland der Welt hinter den USA¹⁰¹). Mit ihnen konnte es freilich weder im allgemeinen noch besonders auf dem Gebiet der Mechanisierung und Rationalisierung konkurrieren, d. h. mit der im Kriege so wichtigen Massenfertigung¹⁰²). Die Produktion je Arbeiter war 1937 in der amerikanischen Industrie ungefähr 2,2 mal so groß wie in Deutschland, und das bei damals viel geringerer Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten¹⁰³). Hier waren also in Deutschland Reserven zu mobilisieren, die brach gelegen hatten.

⁹⁹) Erlass vom 6. Sept. 1943 gedruckt bei Welter, a. a. O. (Anm. 86), S. 146 ff.

¹⁰⁰) Klein, a. a. O. (Anm. 92), S. 45 f.; Welter, a. a. O. (Anm. 86), S. 159, auch für das Folgende. — Allgemein auch Wilhelm Treue, Gummi in Deutschland zwischen 1933 und 1945, in: Wehrwiss. Rundschau 5. Jg./1955, S. 169 ff.

^{100a}) Vgl. auch Percy Ernst Schramm, Die Treibstoff-Frage vom Herbst 1943 bis Juni 1944, nach dem KTB d. Wehrmachtführungsstabes, in: Mensch und Staat in Recht und Geschichte, Festschrift f. Herbert Kraus. . . , Kitzingen/M. 1954, S. 394 ff.

¹⁰¹) Die deutsche Industrie, a. a. O. (Anm. 16), S. 15 f.

¹⁰²) Für Hitlers überhebliche Fehleinschätzung vgl. Anm. 90.

¹⁰³) Die deutsche Industrie, a. a. O. (Anm. 16), S. 16.

Weil Hitler lediglich einen kurzen Krieg oder eine Reihe aufeinanderfolgender kurzer Schläge vorausgesagt hatte, war auch hier bei weitem nicht so mobilisiert worden, wie es nötig und möglich gewesen wäre. Erst die Niederlage vor Moskau im Winter 1941 und der Eintritt der USA in den Krieg brachten den Beginn einer Wende. Ein wirklich „totaler Krieg“, d. h. eine „totale“ Mobilisierung der Arbeitskräfte hat es trotzdem nie gegeben¹⁰⁴). Weder wurde das Reservoir an Frauen voll ausgeschöpft^{104a}) noch wurde durch planmäßige Verlagerung von Arbeitern aus nicht kriegswichtigen Betrieben in die kriegswichtige Industrie das absolute Maximum erreicht. Der thüringische Gauleiter Sauckel, der am 21. März 1942 zum „Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“¹⁰⁵) innerhalb des „Vierjahresplanes“ ernannt worden war, sorgte dann wohl für den Einsatz einer großen Zahl von Fremdarbeitern, vor allem aus dem Osten; doch wenn diese Maßnahmen die Lage auf dem Arbeitsmarkt erleichtern, so verdarben sie um so mehr politisch, daß die Bilanz am Ende negativ ausfiel¹⁰⁶).

Nachdem eine fehlerhafte Organisation den „Menscheneinsatz“ bei der Wehrmacht von Anfang an in falsche Bahnen gelenkt hatte, ließ es der tatsächliche Kräftermangel später nicht mehr zu, die Fehler auszugleichen. Wie schon gesagt, waren bei Kriegsbeginn erst wenige junge Jahrgänge modern ausgebildet, so daß man neben der geringen Zahl von „kurzfristig Ausgebildeten“ aus den Jahren von 1900 bis 1913 auf über eine Million Soldaten aus dem ersten Weltkrieg zurückgreifen mußte — auf Männer also, die mindestens 40 Jahre alt waren¹⁰⁷). Sie abzulösen gelang auf die Dauer nicht, obwohl die ersten Blitzfeldzüge nicht allzu verlustreich gewesen waren. Zwar ließ Hitler nach dem Frankreichfeldzug 17 Di-

¹⁰⁴) The German War Economy: Welter, a. a. O. (Anm. 86), S. 151 f.; Toynbee, a. a. O. (Anm. 92), S. 223 ff.

^{104a}) Nach den Feststellungen des US Strategic Bombing Survey ging die Zahl der im Haushalt beschäftigten deutschen Frauen von Mai 1939 bis Mai 1944 um 200 000 zurück, während sie im gleichen Zeitraum in England um 700 000 sank: Welter, a. a. O. (Anm. 86), S. 157.

¹⁰⁵) RGBI 1944/I, S. 179; ferner IMT Bd XXIX, S. 93 f.

¹⁰⁶) Toynbee, a. a. O. (Anm. 92), S. 241 ff.

¹⁰⁷) Alfred Weidemann, Der rechte Mann am rechten Platz. Vom Menscheneinsatz im Zweiten Weltkriege, in: Bilanz, a. a. O. (Anm. 9), S. 215.

visionen auflösen¹⁰⁸), doch wurde die Anforderung von Soldaten mit dem Beginn des Rußlandfeldzuges so groß, daß das deutsche Potential völlig ausgeschöpft werden mußte. Nach den schweren Verlusten vom Winter 1941/42, die sprunghaft stiegen, begann zwischen der Industrie und der Landwirtschaft einerseits und der Wehrmacht andererseits „der Kampf um Menschen“, der „seitdem nicht mehr zur Ruhe kam“¹⁰⁹).

Die Verluste der Armee begannen damals mit über 100 000 Mann im Monat und stiegen im Dezember 1941 und Januar 1942 auf das Doppelte. Das Ersatzheer hatte dafür schon alle Rekruten bis einschließlich des Jahrganges 1922 herausgegeben, doch konnten damit nicht einmal die Verluste gedeckt, geschweige denn die nötigen Neuaufstellungen vorgenommen werden¹¹⁰). Die Verminderung der Divisionsstärken von 9 auf 7 Bataillone war nichts als ein Taschenspielertrick, der die wahre Lage verschleierte.

In den letzten Kriegsjahren verlor die Armee im Durchschnitt monatlich 150 000 bis 160 000 Mann, bei Großkämpfen noch mehr. Ein Rekrutenjahrgang dagegen betrug durchschnittlich 550 000 Mann; er konnte also nicht einmal die Hälfte der Verluste decken. Da hiervon noch die Waffen-SS — auf ausdrücklichen Befehl Hitlers — 90 000 Mann erhielt, ferner die Kriegsmarine und Luftwaffe je 30 000, wurden die Verluste der Armee im besten Fall zu einem Drittel gedeckt¹¹¹).

Von Tag zu Tag brannte das Heer also mehr aus. Wenn für das zweite Halbjahr 1944 noch einmal 1,3 Millionen Männer einberufen werden sollten, so standen junge Jahrgänge dafür nicht mehr zur Verfügung¹¹²). Goebbels als

¹⁰⁸) Weidemann, a. a. O. (Anm. 107), S. 217; Rede Hitlers vom 8. Nov. 1940: Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 310.

¹⁰⁹) Keitel, Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, hrsg. von Walter Görnitz, Göttingen 1961, S. 293 f., auch für das Folgende.

¹¹⁰) Für die laufenden Verluste vgl. auch Generaloberst Halder, KTB (vgl. Anm. 26), Bd. III: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad, Stuttgart 1964; ferner KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), 2. Hlbbd, S. 1508 ff.

¹¹¹) Keitel, a. a. O. (Anm. 109), S. 197 f.

¹¹²) Weidemann, a. a. O. (Anm. 107), S. 220., auch für das Folgende. Über die Bevölkerungsentwicklung vgl. den — im Sinne des Regimes geschriebenen — Aufsatz von Friedrich Burgdörfer, Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Frankreich und England, in: Reich und Reichsfeinde, Bd 2, Hamburg 1941, S. 131 ff.

„Sonderbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“ bemühte sich mit Hilfe der Parteidienststellen fanatisch, das Ziel zu erreichen, konnte aber mit Mühe und Not nur 350 000 Männer aus Arbeitsstellen in der Heimat freimachen. Das letzte Aufgebot war der „Volkssturm“, bestehend aus Invaliden, Greisen und Kindern. Auch wenn die Wehrmacht um die Mitte des Jahres 1944 mit insgesamt etwa 10,2 Millionen Mann immer noch neunmal so stark war wie im Frieden, konnte sie ihre Aufgaben den überlegenen Gegnern gegenüber nicht mehr erfüllen, abgesehen davon, daß nicht „Zahlen“ kämpften, sondern „Männer“, die inzwischen erschöpft waren.

Allein auf einem Gebiet war verhältnismäßig gut vorgesorgt und funktionierte die Verwaltung: bei Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Gebrauchs, wie Kleidern, Kohle, Seife ¹¹³). Wohl gab es laufend auch hier weitere Einschränkungen, doch keinen sogenannten „Kohlrübenwinter“ wie im Ersten Weltkrieg. Sogar ein gewisser Luxus konnte lange aufrechterhalten werden, indem z. B. die Bevölkerung Ostfrieslands eine geringe Menge des gewohnten Tees erhielt oder in Süddeutschland Rücksicht auf landsmannschaftliche Lebensgewohnheiten genommen wurde, indem mehr sog. „Nährmittel“ statt Kartoffeln zugeteilt wurden. Propagandistisch zählte diese Leistung zweifellos für das Regime, und die „Durchhalteparolen“ fanden bei der verhältnismäßig gut ernährten Bevölkerung ein besseres Echo, als sie bei einem Volk gefunden hätten, das am Rande des Existenzminimums vegetierte.

Vom kriegswirtschaftlichen und rüstungstechnischen Standpunkt her war der Krieg erst später verloren als vom rein militärischen. Noch im Jahre 1944 konnte Speer zum Bei-

spiel 130 Infanteriedivisionen und 40 Panzerdivisionen ganz ausrüsten ¹¹⁴), doch mangelte es schon am Treibstoff, der nach dem Ausfall der rumänischen Erdölfelder und der Zerstörung der deutschen Hydrieranlagen katastrophal knapp wurde. Von Mai 1944 ab fehlten 90 % der benötigten Treibstoffe ¹¹⁵). Als dann das Ruhrgebiet ausgeschaltet wurde und ab Mitte Januar 1945 auch Oberschlesien ausfiel, war der Zusammenbruch auch kriegswirtschaftlich endgültig besiegelt.

Es wäre eine Täuschung zu meinen, bei besserer Vorsorge und schnellerer Mobilisierung aller Kräfte wäre das Ergebnis des Krieges anders gewesen. Sicher hatten die anfängliche Mißorganisation, die verfehlte Rüstungspolitik oder die mangelnde Vorratswirtschaft Einfluß auf das Kriegsgeschehen, doch verlor das Reich den Krieg nicht durch eine Reihe von Fehlern auf diesen Gebieten. Die enorme Steigerung der Rüstung in der zweiten Hälfte des Krieges war nur deshalb möglich, weil vorher nicht alles ausgeschöpft war. Eine schnellere Rüstung wäre nur früher an die Grenzen der deutschen Möglichkeiten gelangt. Nachdem die andere Seite ihr Potential auf der ganzen Linie — das Menschenreservoir, die industrielle Kapazität und die Rohstoffquellen — mobilisiert hatte, neigte sich die Waagschale ein für allemal zuungunsten des Reiches. „Mit der Kürze des Krieges stand und fiel die deutsche ‚Überlegenheit‘.“ ¹¹⁶)

Es war nicht überraschend, daß Deutschland schließlich den Krieg verlor gegenüber einer Mächte-Kombination, deren wirtschaftliches Kriegspotential das seine bei weitem übertraf. Was viel erstaunlicher war, ist die Tatsache, wie lange es aushielt — trotz seiner wirtschaftlichen Schwäche ¹¹⁷). Dafür waren die Opfer dann um so schwerer.

Fortsetzung des Krieges in aussichtsloser Lage

Es ist glaubhaft, daß Hitler nach der Winterkatastrophe von 1941/42 in Rußland erste Zweifel an der Möglichkeit des deutschen Sieges gekommen sind ¹¹⁸). Damit war er der Mehrheit seiner Anhänger, sogar den militärischen Fachleuten unter ihnen, ein gutes

Stück voraus ¹¹⁹). Nachdem die Hoffnung getrogen hatte, die Sowjetunion in einem Zuge niederzuwerfen, und der gefürchtete Zweifrontenkrieg Gewißheit geworden war, wurde

¹¹⁴) Speer: IMT Bd. XVI, S. 532, 539 f.

¹¹⁵) Speer: IMT Bd. XVI, S. 533, vgl. auch die Berichte und Aufstellungen in: KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), 2. Halbbd, S. 932 ff.

¹¹⁶) Die deutsche Industrie, a. a. O. (Anm. 16), S. 24.

¹¹⁷) So Klein, a. a. O. (Anm. 92), S. 238.

¹¹³) Vgl. allgemein Hans-Joachim Riecke, Ernährung und Landwirtschaft im Kriege, in: Bilanz, a. a. O. (Anm. 9), S. 331 ff.; Toynbee, a. a. O. (Anm. 92), S. 208 ff.

ihm unheimlich. Trotzdem setzte er den Krieg rücksichtslos fort.

Selber ein Phänomen des Willens¹²⁰⁾, glaubte Hitler an die Unwiderstehlichkeit dieser Charaktereigenschaft. Willenskraft, Härte und Fanatismus galten ihm als vornehmstes Erziehungsziel¹²¹⁾ und als Garantie des Sieges. Sein politischer Aufstieg erschien ihm als „Triumph des Willens“¹²²⁾, und er war von

¹¹⁸⁾ Jodl bei einer Lagebesprechung am 15. Mai 1945: KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60, 2. Halbbd, S. 1503; ders., Hitler, eine mil. Führerpersönlichkeit? (Anm. 61), pag. 4: „In dieser Katastrophenlage (Winter 41/42) ist in H. wohl als erstem die Sorge aufgekommen, daß ihn dieser Zwei-Frontenkrieg erdrücken, daß der Krieg verloren gehen könne“. — Die Ausführungen von Dönitz, Unterredung mit Fregkpt. Meckel in Nürnberg, ungedruckt, Privatbesitz, fol. 8, ist abzulehnen. Es heißt da: „Als durch die Katastrophe im Kältewinter 1941/42 das schnelle Niederringen Rußlands mißlungen war, entstand drohend die Gefahr des Zweifrontenkrieges und damit die Gefahr des Verlustes des Krieges. Das wußte niemand besser als Adolf Hitler. Er war also bereits mit Sorge um den Ausgang des Krieges erfüllt, als die Frager von heute im allgemeinen noch nicht daran dachten“. — Diese Ausführungen sind rein apologetisch für Hitler, dessen Weitsicht bewiesen werden soll. Dönitz widerlegt sich selbst in einem Brief an Prof. Schramm, in dem er mitteilt, er habe von Hitler keine eindeutige Äußerung gehört, daß der Krieg verloren sei: KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 56, Anm. 2. — Im übrigen gehörte Dönitz im Winter 1941/42 noch nicht zur engsten Umgebung Hitlers, wie er selbst in der obengen. Quelle angibt, so daß er nicht wissen konnte, was Hitler damals dachte.

¹¹⁹⁾ Jodl, Der Einfluß Hitlers auf die Kriegführung: „Früher als irgendein Mensch in der Welt ahnte und wußte Hitler, daß der Krieg verloren war“; vgl. KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 1721. Ferner Jodl bei einer Lagebesprechung vom 13. Mai 1945: KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 1501: „Seit Frühjahr 42 wußte ich, daß wir den Krieg nicht gewinnen konnten“ — also jedenfalls sah Jodl das erst später ein als H. — Für Dönitz vgl. Fragebogen bzw. Unterredung mit Fregkpt. Meckel in Nürnberg, ungedruckt, Privatbesitz, pag 1: „Nach dem Scheitern der Ardennen-Offensive und dem Gelingen des russischen Durchbruchs Mitte Januar 1945 war der Krieg militärisch verloren“. — Kesselring, Soldat, a. a. O. (Anm. 24), S. 409: „Seit Stalingrad, seit der Kapitulation von Tunis war der ‚Sieg‘ unmöglich geworden“.

¹²⁰⁾ Schramm, Hitlers Tischgespräche, a. a. O. (Anm. 18), S. 101 ff.

¹²¹⁾ Hitler, Mein Kampf, 69. Aufl. München 1933, S. 462 ff.

¹²²⁾ Rede vom 25. März 1938 in Königsberg: „Das, was sich in diesen letzten Wochen abspielte, ist das Ergebnis des Triumphes einer Idee, eines Triumphes des Willens, aber auch eines Triumphes der Beharrlichkeit und der Zähigkeit. . .“: gedruckt bei Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932 — 1945, I. Bd, Würzburg 1962,

der Wiederholung seiner Erfolge überzeugt¹²³⁾. Maßloses Selbstgefühl und Sendungsbewußtsein taten das übrige¹²⁴⁾. Wenn Hitler ein Jahr vor dem Krieg von sich behauptete: „Ich glaube, ich habe ein Recht darauf auszusprechen, daß, wenn mich das Schicksal damals (d. h. im Jahre 1918) an die Spitze gestellt hätte, dieser Zusammenbruch nie gekommen wäre“¹²⁵⁾, war es nur folgerichtig, daß er in der Rede zum Kriegsbeginn feierlich erklärte: „Ein Wort habe ich nie kennengelernt, das heißt: Kapitulation“, und „Ein November 1918 wird sich niemals mehr in der deutschen Geschichte wiederholen“¹²⁶⁾. Das Beispiel Friedrich des Großen, das er dabei beschwor, ohne dessen historische Relevanz zu prüfen¹²⁷⁾,

S. 837; vgl. ferner den Aufruf an die Soldaten des Heeres und der Waffen-SS vom 19. 12. 1941: „Allein ich habe. . . es mit meinem fanatischen Willen. . . fertiggebracht, die ganze deutsche Nation. . . wieder zusammenzuschließen“. . . usw.: Reden, a. a. O. (Anm. 96), S. 150. — Der Parteitag 1934 erhielt (inoffiziell) den Namen „Triumph des Willens“: vgl. Alfred Ingemar Berndt, Meilensteine des Dritten Reiches, München 1940⁶, S. 121.

¹²³⁾ Rede vom 8. 11. 1940: „Ich glaube an meinen Erfolg, und zwar bedingungslos glaube ich daran! Ich bin überzeugt, daß dieser Kampf um kein Haar anders ausgehen wird als der Kampf, den ich im Inneren ausgefochten habe.“ — Reden Hitlers, a. a. O. (Anm. 7), S. 308; ähnlich am 4. Mai 1941: „Die nationalsozialistische Bewegung hat einst im Inneren in einem 15jährigen Ringen diese Feinde bezwungen, der nationalsozialistische Staat wird sich ihrer auch nach außen erwehren können“: Der großdeutsche Freiheitskampf, III. Bd: vom 16. März 1941 bis 15. März 1942, München 1942, S. 47.

¹²⁴⁾ Vgl. dafür nochmals die Rede vom 8. Nov. 1940: „Ich bilde mir ein, daß ich der härteste Mann bin, den das deutsche Volk seit vielen Jahrzehnten, vielleicht seit Jahrhunderten gehabt hat“: wie Anm. 123, S. 308. — Die Zeugnisse für sein Sendungsbewußtsein ließen sich zahlreich vermehren, hier nur noch dieses: Geheimrede vom 30. Mai 1942 vor dem Offiziersnachwuchs: Schramm, Tischgespräche, a. a. O. (Anm. 18), S. 504, und Rede vom 22. Aug. 1939 vor den OBs: IMT Bd. XXVI, S. 339 (PS- 798), und Rede vom 23. Nov. 1939 vor den OBs: IMT Bd XXVI, S. 332 (PS- 789).

¹²⁵⁾ Rede vom 8. Nov. 1938: Domarus, Hitler, a. a. O. (Anm. 122), S. 966.

¹²⁶⁾ Reden Hitlers, a. a. O. (Anm. 7), S. 26. — Ähnliche Versicherungen folgten laufend.

¹²⁷⁾ Vgl. KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 47; vgl. auch die Bemerkung von Clausewitz: „Verbindet sich mit jener Energie der Kräfte eine weise Mäßigung in den vorgesetzten Zwecken, so entsteht jenes Spiel von glänzenden Schlägen und vorsichtiger Zurückhaltung, welches wir in Friedrichs des Großen Kriegen bewundern müssen“: Clausewitz, a. a. O. (Anm. 35), 2. Teil, Berlin 1833, S. 10. — Hitler hatte von der „Mäßigung“ des Preußenkönigs nichts gehört.

leuchtete ihm immer voran¹²⁸), einschließlich der Hoffnung auf das „Wunder des Hauses Brandenburg“. Die Linie seiner Politik und Kriegführung war damit vorgezeichnet; die unkluge alliierte Forderung nach bedingungsloser Kapitulation spielte für Hitler keine besondere Rolle.

„Halten und kämpfen bis zum Äußersten“¹²⁹ — das war für Hitler deshalb das einzige taktische Mittel, die Winterkrise 1941/42 zu meistern. Ein Ausweichen in Winterstellungen, wie es der ObdH vorgeschlagen hatte und wie es von einigen Armeen auch ohne die befürchteten schlimmen Folgen durchgeführt worden war¹³⁰), kam für ihn nicht in Betracht. Wenn es tatsächlich gelang, die wankende Front wieder zum Stehen zu bringen, so schrieb er das allein seinem Willen zum Durchhalten zu¹³¹), und seine kritiklose militärische Umgebung klatschte ihm Beifall¹³²), ohne die unnötigen schweren Verluste zu berechnen¹³³). Hitler fühlte sich auf der ganzen Linie bestätigt, und starres Durchhalten wurde ihm seit-

dem zum „Allheilmittel der militärischen Führung für alle Zukunft“, womit „an Stelle weniger und verantwortungsbewußter Führung ... der ungeistige Schematismus der sturen Gewalt gesetzt wurde, der die Taktik der Saalschlacht auf das Kampffeld übertrug“¹³⁴). Die Katastrophe von Stalingrad war die nächste Folge davon.

Als zur selben Zeit bzw. kurz danach auch Rommel geschlagen wurde und die Alliierten in Afrika landeten, soll es Hitler — wieder nach Jodl — bewußt geworden sein, „daß sich der Kriegsgott nun auch von Deutschland abgewandt und in das andere Lager begeben hatte“¹³⁵). Gegen diese Erkenntnis setzte er aber die Hoffnung, durch äußerste Anspannung aller Kräfte, „gestärkt und geführt durch seinen eisernen Willen“, wenigstens noch zu einem „Remis“ zu kommen¹³⁶). Der Schein-erfolg vom Winter 1941/42 stand ihm dabei vor Augen, ohne daß er einsah, wie sich die Lage seitdem personell und materiell verschlechtert hatte. Der bisher verhältnismäßig erfolgreiche U-Boot-Krieg brach zusammen, die Luftwaffe der West-Alliierten zerschlug planmäßig die Städte in der Heimat und das verbündete Italien fiel ab. Selbst Goebbels, der bis dahin mit teuflischer Heuchelei dem Volk den sicheren Endsieg vorgegaukelt hatte (und der es weiterhin tun sollte), wurde jetzt mehr als skeptisch¹³⁷). Er versuchte, Hitler zu einem Sonderfrieden nach der einen oder anderen Seite zu überreden, drang aber nicht durch¹³⁸). Hitler hatte nicht nur verboten, irgendwelche Kontakte zu den Gegnern aufzunehmen, sondern bestrafte sogar pflichtgemäße Reaktionen, wenn von neutraler Seite Verbindung gesucht wurde¹³⁹). So wurde etwa um dieselbe Zeit der deutsche Militärattaché in Lissabon, Oberst von Eisebeck, abgelöst, weil er gemeldet hatte, daß der portugiesische Staatssekretär für Verteidigung an ihn herangetreten war,

¹²⁸) Hitler hatte immer das Bild Friedrichs d. Gr. von Lenbach bei sich, dem er nahezu magische Kräfte zuschrieb: Hans Baur, *Ich flog Mächtige der Erde*, Kempten 1956, S. 275 ff. — Über Friedrich als Hitlers Vorbild vgl. auch: *Tischgespräche*, a. a. O. (Anm. 18), 28. 1. 1942: S. 171, und 31. 3. 42: S. 233 f. — Rede vom 30. Jan. 1942: *Reden*, a. a. O. (Anm. 96), S. 202 und 205.

¹²⁹) Halder, *KTB*, a. a. O. (Anm. 26), Bd. III: *Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad*, Stuttgart 1964, S. 350 (16. 12. 1941), S. 356 (20. 12. 41), weiter S. 359 f.; vgl. auch *KTB/OKW*, Bd. II, 1. Halbbd., hrsg. von Andreas Hillgruber, Frankfurt/M. 1963, Einführung, S. 38 f.

¹³⁰) Hofmann, a. a. O. (Anm. 53), S. 181 f.

¹³¹) Hitler, *Tischgespräche*, a. a. O. (Anm. 18), S. 248 (4. 4. 1942); Hitler zu General Heinrich, damals OB der 4. Armee: *KTB/OKW*, Bd. II, a. a. O. (Anm. 129), S. 41 f.

¹³²) Hitler, *Tischgespräche*, a. a. O. (Anm. 18), S. 431 (4. 7. 1942); ebda, S. 281 (19./20. 4. 42); Jodl, Hitler, a. a. O. (Anm. 61), pag. 5; *Generalfeldmarschall Keitel, Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen Briefe, Dokumente ...*, hrsg. von Walter Görlitz, Göttingen 1961, S. 292 f.; sogar Kurt von Tippelskirch, *Operative Führungsentschlüsse in Höhepunkten des Landkrieges*, in: *Bilanz*, a. a. O. (Anm. 9), S. 56, spricht „Hitlers eisernem Willen“ ein Verdienst zu.

¹³³) Beispiele für die schwindenden Kampfstärken finden sich bei Hofmann, *Moskau 1941*, a. a. O. (Anm. 53), S. 175, Anm. 42. — Bei der 26. Div. gab es z. B. in den letzten Dezembertagen an Errierungen:

IR 77	—	34 schwere,	74 leichte Fälle,
IR 78	—	200 schwere,	400 leichte Fälle,
AR 26	—	51 schwere,	45 leichte Fälle.

¹³⁴) Kurt von Tippelskirch, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bonn 1956, S. 248 f.

¹³⁵) Jodl, *Einfluß Hitlers auf die Kriegführung*, in: *KTB/OKW*, Bd. IV, 2. Halbbd., a. a. O. (Anm. 60), S. 1721.

¹³⁶) Jodl, *Führerpersönlichkeit*, a. a. O. (Anm. 61), pag. 6. — Auch Manstein hielt ein „Remis“ im Osten für möglich: Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, Bonn 1955, S. 474, 618.

¹³⁷) Vgl. H. Fraenkel — R. Manvell, *Goebbels. Eine Biographie*, Köln-Berlin 1960, S. 302.

¹³⁸) Fraenkel-Manvell, a. a. O. (Anm. 137), S. 287 f.

¹³⁹) Vgl. dafür *Zeugenschrifttum Nr. 364* (Admiral a. D. Bürkner), *Inst. f. Zeitgeschichte München*, ungedruckt, auch für das Folgende.

er werde gern im deutschen Interesse mit den West-Alliierten Verbindungen anknüpfen. Eine ausgearbeitete Denkschrift von Goebbels aus dem Anfang 1944, in der dieser, um „aus dem Zweifrontenkrieg auf irgendeine Weise herauszukommen“¹⁴⁰⁾, Verhandlungen mit Stalin empfahl¹⁴¹⁾, wurde ihrem Verfasser wohl nicht gefährlich, hatte aber kein Echo, weil Bormann sie nicht weitergab. Der Versuch von Goebbels, mit Hitler im Führerhauptquartier unter vier Augen zu reden, scheiterte ebenso.

Hitler klammerte sich jetzt an den Gedanken, die erwartete Invasion im Westen so blutig abweisen zu können, daß dadurch die zweite Front beseitigt wurde und den West-Alliierten die Lust am Weiterkämpfen verging. Wie ernst es aussah, zeigte die „Führerweisung Nr. 51“ vom 3. September 1943, in der er offen zugab, daß im Osten die deutsche Kraft „aufs Äußerste beansprucht“ worden war und schwerste Verluste hingenommen werden mußten¹⁴²⁾. Trotz aller Prahlerei in seiner Rede vom 30. Januar 1941: er wolle gern Platz für die Landung zur Verfügung stellen, um sie dann um so sicherer abschlagen zu können¹⁴³⁾, und trotz des deutschen Abwehrerfolges bei Dieppe (19. August 1942)¹⁴⁴⁾, war es Hitler immer unheimlicher geworden. Ungeschminkt, indes nur innerhalb seiner engsten Umgebung, brachte er das in der Lagebesprechung vom 20. Dezember 1942 zum Ausdruck: „Wenn sie im Westen angreifen, dann ent-

scheidet dieser Angriff den Krieg“¹⁴⁵⁾; und Warlimont, der Stellvertretende Chef des Wehrmachtführungsstabes, erinnert sich an ähnlich deutliche Worte: daß alles verloren sei, falls die Landung glücke¹⁴⁶⁾.

Sie gelang schnell, und so war jetzt eigentlich der Zeitpunkt gekommen, in dem der Krieg hätte beendet werden müssen. Unter der höheren Wehrmachtführung hatte sich inzwischen dieselbe Einsicht verbreitet¹⁴⁷⁾, doch wagte im allgemeinen niemand, Hitler die Wahrheit zu sagen¹⁴⁸⁾. Nur Generalfeldmarschall v. Rundstedt und Rommel, der eine als OB West und der andere als Befehlshaber der Heeresgruppe B am besten mit der Lage vertraut, forderten am 17. Juni 1944 die Beendigung des Krieges¹⁴⁹⁾. Hitler beschwichtigte beide mit verlogenen Argumenten. Er bezeichnete die Situation im Osten als gefestigt, versprach kommende „Massen von Turbojägern“ sowie den sich steigernden Einsatz der sogenannten V-Waffen und „verlor sich in Paraphrasen über den bevorstehenden Zusammenbruch Englands“ durch eben diese neuen Kampfmittel¹⁵⁰⁾. Als die zwei erfahrenen und von Hitler geschätzten Frontführer dennoch nicht locker ließen und ihn am 29. Juni 1944 auf dem „Berghof“ aufsuchten, kamen sie ebensowenig zum Zuge¹⁵¹⁾. Hitler ließ sich nicht ohne Zeugen sprechen, und das einzige greifbare Ergebnis dieser Reise war die Ablösung des unbequemen Mahners Rundstedt durch Kluge, der meinte, die Situation retten zu können.

Wieder hatte Hitler von künftigen Wunderwaffen gesprochen und eben durch sie ein neues „Wunder des Hauses Brandenburg“ angekündigt¹⁵²⁾. Die NS-Propaganda arbeitete

¹⁴⁰⁾ Fraenkel-Manvell, Goebbels, a. a. O. (Anm. 137), S. 287 f.

¹⁴¹⁾ Vgl. obendrein Goebbels' Tgb.-Eintrag v. 21. 3. 1942: „Auch Friedensgerüchte tauchen wieder auf, vor allem im Zusammenhang mit der Reise Papens nach Berlin ... Er soll jetzt versuchen, den Frieden zu sondieren, vor allem einen Separatfrieden mit der Sowjetunion, was natürlich ein ausgemachter Quatsch ist ...“: Goebbels, Tagebücher aus den Jahren 1942—43, hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948, S. 136. — Es gibt amtliche Dokumente über Versuche, mit der Sowjetunion zu einem Sonderfrieden zu kommen, doch sind sie bisher nicht freigegeben. Bis dahin ist die Forschung auf Angaben angewiesen wie etwa bei Peter Kleist, Zwischen Hitler und Stalin 1939—1945, Bonn 1950.

¹⁴²⁾ Hubatsch, Weisungen, a. a. O. (Anm. 41), S. 233 ff.

¹⁴³⁾ Reden, a. a. O. (Anm. 7), S. 401; eine ähnliche Prahlerei auch in der Rede vom 24. Februar 1941: a. a. O., S. 414.

¹⁴⁴⁾ Vgl. dazu Frank-Helmut Zaddach, Britische Kommandotruppen und Kommandounternehmen im zweiten Weltkrieg, Darmstadt 1963, S. 63 ff.

¹⁴⁵⁾ Hitlers Lagebesprechungen. Die Protokollfragmente seiner militärischen Konferenzen 1942—1945, hrsg. von Helmut Heiber, Stuttgart 1962, S. 444.

¹⁴⁶⁾ KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 58.

¹⁴⁷⁾ Speer: IMT Bd. VII, S. 533.

¹⁴⁸⁾ Dönitz, Unterredung, a. a. O. (Anm. 118), fol. 9; Jodl, Einfluß Hitlers, a. a. O. (Anm. 60), 2. Halbbd., S. 1721.

¹⁴⁹⁾ Hans Speidel, Invasion 1944. Tübingen o. J. (26 bis 27 Tausend), S. 112 ff. — Vgl. auch für eine drastische Forderung Rundstedts nach Frieden: Milton Shulman, Die Niederlage im Westen, Gütersloh 1949, S. 232 f., und B. H. Liddell Hart, Die Strategie einer Diktatur (engl.: The Other Side of the Hill), Zürich 1949, S. 226.

¹⁵⁰⁾ Speidel, a. a. O. (Anm. 149), S. 117.

¹⁵¹⁾ Speidel, a. a. O., S. 126 f.

¹⁵²⁾ Speidel, a. a. O., S. 127.

seitdem überhaupt mit diesen Parolen und prophezeite trotz aller Rückschläge den sicheren „Endsieg“. Daß ein anscheinend so nüchterner Fachmann wie Dönitz ebenfalls eine Wende durch neue U-Boot-Typen versprach¹⁵³), wird manchen Skeptiker beruhigt haben. Jedenfalls gelang es, der großen Masse des Volkes weiterhin — bis hin zum Schluß — Sand in die Augen zu streuen.

Die bessere Einsicht und der Mut, sie zu beweisen, war nur bei einer geringen Minderheit vorhanden, die immerhin breitere Schichten umfaßte, als Hitler zugeben wollte. Das Scheitern des letzten Versuchs, durch Beseitigung des Tyrannen und seines Terror-Regimes eine Wende herbeizuführen, stärkte aber sogar in verhängnisvoller Weise Hitlers Starrsinn, weil er sich mehr denn je als Werkzeug einer höheren Macht fühlte, die ihn zur Durchführung seiner Mission wunderbar errettet habe¹⁵⁴). Umsonst beschwor ihn Generalfeldmarschall v. Kluge in seinem Abschiedsbrief unmittelbar vor dem Freitod. Nachdem er mit peinlich klingenden Worten ein letztes Bekenntnis zu seinem „Führer“ abgelegt hatte, forderte er, den Krieg zu beenden: „Das deutsche Volk hat solch unsagbare Leiden erduldet, daß es Zeit ist, diesem Schrecken ein Ende zu setzen.“¹⁵⁵) Damit hatte Kluge selbst die deutliche Denkschrift Rommels vom 15. Juli 1944 übertroffen, die dieser Hitler als „letzte Chance“ gegeben hatte, bevor er selbständig handeln wollte¹⁵⁶). Seine schwere Verletzung kurz vor dem Rettungsversuch vom 20. Juli 1944 hinderte den Feldmarschall zwar an der aktiven Teilnahme; dennoch hatte er sich durch seine Opposition so hinreichend verdächtig gemacht, daß auch ihn Hitlers Rache traf.

Falls noch Zweifel bestanden haben sollten, ob Hitler das deutsche Volk jemals so liebte, wie er beteuert hatte, wurde spätestens jetzt

¹⁵³) Dönitz, Rede auf der Gauleitertagung vom Okt. 1943 in Posen, ungedruckt (Privatbesitz). — Die Hoffnung gründete sich auf die neuen Typen XXI und XXIII, deren Entwicklung sich aber bis nahezu Kriegsende hinauszögerte: vgl. Karl Dönitz, Zehn Jahre und zwanzig Tage, Bonn 1963², S. 418 ff. — Vgl. auch Albert Kesselring, Soldat bis zum letzten Tag, Bonn 1953, S. 339.

¹⁵⁴) Rede Hitlers in der Nacht nach dem Attentat vom 20. Juli 1944: 20. Juli 1944, hrsg. von Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn 1960³, S. 178 f.

¹⁵⁵) KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), 2. Halbbd., S. 1573 ff.

¹⁵⁶) Speidel, a. a. O. (Anm. 149), S. 136 ff.

offenbar, daß ihm dieses Volk nicht nur gleichgültig war, sondern daß er es nur um seiner selbst willen benutzte. Es gab nichts mehr, was irgendeine Aussicht auf einen glücklichen Ausgang des Krieges bot¹⁵⁷). Zu den bisherigen Propagandaparolen von den entscheidenden Wunderwaffen war inzwischen eine neue hinzugetreten: von der angeblichen Gewißheit, daß die feindliche Koalition auseinanderbrechen werde¹⁵⁸). Aber alle Versprechungen waren nichts als bewußter Lug und Trug, darauf berechnet, Hitler selbst eine kleine Galgenfrist zu schaffen. Deshalb wandte er all seine dämonische Suggestivkraft auf, die Gauleiter zu überzeugen, die er brauchte, um im Innern Ruhe zu behalten¹⁵⁹), und höchste militärische Führer bei der Stange zu halten, die ihm die Treue der Wehrmacht sichern sollten. Daß die ersteren sich willig täuschen ließen, ist verständlich, weil sie zumeist nicht zu den Intelligentesten gehörten und mitmachten, da sie mit ihrem „Führer“ auf Gedeih und Verderb im selben Boot saßen. Daß dagegen Männer wie Generalfeldmarschall Kesselring¹⁶⁰), Großadmiral Dönitz¹⁶¹) oder Generaloberst von Greim¹⁶²) ebensowenig zweifelten oder sich nicht gegen den fortgesetzten Wahnsinn stemmten, setzt ein so gehöriges Maß an Kritiklosigkeit und Fanatismus voraus, das ihrer sonstigen Qualifikation nach schlecht verzeihlich ist.

Zwei Begründungen für die Notwendigkeit, den Krieg fortzusetzen, nachdem er militärisch einwandfrei verloren war, wurden ins Feld geführt: 1. die alliierte Forderung des „uncon-

¹⁵⁷) Gutachten von Prof. Dr. Percy Ernst Schramm im Remerprozeß: 20. Juli 1944, a. a. O. (Anm. 154), S. 98 ff.

¹⁵⁸) Hitler selbst klammerte sich an diese Hoffnung: Mitteilung von Gen. d. Geb. Tr. a. D. Winter an den Verf.; Aufzeichnungen von Gen. maj. a. D. Dethleffsen (ungedruckt), fol. 18; Schellenberg, a. a. O. (Anm. 57), S. 363; Gerhard Boldt, Die letzten Tage der Reichskanzlei, Hamburg-Stuttgart 1948⁴, S. 65 f. — Lagebesprechung vom 27. 1. 1945, a. a. O. (Anm. 145), S. 860 f. — Für Goebbels' Jubel über den Tod Roosevelts: Schwerin-Krosigk, Tagebücher (ungedruckt), Inst. f. Zeitgesch. München.

¹⁵⁹) Vgl. KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 66.

¹⁶⁰) Kesselring, Soldat, a. a. O. (Anm. 153), S. 337 ff. und 387.

¹⁶¹) Dönitz, Sonderlage des ObdM vom 11. 4. 45 (Anl. 1 KMA 23 647/45 geh.); IMT Bd. XXXV, S. 304 ff.

¹⁶²) Vgl. Karl Koller, Der letzte Monat. Die Tagebuchaufzeichnungen d. ehem. Chefs d. Gen.stabes d. dt. Luftwaffe . . ., Mannheim 1949, S. 61.

ditional surrender" ¹⁶³) und 2. der Versuch, die Menschen aus dem Osten vor den Sowjets zu retten ¹⁶⁴). Beide halten der Kritik nicht stand.

Daß die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der NS-Propaganda zupaß kam, ist unzweifelhaft ¹⁶⁵), auch wenn ihre Wirkung während des Krieges — nicht erst in der Rückschau — im einzelnen noch nicht untersucht worden ist. Der deutsche Widerstand, vor allen unter den Soldaten, wurde sicherlich stark dadurch behindert ¹⁶⁶). Daß aber Hitler sich durch die alliierte Formel von einer rechtzeitigen Beendigung des Krieges abschrecken ließ, ist nicht bewiesen. Er war von Anbeginn nicht bereit, jemals zu kapitulieren — gleichgültig unter welchen Bedingungen. Der „vernünftige Friede“, den er einmal kurz vor dem Zusammenbruch als vielleicht annehmbar erwähnte ¹⁶⁷), kam für ihn erst nach dem deutschen „Endsieg“, der ihm die wesentlichsten Teile seiner Ansprüche und Eroberungen beließ ¹⁶⁸).

Die zweite These, die besonders von Jodl und Dönitz in Nürnberg vertreten wurde, ist ebenfalls nicht stichhaltig; denn Hitler legte trotz

eindringlicher Mahnungen des damaligen Generalstabschefs des Heeres, Guderian, „das Steuer nicht auf Ostkurs“ herum ¹⁶⁹). In aussichtsloser Lage mußten die abgeschnittenen deutschen Truppen, die bei einem rechtzeitigen Absetzen oder nach einem Durchbruch hätten militärisch vernünftiger verwendet werden können, bis zur letzten Patrone auf verlorenem Posten aushalten ¹⁷⁰); die Zivilbevölkerung aber wurde von der Partei an der rechtzeitigen Räumung der bedrohten Ostprovinzen gehindert ¹⁷¹). Sie alle fielen, sofern sie nicht zugrunde gingen, den Sowjets in die Hände. An den betrüblichen Tatsachen scheitert dieser Entlastungsversuch für Hitler.

Hitler glich, wie Jodl aus der Rückschau einmal bemerkt, einem Schiffbrüchigen im weiten Atlantik, der, wenn auch ohne die mindeste Aussicht auf Rettung, eben schwimmt, solange seine Kräfte reichen ¹⁷²) — in diesem Falle genauer gesagt: die Kräfte des deutschen Volkes und seiner Wehrmacht reichten. Der braune Tyrann war gesonnen, „bis zum letzten Hitlerjungen“ zu kämpfen ¹⁷³). Wenn er jemals Clausesitz im Zusammenhang gelesen hatte — was zu bezweifeln ist, obwohl er sich gern damit brüstete —, so hatte er ihn

¹⁶³) Vgl. dafür etwa: Manstein, a. a. O. (Anm. 136), S. 474, 475; Dönitz, Unterredung, a. a. O. (Anm. 118), fol. 1; ders., Zehn Jahre, a. a. O. (Anm. 153), S. 300 ff., 423 f.; Kesselring, Soldat, a. a. O. (Anm. 153), S. 410; Siegfried Westphal, Heer in Fesseln. Aus den Papieren d. Stabschefs von Rommel, Kesselring und Rundstedt, Bonn 1950, S. 292 ff.; B. H. Liddell Hart, Die Strategie einer Diktatur, Zürich o. J., S. 267.

¹⁶⁴) Kesselring, Soldat, a. a. O. (Anm. 153), S. 410; Walter Lüdde-Neurath, Das Ende auf deutschem Boden, in: Bilanz, a. a. O. (Anm. 9), S. 428 f.; Dönitz, Zehn Jahre, a. a. O. (Anm. 153), S. 424 ff.; ders., IMT Bd. XIII, S. 340 ff.; Jodl: IMT Bd. XV, S. 468 f.

¹⁶⁵) Vgl. dafür Alfred Vagts, Unconditional Surrender — vor und nach 1943, in: VfZG Bd. 7/1959, S. 280 ff., bes. 299 mit Anm. 94; ferner Günter Moltmann, Goebbels' Rede zum totalen Krieg am 18. Februar 1943, in: VfZG Bd. 12/1964, S. 13 ff.; neuerdings hat auch Eisenhower eine starke Wirkung der Formel auf die Deutschen behauptet: The Washington Post, 20. Dez. 1964, pages A 1 und A 15; vgl. allgemein Anne Armstrong, Unconditional Surrender, New Brunswick, N. J., 1961.

¹⁶⁶) Vgl. Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt/M. 1958, S. 156 ff.

¹⁶⁷) Hitler zu Meißner am 13. März 1945: Otto Meißner, Staatssekretär unter Ebert — Hindenburg — Hitler, Hamburg 1950, S. 609.

¹⁶⁸) Für Hitlers Kriegsziele vgl. Hugh Redwald Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in: VfZG Bd. 8/1960, S. 121 ff.

¹⁶⁹) Guderian, a. a. O. (Anm. 23), S. 345, ferner für die Ablehnung, einen „Ostwall“ zu bauen: ebda, S. 295; auch Speer: IMT Bd. XVI, S. 553.

¹⁷⁰) Vgl. auch KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 53 f.; als Beispiel für eine Kontroverse über den Sinn oder Unsinn des starren Aushaltens vgl. H. von Ahlfen, Der Kampf der Festung Breslau, Sonderdruck aus: Wehrwiss. Rundschau 1956 (bzw. in der Zeitschrift Heft 1/1956); General a. D. Niehoff, Artikelserie „So fiel Breslau“, in: Welt am Sonntag, Hamburg vom 15. 1. bis 4. 3. 1956; Joachim Konrad, Das Ende von Breslau, in: VfZG Bd. 4/1956, S. 387 ff.; ferner Johannes Kaps, Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten ..., München 1952/3, S. 51 ff., 121 ff.; schließlich Hans von Ahlfen — Herm. Niehoff, So kämpfte Breslau. Verteidigung und Untergang von Schlesiens Hauptstadt, München 1959.

¹⁷¹) Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa, bearb. in Verb. mit anderen von Theodor Schieder, Bd. I/1, Bonn o. J., S. 12 E ff., 25 E f.; ferner 1. Beiheft: Ein Tagebuch aus Pommern 1945—46. Aufzeichnungen von Käthe von Normann, Bonn 1955, S. 11. — Vgl. obendrein Th. Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: VfZG Bd. 8/1960, S. 1 ff.

¹⁷²) Jodl, Führerpersönlichkeit, a. a. O. (Anm. 61), pag. 9.

¹⁷³) Vgl. dafür etwa Boldt, a. a. O. (Anm. 158), S. 86 f.; Das Ende des Schreckens. Dokumente des Untergangs, Januar bis Mai 1945, hrsg. von Erich Kuby, München (1955), S. 140 f., 63 f., 135 f.

nicht verstanden. Nachdem er nicht fähig gewesen war, „den Kulminationspunkt mit einem feinen Takt des Urteils herauszufühlen“¹⁷⁴⁾, hatte er den Krieg um seiner selbst willen brutal fortgesetzt bis zu jenem Punkt, „über den hinaus das Verharren nur eine verzweiflungsvolle Torheit genannt und also von keiner Kritik gebilligt werden kann.“¹⁷⁵⁾

Wie Napoleon — über den Clausewitz an dieser Stelle spricht — „als Bettler“ vom Schlachtfeld floh, nachdem er „den letzten Heller ausgegeben hatte“, so desertierte der Hasardeur Hitler aus der Verantwortung, die er in besseren Zeiten mit tönenden Phrasen übernommen hatte^{175a)}. Die Liquidation des Bankrotts überließ er dem Nachfolger von seinen Gnaden: dem ObdM Dönitz¹⁷⁶⁾. Dieser war seinem „Führer“ so lange blind gefolgt und hielt ihm auch weiterhin in unverständlicher Weise menschlich die Treue. Doch obwohl er bis dahin das „Durchhalten“ starr befohlen hatte, mußte er sich nach der Übernahme des traurigen Erbes schnell davon überzeugen, daß die Lage „hoffnungslos“ war. Deshalb faßte er nach kurzem Bedenken den Entschluß, zu

kapitulieren¹⁷⁷⁾, dabei aber alles zu versuchen, was möglich war, die Menschen aus dem Osten zu retten. Seine Bemühungen, nur vor den West-Alliierten die Waffen zu strecken, scheiterten an der damaligen politischen Naivität der Amerikaner, die in „Kreuzfahrer“-Ideen befangen waren und nicht die Verwandtschaft des Nationalsozialismus mit dem Bolschewismus in Theorie und Praxis erkannt hatten. So mußte Dönitz schweren Herzens seine Zustimmung zur bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht nach beiden Seiten erteilen. Nur eine kleine Frist war gewonnen worden, in der noch Gruppen von Zivilisten und Soldaten sich vor den Sowjets nach dem Westen durchschlagen konnten.

Wenn Dönitz fürchtete, deshalb einst vor der Geschichte getadelt zu werden, ist das unbegründet. Gerade daß er persönliche Prestige-Bedenken zurückstellte und einen Weg ging, der ihm — objektiv zu Unrecht — als nahezu ehrenrührig erschien, rettete er, was noch zu retten war. So erwarb er sich ein Verdienst, das ihm auch seine Kritiker nicht abstreiten werden.

Waren Verrat und Sabotage schuld?

Es war charakteristisch für Hitler, nie eigenes Versagen einzugestehen — im Gegenteil: wieder und wieder zu behaupten, er habe recht behalten, im Irrtum zu beharren und, falls das Fiasko einmal nicht länger abzuleugnen war, die Verantwortung auf andere abzuschieben¹⁷⁸⁾. Einem der krassesten und zugleich

höchst grotesken Fälle solch krampfhafter Rechthaberei verdanken die — nicht vollständig erhaltenen — Protokolle der militärischen Konferenzen im Führerhauptquartier ihre Entstehung¹⁷⁹⁾. Hitler hatte im Herbst 1942 den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe A hart getadelt wegen angeblich falscher Führung im Kaukasus, wogegen Jodl seinem „Führer“ die eigenen Weisungen vorhalten konnte, die Generalfeldmarschall List nur ausgeführt hatte. Hitler war darüber so „schwer verstimmt“, daß der persönliche Kontakt zwischen ihm und seinen ersten militärischen Gehilfen seitdem dauernd gestört war. Er befahl die Errichtung des „Stenographischen Dienstes“ im Führerhauptquartier, um die Wiederholung solcher — nach seiner Meinung unberechtigter — Berufung auf seine eigenen Worte in Zukunft unmöglich zu machen. Ob er selber tatsächlich glaubte, niemals zu irren und sich diese ge-

¹⁷⁴⁾ Clausewitz, a. a. O. (Anm. 35), 3. Teil, S. 12.

¹⁷⁵⁾ Clausewitz, a. a. O. (Anm. 35), 1. Teil, S. 329.

^{175a)} Vgl. dafür nur die Rede vom 30. Jan. 1942: „Aber weil ich glaube, daß, wenn schon die Vorsehung es so gefügt hat, daß dieser Kampf nach dem unerforschlichen Willen dieser Vorsehung ausgefochten werden muß, dann allerdings kann ich die Vorsehung nur bitten, daß sie mich mit der Last dieses Kampfes betraut, daß sie sie mir aufbürdet. Ich will sie tragen und will vor keiner Verantwortung zurückscheuen. Ich will in jeder Stunde, in der eine Not kommt, will ich diese Last auf mich nehmen. Jede Verantwortung will ich tragen . . .“ — A. a. O. (Anm. 96), S. 200.

¹⁷⁶⁾ Vgl. dafür allgemein: Walter Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, Göttingen 1964³, darin als Nachwort: Walter Baum, Die Regierung Dönitz in der heutigen wissenschaftlichen Forschung, S. 167 ff. — Dort auch für das Folgende.

¹⁷⁸⁾ Jodl, Führerpersönlichkeit, a. a. O. (Anm. 61), pag. 11; Keitel, a. a. O. (Anm. 132), S. 283.

¹⁷⁷⁾ Vgl. dafür Lennart Sjöstedt, Kapitulation eller strid till sista man? Till frågan om Karl Dönitz' handlingsprogram vid regeringstillträdet 1945, in: Scandia, Bd. 30, Lund 1964, S. 288 ff. (Dt. Zusammenfassung: S. 352 ff.).

¹⁷⁹⁾ Heiber, Hitlers Lagebesprechungen, a. a. O. (Anm. 145), S. 11 ff.

fährliche Festlegung durch stenographische Protokolle leisten zu können, ist zweifelhaft. Sicher versuchte er, wieder einmal zu bluffen, bzw. verlangte er einfach, daß seine Anhänger an seine Unfehlbarkeit glaubten. Das Bemühen, sich im Falle eines offenbaren Mißerfolges auf Kosten anderer ein Alibi zu verschaffen, ist die Komplementär-Erscheinung dazu.

Tatsächlich schien Hitler in der ersten Zeit des Krieges gegenüber den Warnungen der militärischen Fachleute recht behalten zu haben. Die gelungene Überrumpelung Norwegens und der Blitzfeldzug in Frankreich war von ihnen so nicht für möglich gehalten worden¹⁸⁰). Was Hitler sich aber persönlich zum Ruhm anrechnete, wog seinen fundamentalen Fehlschluß nicht auf, daß der Krieg nach dem deutschen Angriff auf Polen lokalisiert bleiben werde. Im wesentlichen Punkte hatten die unbequemen Mahner doch recht behalten; nur verschloß sich Hitler bewußt dieser Einsicht. So kam es trotz großer Teilerfolge, „wie es kommen mußte“, ohne daß Hitler den wahren Grund dafür anerkennen wollte.

Wie zu erwarten, begannen seine Entlastungsversuche in dem Augenblick, als der erste große fühlbare Rückschlag im Winter 1941/42 vor Moskau eintrat. Nicht der prinzipiell falsche Entschluß zum Angriff auf Sowjetrußland, nicht der phantastische Plan, die Sowjetunion durch eine Zangenoperation zu schlagen statt mit geballter Kraft ins Zentrum zu stoßen, wurden als die wirklichen Gründe für das Desaster angesehen, sondern der angeblich überaus harte Winter¹⁸¹). Dabei war er im Jahre 1941/42 nicht kälter als gewöhnlich. Obendrein hatte das OKH rechtzeitig gefordert, eine besondere Winterausrüstung für die Ostarmeen bereitzustellen¹⁸²), wurde indes brüsk zurückgewie-

sen: „Ich will diese Rederei über die schwierige Versorgung unserer Truppen im Winter nicht mehr hören. Darüber sich irgendwelche Sorge zu machen, ist ganz und gar unnötig. Denn es wird keinen Winterfeldzug geben.“¹⁸³) Trotzdem besprach der Chef des Generalstabs des Heeres die Frage im Juli 1941 noch einmal mit dem Generalquartiermeister und seinem Oberbefehlshaber¹⁸⁴). Dabei regte er an, die Wintersportausrüstung der Bevölkerung durch einen Aufruf heranzuziehen. Vergebens! Hitler ließ den Vorschlag zunächst unberücksichtigt, weil er sich selbst damit Lügen gestraft hätte, griff dann aber doch darauf zurück, als es zu spät war. Indem er Goebbels diese Aktion zusammen mit der Partei organisieren ließ, konnte diese der beneideten Wehrmacht implizite mangelnde Voraussicht vorwerfen¹⁸⁵). Nicht zufrieden damit, suchte Hitler aber noch einen sichtbaren „Sündenbock“. Immerhin wagte Hitler nicht, offiziell den Oberbefehlshaber des Heeres zu beschuldigen, sondern beschränkte sich darauf, im engeren Kreise seiner hörigen Umgebung Vorwürfe zu erheben¹⁸⁶). Bei der Entlassung von Brauchitschs am 19. Dezember 1941 und bei der Übernahme des Oberbefehls über das Heer durch Hitler persönlich fiel kein lautes Wort über das angebliche Versagen des ObdH, doch wurde durch die betont „schlichte“ Verabschiedung dem Volk der Eindruck vermittelt, es handele sich um eine Strafmaßnahme. Nur wenig später übernahm die Parteipropaganda diese Infamie als offiziöse These¹⁸⁷). Ob die höhere Armeeführung damals insofern verantwortlich war, als sie nicht stärkeren Widerstand gegen Hitlers Pläne leistete, ist eine andere Frage¹⁸⁸). Immerhin war die bewußte „Sabotage“ der rechtzeitigen Winterausrüstung allein Hitlers Schuld, die der Armeeführung liegt auf anderer Ebene¹⁸⁹).

¹⁸⁰) Vgl. dagegen Jodls Tgb. vom 15. 10. 1939: „Wir gewinnen diesen Krieg und wenn er hundertmal einer Generalstabsdoktrin widerspricht, weil wir die bessere Truppe, die bessere Ausrüstung, die bessere ... und eine geschl(ossene) zielbewußte Führung haben“. — Jodl, Dienstliches Tagebuch, hrsg. von Walther Hubatsch, in: Die Welt als Geschichte, 12. Jg./1952, S. 276.

¹⁸¹) Vgl. Hitlers Tischgespräche, a. a. O. (Anm. 18), S. 300 f. und Anm. 2; ebda, S. 376 f. und Anm. 4; Rede vom 30. Jan. 1942: a. a. O. (Anm. 96), S. 203, 206; Philipp Bouhler im Vorwort zu Hitlers Reden (Anm. 96), S. 5 f.

¹⁸²) Bor (Halder), a. a. O. (Anm. 24), S. 198; Hofmann, a. a. O. (Anm. 53), S. 167; Heinrich Uhlig, Das Einwirken Hitlers auf Planung und Führung des Ostfeldzuges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 12/60, S. 197, 198, demnächst auch in: Vollmacht des Gewissens, Bd. II, Frankfurt 1965 (im Druck) — zugleich mit harter Kritik am OKH.

¹⁸³) Paulus, Ich stehe hier auf Befehl! Lebensweg des Generalfeldmarschalls Friedrich Paulus ... hrsg. von Walter Görlitz, Frankfurt/M. 1960, S. 49.

¹⁸⁴) Bor (Halder), a. a. O. (Anm. 24), S. 198.

¹⁸⁵) Aufruf zur Woll- und Pelzsachensammlung des deutschen Volkes vom 21. Dez. 1941: Reden, a. a. O. (Anm. 96), S. 153.

¹⁸⁶) Keitel, a. a. O. (Anm. 132), S. 286; Goebbels, Tgb., a. a. O. (Anm. 141), S. 131 f. (Eintr. v. 20. 3. 1942).

¹⁸⁷) Graf Galeazzo Ciano, Tagebücher 1939—1943, Bern 1947², S. 431 (Eintr. v. 29. 4. 1942); Hitlers Tischgespräche, a. a. O. (Anm. 18), S. 313.

¹⁸⁸) Vgl. Uhlig, a. a. O. (Anm. 182), S. 198.

¹⁸⁹) Auch die Eisenbahn sollte versagt haben: Hitlers Tischgespräche, a. a. O. (Anm. 18), S. 159 und Anm. 2 (18. 1. 1942).

Es folgte die Niederlage von Stalingrad. Weil Hitler den rechtzeitigen, noch möglichen Ausbruch aus dem Kessel verbot, beschwor er die bis dahin schlimmste Katastrophe des deutschen Heeres herauf. Ob Paulus oder auch Manstein hätten durch eigenmächtiges Handeln etwas retten können, ist wieder eine andere Sache. Auf jeden Fall waren es nicht die „Generäle“, wie Göring mehrfach behauptete¹⁹⁰), die für das Scheitern „des letzten Winterfeldzuges und des jetzigen“ verantwortlich waren, noch die Italiener¹⁹¹), deren Kampfkraft im ganzen wirklich nicht groß war. Ebenso wenig waren die Ungarn schuld oder hatte die deutsche Abwehr versagt¹⁹²). Die ziellose Suche nach angeblich Schuldigen beweist nur, wie wenig handfeste Gründe zur Anklage gegen andere vorhanden waren. Die schimpfliche Ausstoßung des Generals Heim, der beim Kampf um Stalingrad „auf das schwerste versagt und damit einen nie wieder gutzumachenden Schaden angerichtet“ haben sollte¹⁹³), war schließlich symptomatisch für die Infamie Hitlers. Seine eigenen konfuse Befehle hatten das Panzerkorps, das Heim führte, nicht zum Erfolg kommen lassen, aber der Frontführer, dem es trotzdem gelang, die Masse seiner Verbände zu retten, mußte offiziell als Sündenbock dienen.

Weil Hitler seinen Freund Mussolini mit den Italienern gleichsetzte¹⁹⁴), sparte er mit Vorwürfen gegen sie, obwohl erst die italienische „Nichtkriegführung“ und dann ihre geringen militärischen Leistungen ihn enttäuschten. Erst nach dem Sturz des Duce klagte er sie deswegen an, bemühte sich aber dennoch ausdrücklich, die „Treue“ Mussolinis zu betonen und das italienische Volk als ganzes zu schonen¹⁹⁵). Trotz seines Mißtrauens schien es ihm

besser, die Italiener noch nicht endgültig vor den Kopf zu stoßen, sondern möglichst bei der Stange zu halten. So schrieb er ihr Versagen „offenen oder versteckten Saboteuren der Kriegsführung“ zu, die nach seinen Worten zugleich „reaktionäre Feinde der sozialen Gerechtigkeit“ waren¹⁹⁶). Hitler hatte die Schwäche Italiens nicht wahrhaben wollen. Was er der politischen Leitung des Deutschen Reiches vor 1914 vorrechnete, die „Selbsttäuschung“ darüber, „wie schwach und wenig verlässlich der Bundesgenosse (Österreich) in Wirklichkeit sein würde“¹⁹⁷), das war ihm in noch schlimmerem Maße mit Italien widerfahren. Dessen Zusammenbruch war die Folge der Niederlagen, die ihm die technisch und moralisch stärkeren West-Alliierten zugefügt hatten. War der Abfall im September 1943 zwar ein Bruch des Bündnisses, so war der „deutsche Afrikakämpfer doch nicht an Verrat gestorben“¹⁹⁸).

Den Vorwurf, es sei ein — freilich gescheiterter — „Dolchstoß“ geführt worden, erhob Hitler während seines Krieges zum erstenmal nach dem 20. Juli 1944¹⁹⁹), von seinem persönlichen Standpunkt aus nicht zu Unrecht. Himmler übernahm ihn, aber völlig zu Unrecht, wenn er den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 in Zusammenhang mit dem Widerstand stellte²⁰⁰). „Nicht der Schatten eines Beweises“ dafür ist erbracht, daß — über menschliches Versagen einzelner hinausgehend — einer der betreffenden militärischen Führer „Verrat“ geübt hat²⁰¹). Die Tatsache, daß einige Generäle sich nach der Kapitulation in Stalingrad dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und der sowjetischen Rundfunkpropaganda zur Verfügung

¹⁹⁰) Vgl. Ulrich von Hassell, Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938—1944, Zürich u. Freiburg 1946, S. 283 (Eintr. v. 20. 12. 1942).

¹⁹¹) Tagebuch von Gen.-Oberst von Richthofen, Eintr. v. 10. 2. 1943, im Auszug gedruckt bei Walter Görnitz, Die Schlacht um Stalingrad 1942—1943, in: Entscheidungsschlachten, a. a. O. (Anm. 53), S. 304, Anm. 41.

¹⁹²) Jodl, Führerpersönlichkeit, a. a. O. (Anm. 61), pag. 6.

¹⁹³) Bor (Halder), a. a. O. (Anm. 24), S. 222 ff., bes. S. 224.

¹⁹⁴) Walter Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939—1945, Frankfurt/M. 1962, S. 349; auch Keitel, a. a. O. (Anm. 132), S. 283; vgl. ferner Hitlers Tischgespräche, a. a. O. (Anm. 18), S. 133 f. (21. 7. 41), S. 473 ff. (24. 7. 1942).

¹⁹⁵) Rede Hitlers über den Zusammenbruch Italiens am 10. Sept. 1943, München o. J.

¹⁹⁶) Vgl. nochmals Keitel, a. a. O. (Anm. 132), S. 283, und Warlimont, a. a. O. (Anm. 194), S. 383.

¹⁹⁷) Hitler, Mein Kampf, S. 139.

¹⁹⁸) Derartige Vorwürfe erhebt Antonino Trizzino, Die verratene Flotte. Tragödie der Afrikakämpfer, Bonn 1957; dagegen Eberhard Weichold, Ist der deutsche Afrikakämpfer an Verrat gestorben?, in: „Leinen los!“, IV/1957, S. 356 f.

¹⁹⁹) Rede Hitlers v. 20. Juli 1944, in: 20. Juli, a. a. O. (Anm. 154), S. 178 f.

²⁰⁰) Rede Himmlers vor den Gauleitern in Posen am 3. Aug. 1944; gedruckt in VfZG Bd. 1/1953, S. 357 ff.

²⁰¹) Hermann Gackenholz, Zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte, in: VfZG Bd. 3/1955, S. 317 ff.; ders., Der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte 1944, in: Entscheidungsschlachten, a. a. O. (Anm. 53), S. 445 ff.

stellten²⁰²⁾, ist kein Gegenargument. Zur Zeit des Kampfes in und um Stalingrad wie auch davor und später haben diese Führer und ihre Verbände immer ihre Pflicht getan. Die Schuld an der Katastrophe der Heeresgruppe Mitte trifft wieder allein Hitler selber, der die Lage falsch beurteilte und falsche Entschlüsse faßte. Sein Starrsinn, mit dem er das „Festkrallen“ befahl, verhinderte den rechtzeitigen Rückzug oder Umgruppierungen und bereitete Hunderttausenden den Untergang.

Ebenso ist es weiter nichts als eine Legende, daß zwei Panzerdivisionen von Rommel im Juli 1944 absichtlich zurückgehalten worden seien, um sie gegen Berlin in Marsch zu setzen²⁰³⁾. An Hand der Kriegstagebücher des Wehrmachtsführungsstabes ist nachzuweisen, daß Hitler sich persönlich die Verfügung über diese Verbände vorbehalten hatte. Er wollte sie bei der von ihm befürchteten zweiten Großlandung als Reserve einsetzen und gab sie später frei²⁰⁴⁾. Daß ihr Eingreifen zu früherer Zeit das Schicksal gewendet hätte, kann bezweifelt werden; an dem Gesamterfolg der Invasion hätten diese schwachen Kräfte kaum etwas geändert.

Immerhin ist „Verrat“ durch Preisgabe militärischer Geheimnisse vorgekommen. Der damalige Oberst Oster, der in der Zentrale der deutschen Abwehr tätig war, unterrichtete aus grundsätzlichem Haß gegen das NS-Regime den befreundeten holländischen Militärattaché, Major Sas, über die deutschen Angriffspläne gegen Norwegen, Holland und Belgien²⁰⁵⁾. Er gab sogar die verschiedenen Änderungen des Angriffstermins laufend bekannt, ohne jedoch bei den zuständigen Instanzen der bedrohten Länder rechten Glauben zu finden. Es war eine Ironie des Schicksals, daß die Holländer und Belgier, die durch den Zwischenfall von Mecheln hätten gewarnt

sein können²⁰⁶⁾, gerade deshalb eine Täuschung vermuteten. Desgleichen hielten die Dänen und Norweger die alarmierenden Nachrichten nicht für echt und ließen sich überraschen²⁰⁷⁾. Was Oster und die deutsche Opposition erhofft hatten, traf also nicht ein. Es wurden von den neutralen Ländern keine energischen Gegenmaßnahmen eingeleitet, die zu einem militärischen Rückschlag führten und das verhaßte Regime stürzten. Die deutschen risikoreichen Pläne im Westen wurden nicht merklich gestört oder gar durchkreuzt, d. h., der Krieg wurde zum Leidwesen der Opposition nicht durch den — formaljuristisch eindeutigen — Landesverrat beeinflusst. Die NS-Führung bemerkte seinerzeit nichts; Oster wurde später durch eine andere Affäre gefährdet, durch den sogenannten Zossener Aktenfund nach dem 20. Juli als Gegner des Regimes belastet und ermordet.

Es gibt sonst keinen Fall, daß das Kriegsgeschehen irgendwo und irgendwie durch „Verrat“ der militärischen Führung bewußt beeinflusst worden ist. Selbst die Offiziere, die sich dem Widerstand angeschlossen hatten, taten an der Front und in ihren Schlüsselpositionen in der Heimat ihre Pflicht wie jeder andere. Gerade weil sie hofften, nach dem gelungenen Staatsstreich mit dem Gegner einen annehmbaren Frieden aushandeln zu können, mußten die deutschen Fronten intakt sein²⁰⁸⁾, andernfalls war die Opposition von vornherein in wenig aussichtsreicher Lage, da die Gegenseite dann den Sieg bereits in der Tasche gehabt hätte²⁰⁹⁾. Daß übrigens selbst formaler Landesverrat dem Unrechtsstaat gegenüber, sofern er nicht aus niedrigen, etwa finanziellen Motiven verübt wurde, einen echten Dienst an Volk und Vaterland bedeutete, ja sogar rechtmäßig war, ist inzwischen

²⁰²⁾ Vgl. allgemein Bodo Scheurig, *Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943—1945*, München 1960.

²⁰³⁾ Hans-Adolf Jacobsen, *1939—1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*, Darmstadt 1961⁵, S. 711 f.

²⁰⁴⁾ KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 311 ff.

²⁰⁵⁾ Jean Vanwelkenhuyzen, *Die Niederlande und der „Alarm“ im Januar 1940*, in: VfZG Bd. 8/1960, S. 17 ff., bes. S. 20 ff.; ferner Kurt Sendtner, *Die deutsche Militäropposition im ersten Kriegsjahr*, in: *Vollmacht des Gewissens*, a. a. O. (Anm. 6), S. 499 ff. — Weitere Lit. bei Vanwelkenhuyzen.

²⁰⁶⁾ Am 10. Jan. 1940 war dort ein dt. Flugzeug mit einem Kurier an Bord im Nebel notgelandet. Dem Kurier war es nicht gelungen, die wichtigen Akten mit den Angriffsplänen zu vernichten.

²⁰⁷⁾ Hubatsch, *Weserübung*, a. a. O. (Anm. 36), S. 125, 135.

²⁰⁸⁾ Vgl. dafür Becks Aufruf an die Wehrmacht: 20. Juli, a. a. O. (Anm. 154), S. 174 ff.

²⁰⁹⁾ Die deutsche Opposition wurde sogar deswegen mit Mißtrauen betrachtet, weil sie nicht ohne weiteres bereit war, vor den damaligen Gegnern zu kapitulieren: vgl. Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Frankfurt/M. 1958, S. 150 ff.; Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart, 1956, S. 336 ff.

längst eindeutig festgestellt worden ²¹⁰). Es war das Terror-Regime, das „schwere Nachteile für das Reich“ herbeiführte, während der Widerstand nur das „Wohl“ des Volkes und Staates im Auge hatte. Die planmäßige Perversion des Rechtes und der Tradition hatte auch die Fronten und die Begriffe verkehrt.

Ebensowenig kann von „Sabotage“ gesprochen werden, die den Krieg negativ beeinflusste. Sie wäre an sich verhältnismäßig leicht möglich gewesen, da Millionen von Arbeitern in die Rüstungsindustrie gepreßt worden waren. Verrat von ihrer Seite, über geheime Sender oder sogenannte V-Männer wäre gleichfalls gut möglich gewesen. Dennoch ist beides niemals in so großem Umfang betrieben worden, daß ernstlicher Schaden angerichtet wurde oder gar die Niederlage darauf zurückgeführt werden kann. Beim Wehrmachtsführungsstab, der jede wichtige, auch unangenehme Nachricht schnellstens und genau erhielt, ist nie derartiges gemeldet worden ²¹¹). Es hätte dort sofort größte Unruhe und Gegenmaßnahmen ausgelöst, doch geschah nie dergleichen. Ein paar kleinere Fälle aus der zweiten Hälfte des Krieges, die anfänglich wie Sabotage aussahen, klärten sich später anders auf und hatten keine besondere Wirkung. Die Figur des Ingenieurs Oderbruch aus Zuckmayers Drama „Des Teufels General“, das sonst die Atmosphäre richtig einfängt, ist reine Erfindung und keineswegs typisch.

Subjektiv richtige Beobachtungen einzelner aus der damaligen Zeit sind kein Gegenbeweis. Sicher konnte man einmal auf einem Abstellgleis eine Anzahl Lokomotiven sehen, die dort rosteten, während anderswo welche nötig gebraucht wurden. Aber wahrscheinlich waren sie so reparaturbedürftig und vielleicht sogar schon „ausgeschlachtet“, daß man sich den Abtransport gespart hatte, weil sie nicht mehr verwendet werden konnten. Für den vorüberfahrenden Beobachter war das freilich nicht ohne weiteres erkennbar. Ähnlich „natürlich“ klären sich Versorgungsmängel bei der kämpfenden Truppe ²¹²). Als zum Beispiel gegen Ende des Krieges kaum Treibstoff vorhanden

war, plünderte eine Division die Vorräte der Freiwilligen Feuerwehren in ihrem Raum, um ihre Artillerie beweglich zu halten. Daß sie kurze Zeit danach auf einem aufgegebenen Flugplatz größere Mengen an Benzin ungenutzt fand, war Mißorganisation oder Unfähigkeit. Nach dem Ausfall des Flugplatzes wäre es wohl richtig gewesen, dieses Benzin der kämpfenden Truppe zur Verfügung zu stellen. Daß es unterblieb, war individuelles Versagen im Durcheinander des kommenden Zusammenbruchs, doch kein Sabotageakt.

Wenn jemand der Vorwurf des Verrats und der Sabotage — wenn auch im übertragenen und erweiterten Sinne des Begriffs — gemacht werden kann, dann Hitler und seinem System. Das Chaos, das durch das unsinnige Führungsprinzip der Kompetenzteilungen und -Überschneidungen zur Sicherung seiner eigenen Macht angerichtet wurde, kam in der Wirkung bewußter Sabotage gleich; und Hitler selbst „verriet“ das Volk, indem er versuchte, es endgültig in den Abgrund zu reißen ²¹³). Seine wütenden Anklagen gegen die „Generale“ ²¹⁴), gegen seine früheren engsten Mitarbeiter Göring und Himmler ²¹⁵), gegen die SS ²¹⁶), ja gegen die gesamte Nation, die seiner „nicht würdig“ gewesen sei ²¹⁷), werden dadurch nicht wahrer, daß sie feierlich kurz vor seinem Tod proklamiert wurden.

Der Krieg ging nicht durch einzelne falsche Führungsentschlüsse verloren, auch nicht durch „Sabotage“ oder „Verrat“, sondern weil er unternommen wurde „im Wagen gegen die Natur der Dinge, in einer plumpen Verletzung des Wahrscheinlichkeitskalküls“ ²¹⁸). „Das archiprêt allein der Wehrmacht genügt nicht für den selbständigen Entschluß zum Kriege“, schrieb Beck in seiner Studie „Deutschland in einem kommenden Kriege“ ²¹⁹). Letztlich ent-

²¹⁰) Vgl. dafür: Vollmacht des Gewissens, a. a. O. (Anm. 6), S. 17 ff., bes. aber das Gutachten des (damaligen) Bundesgerichtspräs. Hermann Weinkauff: a. a. O., S. 137 ff.

²¹¹) Percy Ernst Schramm, Einleitung zum KTB/OKW, a. a. O. (Anm. 60), S. 27.

²¹²) Pers. Erinnerung d. Vf., auch für das Folgende.

²¹³) So Speer in Nürnberg: IMT Bd. XIX, S. 477: „Er (Hitler) hat es (das Volk) wissentlich verraten. Er hat versucht, es endgültig in den Abgrund zu stürzen.“

²¹⁴) Baur, a. a. O. (Anm. 128), S. 275 u. 277; auch Jodl, Führerpersönlichkeit, a. a. O. (Anm. 61), pag. 11.

²¹⁵) Vgl. Hitlers Testament, gedruckt (nach der Originalvorlage) bei: Lüdde-Neurath, a. a. O. (Anm. 176), S. 125.

²¹⁶) Vgl. Jodl, Führerpersönlichkeit, a. a. O. (Anm. 61), pag. 11.

²¹⁷) Schramm, a. a. O. (Anm. 60), S. 68 f.

²¹⁸) Clausewitz, a. a. O. (Anm. 35), S. 225.

²¹⁹) Ludwig Beck, Studien, Stuttgart 1955, S. 63.

scheidend war das gesamte Kriegspotential. Die militärische Niederlage war die zwangsläufige Auswirkung von skrupellosen Willkürakten und politischen Illusionen des Regimes, wodurch die Wehrmacht vor Aufgaben gestellt wurde, die sie trotz aller Tapferkeit nicht lösen konnte. Der große Mahner Beck hatte recht behalten: „Ein Krieg, den Deutsch-

land beginnt, wird sofort weitere Staaten als den angegriffenen auf den Plan rufen. Bei einem Krieg gegen eine Weltkoalition wird Deutschland unterliegen und dieser schließlich auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert sein ²²⁰⁾.

²²⁰⁾ wie Anm. 219.

Das Problem der „Behandlung Deutschlands“

Umrisse eines Schlagwortes des Epochenjahres 1945

„Der Historiker liebt historische Präzedenzfälle. Er sieht in ihnen einen Anlaß zu aufschlußreichen Vergleichen und einen Grund, Ratschläge zu erteilen. Die Situation Deutschlands im Jahre 1945 bietet keine Parallele. Sie ist ein Sonderfall. Ein historisches Novum. Man könnte vielleicht einige Vergleichspunkte in den Auswirkungen der Einnahme von Byzanz 1204 finden, die den westlichen Kreuzfahrern alle europäischen Provinzen des byzantinischen Reiches auslieferte; aber gegenüber dem lateinischen Kaiserreich, das aus der Verteilung dieser Provinzen an die Sieger hervorging, bestand am anderen Ufer des Bosphorus ein asiatischer Zipfel des besiegten Reiches weiter, von dem später die Restauration ausging. Man wird auch nicht an die Lage Polens zu Ende des 18. Jahrhunderts denken können; denn die Aufteilung des unglücklichen slawischen Staates war ein vorsätzlicher Vorgang, der zu entsprechenden Annexionen führte, durch die Polen von der Landkarte Europas gestrichen wurde. Schließlich kann man auch nicht versuchen, eine Parallele mit der Situation Deutschlands nach der Schlacht von Jena herzustellen: 1. Wurde der napoleonische Sieg nicht über ein geeintes Deutschland errungen, sondern allein über den preußischen Staat; 2. errang Frankreich den Sieg und sein Kaiser entschied allein über das Schicksal des Besiegten. Heute handelt es sich um ein geeintes und zentralisiertes Deutschland, das einer internationalen Koalition ausgeliefert ist. Nach einem gigantischen Kampf einer siegreichen Koalition überantwortet, hat der Besiegte nicht die Möglichkeit, an der Entscheidung über sein eigenes Schicksal mitzuwirken. Darin besteht die Ausnahmesituation, in der sich Deutschland befindet, und diese Lage sollte die Hoffnung auf eine end-

gültige Regelung rechtfertigen. Der Mann, der dafür verantwortlich ist (oder es zumindest vorgab), sein Land in eine beispiellose Katastrophe geführt zu haben, hatte im September 1939 feierlich erklärt, daß ‚dieser Krieg über das Schicksal Deutschlands in den nächsten tausend Jahren entscheiden‘ würde. Es ist Sache der Siegermächte, diese Prophezeiungen des verschwundenen Führers in diesem Falle nicht zu dementieren.“²⁾

Mit dieser Charakterisierung der außergewöhnlichen Situation Deutschlands im Epochenjahr 1945 leitete *Pierre Benarts* eine am 10. Oktober 1945 in der „Revue politique et parlementaire“ unter der Überschrift „Ein, zwei oder drei Deutschland?“ veröffentlichte Untersuchung ein. Wie zahlreiche ausländische Publizisten und Politiker war auch er bestrebt, auf die beispiellose Lage des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes aufmerksam zu machen. Deren Betrachter und Kommentatoren stimmten in der Auffassung überein, daß es in der Geschichte der Menschheit kein mit dem Zustand Deutschlands im Jahre 1945 vergleichbares Ereignis gibt. *Walter Lippman* betonte in einem am 5. Mai 1945 veröffentlichten Leitartikel, daß die weitere Entwicklung in Deutschland der Einflußnahme der Deutschen entzogen und Aufgabe der vier alliierten Mächte, die an der Besetzung und Kontrolle Deutschlands beteiligt sind, geworden sei: „Sie müssen nun die Trümmer und Reste des deutschen Nationalstaates besetzen und regieren. Zur Lösung eines solchen Problems gibt es keine Präzedenzfälle. In der ganzen politischen Erfahrung der Menschheit gibt es nichts, das uns lehrt, wie vier so verschiedene Nationen wie die Russen, die Briten, die Franzosen und die Amerikaner eine so listige Bevölkerung, die sich in der materiellen und moralischen Verfassung der Deutschen befindet, regieren und verwalten sollen. Alles was man dazu sagen kann ist, daß, wenn diese vier Mächte eine Zusammenarbeit nicht zustande bringen, es ihnen nicht nur mißlingen

¹⁾ Für die allgemeine Literatur vgl. die Bibliographien meiner Veröffentlichungen: Die Einheit Deutschlands. Bd. I: Die Erörterungen und Entscheidungen der Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941-1949, Frankfurt/Main. 1962², S. 477 ff; Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1955, Konstanz 1963 (Handbuch der deutschen Geschichte. Bd. IV Abschnitt 6), S. 274 ff.

²⁾ Revue politique et parlementaire, Tome 185, Nr. 549 vom 10. Oktober 1945, S. 48 ff.

wird, mit dem deutschen Problem fertig zu werden. Vielmehr wird ihr Mißerfolg sie spalten und in katastrophaler Weise trennen. Es gibt absolut keine Hoffnung, es sei denn ihre Einmütigkeit, die nur durch eine Art fanatischer Geduld, durch unbesiegbare Entschlossenheit zu geben und zu nehmen, damit sie zusammen handeln können, beibehalten werden kann. Das deutsche Problem ist so schwierig, und die Folgen im Falle des Ausbleibens einer Lösung wären so fürchterlich, daß alle anderen strittigen Fragen zwischen den Alliierten im Zusammenhang damit behandelt werden müssen.“³⁾

Die Einsicht in die Einmaligkeit der den Siegermächten gestellten Aufgabe und der Zweifel an deren gemeinsamer Lösung bestimmten die Empfindungen, Vorstellungen und Äußerungen der Staatsmänner, Diplomaten, Politiker, Militärs und Publizisten im Augenblick des „Höllenssturzes der Diktatoren“, der in Italien anders verlief als in Deutschland, wo er Befreiung und Niederlage zugleich war. Zwar war, wie *Winston S. Churchill* in seinen Memoiren versichert, die bedingungslose Doppelkapitulation von Reims und Berlin Anlaß zu dem „gewaltigsten Freudenausbruch in der Geschichte der Menschheit“⁴⁾. Dieser wurde jedoch von aufziehenden Gewitterwolken internationaler Schwierigkeiten, Spannungen und Meinungsverschiedenheiten verdunkelt.

Die Mächte der Anti-Hitler-Koalition, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika, hatten seit dem Entstehen ihrer Allianz in mehreren Erklärungen und in zusätzlichen Verlautbarungen zum Ausdruck gebracht, was sie in Deutschland mit allen ihnen als Sieger zur Verfügung stehenden Mitteln beseitigen, zerstören und verhindern wollten. Sie hatten auch allgemeine Ziele

ihrer Politik in Deutschland angesprochen, waren jedoch nicht imstande gewesen, sich über deren Detaillierung und über die bei deren Erreichung zu beachtenden Methoden zu verständigen. Es bestand bei Kriegsende eine allgemeine Einmütigkeit über einen in Deutschland herbeizuführenden Wandel — es bestanden jedoch keine Übereinkünfte oder Vereinbarungen über dessen Ergebnis und über dessen Herbeiführung.

Sowohl Politiker als auch Publizisten der verbündeten Mächte diskutierten spätestens seit dem Sommer 1941 die weitgreifende und tief-schichtige Frage der Behandlung Deutschlands nach dessen Besiegung und Besetzung. Sie erklärten immer wieder, daß der Zweite Weltkrieg nicht wie der Erste Weltkrieg beendet werden dürfe, da es die Deutschen 1918 und später an Einsicht in ihre militärische Niederlage und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen hätten fehlen lassen. Politiker und Publizisten der Länder der Anti-Hitler-Koalition bekundeten bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Entschlossenheit, den Krieg in das Land zu tragen, in dem er seinen Ausgang genommen hatte, und die Verantwortung für dessen weitere Entwicklung zu übernehmen. Die Frage der Behandlung Deutschlands wurde dadurch zum zentralen Problem der Kriegszielpolitik des Bündnisses gegen Hitler. Immer und überall sprachen Staatsmänner, Politiker, Psychologen, Pädagogen, Publizisten von dieser Notwendigkeit und dieser Aufgabe. Deutschland, so versicherten sie, müsse einer umfassenden Behandlung unterzogen werden, die ihm die materiellen Voraussetzungen zum Kriegführen nehme und seine Mentalität, sein auf kriegerische Aktion und Todesbereitschaft angelegtes Lebensgefühl, grundlegend verändere.

Bestimmung des Begriffes „Behandlung Deutschlands“

Der Begriff der Behandlung Deutschlands, der in den Verlautbarungen der verbündeten Regierungen und in der Literatur der mit Deutschland im Krieg befindlichen Länder eine hervorragende Rolle einnimmt, ist zunächst weitgespannt zu verstehen. Er reicht von den Maßnahmen, die bei der Kapitulation der

Wehrmacht ergriffen wurden, bis zu der beabsichtigten Veränderung des deutschen Volkscharakters. In dieser weitgreifenden Bestimmung umgreift der Begriff der Behandlung Deutschlands alle erwogenen und angekündigten Maßnahmen: Verluste von Grenzgebieten, Vertreibung der dort und in ost- und südosteuropäischen Staaten lebenden Deutschen, Reparationsleistungen jeder Art, Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie im weitesten Sinne, Beschränkung des deutschen

³⁾ New York Herald Tribune, Vol. 105, Nr. 35, 965 vom 5. Mai 1945.

⁴⁾ W. S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg VI/2, S. 234.

Industriepotentials, Entwaffnung der Wehrmacht, Bestrafung von Kriegsverbrechern, politische Säuberung des öffentlichen Dienstes, der Wirtschaft und des Kulturlebens, Neugestaltung der deutschen Verwaltungsstruktur, Veränderung der Besitzverhältnisse durch eine Bodenreform und durch Aufteilung bzw. Auflösung großer Industriekonzerne, politische und geistige Beeinflussung der deutschen Bevölkerung, vornehmlich der nachwachsenden Jugend. Die Siegermächte waren der Überzeugung, daß nur durch zahlreiche gleichzeitige und koordinierte Maßnahmen das von ihnen mit der Besiegung Deutschlands verfolgte Ziel einer Seditierung Deutschlands und der Deutschen erreicht werden könne.

Der Begriff der Behandlung Deutschlands wird jedoch auch eng gefaßt verstanden. Er meint dann vornehmlich die politisch-psychologische Behandlung Deutschlands — die Umerziehung, die re-education. Diese Bezeichnung hat in Deutschland einen dubiosen und maliziösen Klang; sie wird zu Unrecht auf den Bereich der politischen Haltung und das Gebiet der Erziehung eingeengt. Bei beiden Bereichen handelt es sich jedoch nur um Teilaspekte der Absicht, die deutsche Mentalität grundlegend zu verändern. Die psychotherapeutische Behandlung eines ganzen Volkes war damit angesprochen. Die Mächte rechtfertigen dieses Vorhaben mit der Notwendigkeit, im deutschen Volke die Eigenschaften, die bei der Entstehung der beiden Weltkriege in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts mitwirkten und sichtbar wurden, zurückzudrängen und zu beseitigen und die Kräfte, die in Berücksichtigung der Lage und der Möglichkeit Deutschlands ein friedliches Zusammenleben mit allen Völkern, Rassen, Bekenntnissen und Ideologien befürworten, zu entwickeln und zu stärken. Von dem Erfolg oder dem Mißerfolg dieser Maßnahme hänge, so versicherten zahlreiche Publizisten vor allem im Frühjahr 1945, die Entscheidung über einen dritten Weltkrieg ab.

Angesichts dieser Bestimmung des Begriffes der Behandlung Deutschlands im engeren

Sinne, der Umerziehung des deutschen Volkes im Sinne einer Umgestaltung der deutschen Mentalität, stellt sich im Hinblick auf das Jahr 1945, das — wie heute bereits erkennbar — eine Zäsur in der deutschen Geschichte vornimmt, die nur mit den großen politischen, kirchlichen und sozialen Veränderungen des konfessionellen Zeitalters und mit der umfassenden Umgestaltung Deutschlands zwischen 1795 und 1815 vergleichbar ist, die Frage nach den Vorstellungen sowohl der Mächte als auch der öffentlichen Meinung der Länder der Anti-Hitler-Koalition darüber während des Krieges und im Jahre 1945.

Die Beantwortung dieser Fragen wird vor allem durch zwei Umstände erschwert. Noch ist nur ein Teil der Akten über die Kriegszielpolitik der Großmächte veröffentlicht. Noch gibt es z. B. über die Verhandlungen der Europäischen Beratenden Kommission in London 1944/45, die die entscheidenden und einzig verbindlichen Vereinbarungen über die Besetzung und Kontrolle Deutschlands und auch Österreichs traf, nur persönliche Mitteilungen von beteiligten Vertretern Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika. Der vermutlich sehr umfangreiche Aktenbestand der Europäischen Beratenden Kommission, in dem sich auch detaillierte Vorstellungen über die Behandlung Deutschlands niedergeschlagen haben dürften, wurde bisher weder publiziert noch zur Einsichtnahme freigegeben. Solange diese und andere Unterlagen fehlen, ist nur eine unvollständige Deskription der alliierten Vorstellungen auch über die Umerziehung Deutschlands möglich. Während in der öffentlichen Meinung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika und später auch Frankreichs eine sehr lebhaft diskutierte Umerziehung Deutschlands erfolgte, begnügte sich die sowjetische Presse mit der Wiedergabe der Parolen der Kriegspropaganda. Im Frühjahr 1945 kam es jedoch in der sowjetischen Presse zu einer bemerkenswerten publizistischen Kontroverse über die Frage der Behandlung Deutschlands. Diese fällt zusammen mit der „Peripetie der Deutschlandpolitik Stalins“⁵⁾.

I. Entfaltung der Diskussion 1941—1945

1. Erörterungen und Erklärungen der Großmächte

In der Atlantik-Charta vom 12. August 1941⁶⁾ bekundeten der Präsident der Vereinigten

Staaten von Amerika, *Franklin D. Roosevelt*, und der Premierminister Großbritanniens, *Winston S. Churchill*, ihre Entschlossenheit, die Nazityrannei zu zerstören und allen Nationen die Möglichkeit zu geben, in Sicherheit

innerhalb ihrer eigenen Grenzen und frei von Furcht und Mangel zu leben. Sie erklärten feierlich, keine Gebiets- oder sonstige Vergrößerungen zu erstreben, das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, anzuerkennen, allen Staaten, groß oder klein, Siegern oder Besiegten, fördernd zu helfen, daß sie unter gleichen Bedingungen Zutritt zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt haben und die Zusammenarbeit zwischen allen Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen mit dem Ziel, für alle einen gehobenen Arbeitsstandard, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Ziel der Atlantik-Charta war es, der Auseinandersetzung mit Deutschland eine allgemein gültige Grundlage zu geben. Dieser Absicht entsprach die von alliierten Politikern wiederholt geäußerte Versicherung, daß Deutschland kein Recht habe, sich auf die Grundsätze der Atlantik-Charta zu berufen. Dieser Ausschluß wurde durch das Aufgehen der bleibenden Forderungen der Atlantik-Charta in die Charta der Vereinten Nationen hinfällig.

Die im Januar 1943, am Ende der Konferenz von Casablanca, von Präsident *Roosevelt* ausgesprochene Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands, Italiens und ihrer Satelliten, der sogenannten Achsenmächte, und Japans⁷⁾, sollte die Beendigung des Krieges durch einen Waffenstillstand zwischen Hitler-Deutschland und den dagegen verbündeten Nationen verhindern. Sie sollte schon im Sinne der zu diesem Zeitpunkt bereits lebhaft diskutierten Behandlung Deutschlands die bisherige Entwicklung nicht nur des nationalsozialistischen Regimes zu einem gewaltsamen Ende bringen, das allen Deutschen die Folgen der von ihnen begünstigten, zugelassenen oder geduldeten Politik vor Augen führen sollte. Die dadurch hervorgerufene Verstärkung der Notidentifizierung zwischen Volk und Regime in Deutschland blieb dabei unberücksichtigt. Die teilweise gegen besseres Wissen erfolgte Geringschätzung der deutschen Widerstandsbewegung und die beleidigende Beurteilung der Tat vom 20. Juli 1944, später freilich revi-

diert, liegen auf dieser Linie. Diese zielte auf die Ausschaltung des deutschen Volkes an der Neu- und Umgestaltung seines gesamten öffentlichen Lebens im Augenblick seiner Niederlage.

Die Konferenz der Außenminister der drei Großmächte vom 19. bis 30. Oktober 1943 in Moskau⁸⁾ beschloß und veröffentlichte die ersten offiziellen Verlautbarungen über die Behandlung Deutschlands. Sie erörterte auch, wie es im Kommuniqué heißt, Fragen der „Behandlung Hitler-Deutschlands und seiner Trabanten“. Sie legte in einer gemeinsamen Erklärung, der auch China beitrug, Grundsätze der Neuordnung der Welt fest, verabschiedete Erklärungen über Italien und Österreich und veröffentlichte eine von Präsident *Roosevelt*, Premierminister *Churchill* und Marschall *Stalin* unterzeichnete Erklärung über die Verfolgung und Aburteilung von durch Deutsche begangenen Verbrechen.

Bei ihrer ersten Zusammenkunft in Teheran (28. November bis 1. Dezember 1943)⁹⁾ erörterten die Großen Drei, *Churchill*, *Roosevelt* und *Stalin*, ausführlich Maßnahmen, die sie gegenüber und in Deutschland ergreifen wollten. Sie sprachen dabei auch über den Volkscharakter der Deutschen. In der Diskussion über die Aufteilung Deutschlands am 1. Dezember 1943 sprach sich *Stalin* für den Teilungsplan Deutschlands aus. Er betonte, daß alle deutschen Truppen wie die Teufel kämpften. Allein die Österreicher verhielten sich anders. *Stalin* erzählte, wie sich dies ergäbe, versicherte mit Nachdruck, daß die Deutschen alle gleich seien. Die preußischen Offiziere bildeten das Rückgrat. Er verneinte einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Nord- und Süddeutschen, denn alle Deutschen kämpften wie wilde Tiere. Er warnte davor, die Österreicher in irgendeine territoriale Kombination einzuschließen. Österreich habe selbstständig existiert und könne es auch wieder tun. Er bezeichnete es als unklug, nach der Zerreißung Deutschlands einen neuen Bund zu bilden, sei es ein Donaubund oder ein anderer. *Roosevelt* stimmte *Stalin* lebhaft bei. Auch er verneinte Unterschiede zwischen den Deutschen. Er räumte ein, daß die Bayern keine

⁵⁾ Vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 188 ff.

⁶⁾ Vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 23. Für den deutschen Wortlaut der Atlantik-Charta vgl. ebenda S. 303 f.

⁷⁾ Vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 28 ff.

⁸⁾ Vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 36. Für den deutschen Wortlaut der gemeinsamen Verlautbarung vgl. ebenda S. 308 ff.

⁹⁾ Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers. The Conferences at Cairo and Teheran 1943, Washington 1961 (Department of State Publication 7187).

Offizierskaste hätten. Er sagte jedoch, sie seien genauso wie die Preußen, was amerikanische Soldaten bereits festgestellt hätten. *Churchill* warf ein, daß die von *Roosevelt* vorgeschlagene Aufteilung Deutschlands die Gefahr berge, daß diese Teile sich wiedervereinigen, wenn sie nicht anderen Staatsgebilden eingefügt seien. *Churchill* verwies auch auf den Umstand, daß die Lebensfähigkeit der territorialen Teile Deutschlands von entscheidender Bedeutung für den Verzicht auf Anlehnung an ein größeres Reich seien. *Stalin* sprach sich gegen einen Donaubund aus, den er nicht für lebensfähig hielt, er warnte vor Vorteilen, die Deutschland aus einer solchen Gruppierung ziehen würde, indem sie einem bloßen Skelett Fleisch und Blut geben und einen neuen großen Staat schaffen. Er fragte, in welchem Verhältnis Ungarn und Rumänien zu einer solchen territorialen Ordnung stehen würden. Er vertrat die Auffassung, es sei weit besser, die deutschen Stämme zu zersplittern. *Stalin* gab zu bedenken, daß die deutschen Stämme immer wieder zusammenstreben werden, so sehr man sie auch trenne. In diesem Verlangen nach Wiedervereinigung der deutschen Stämme sah *Stalin* eine große Gefahr. Er verlangte, ihm mit wirtschaftlichen Maßnahmen und nötigenfalls auch mit Gewalt entgegenzutreten. *Stalin* erklärte, dieses Vorgehen sei der einzige Weg zur Erhaltung des Friedens. Er bezeichnete Störungen in Europa für unvermeidlich, wenn ein größeres Staatsgebilde mit Deutschen errichtet würde. Er bestand darauf, Sorge dafür zu tragen, daß die Deutschen zersplittert bleiben und Deutschland und Ungarn nicht verbunden würden. Er bezeichnete es jedoch für undenkbar, eine Bewegung zur Wiedervereinigung Deutschlands auf die Dauer zu verhindern. Er betonte mit Nachdruck, daß die Deutschen sich immer vereinigen wollten. *Churchill* richtete an *Stalin* die Frage, ob er Europa sich aufgeteilt in isolierte kleine Länder ohne größere Staatsgebilde vorstelle. *Stalin* antwortete, er spreche von Deutschland, nicht von Europa. Polen und Frankreich seien große Länder, Rumänien und Bulgarien kleine. *Stalin* erklärte, Deutschland müsse um jeden Preis so zersplittert werden, daß es sich nicht wieder vereinigen könne. *Roosevelt* betonte, sein Projekt sei ein Wegweiser zu dieser Zersplitterung Deutschlands, verbunden mit der Unfähigkeit, sich wieder zu vereinigen. *Churchill* wandte ein, augenblicklich sei es nur möglich, einen vorläufigen Überblick über ein ungeheures historisches Problem zu gewinnen. *Stalin* stimmte ihm bei¹⁰⁾.

In ihrer gemeinsamen Erklärung über die Konferenz von Teheran bekannten sich die Großen Drei zu der höchsten Verantwortung, die sie und alle Vereinten Nationen tragen, „einen Frieden herzustellen, der von dem guten Willen der überwältigenden Massen der Völker getragen wird und Geißel und Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird“¹¹⁾.

Während sich die Regierungschefs der Mächte der Anti-Hitler-Koalition in dem Communiqué über die Konferenz von Teheran noch mit allgemeinen Erklärungen begnügten, spezifizierten sie in der Verlautbarung über die Konferenz von Jalta (3.—11. Februar 1945)¹²⁾ ihre Vorstellungen und Absichten über die Behandlung Deutschlands. Sie versicherten: „Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerschlagen; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benützt werden könnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen, sowie eine im gleichen Umfang erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; die nationalsozialistische Partei, die nationalsozialistischen Gesetze, Organisationen und Einrichtungen zu beseitigen, alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber

10) Ebenda S. 596 ff.

11) Für den deutschen Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 310 f.

12) Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences of Malta and Jalta, Washington 1955 (Department of State Publication 6199). Deutsche Ausgabe: Die Konferenzen von Malta und Jalta, Düsseldorf o. J.

nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“¹³⁾

Im Zeitpunkt der ersten eingehenden Benennung der Kriegsziele der verbündeten Mächte in Deutschland waren bereits Vereinbarungen über die Kapitulation, die Besetzung und die Kontrolle Deutschlands durch die Europäische Beratende Kommission verabschiedet¹⁴⁾. Ihre Erweiterung durch den von der Konferenz von Jalta gebilligten Beitritt Frankreichs zur Besetzung und Kontrolle Deutschlands hatte keinen Einfluß auf die angenommenen Grundsätze.

Zwischen den technischen Abkommen für den Augenblick des Zusammentreffens sowjetischer und angloamerikanischer Truppen auf deutschem Boden und den allgemeinen Kriegszielen der verbündeten Mächte gab es keine Verbindung, keine Überbrückung, keine Verklammerung. Beide, technische Vereinbarungen und politische Deklamationen, standen beziehungslos nebeneinander. Dieser Umstand veranlaßte im Winter 1944/45 einen Gedankenaustausch über die in Deutschland anzuwendende Methode zur Erreichung der bekannt gemachten Kriegsziele; dieser war jedoch ergebnislos. Obwohl im Schoße der Administration Roosevelts umfangreiche Ausarbeitungen über die Methode der gemeinsamen Politik der drei bzw. vier Besatzungsmächte Deutschlands erstellt wurden, kam es darüber zu keiner Absprache oder Verständigung. Die amerikanischen Diplomaten und Militärs erreichten für die Vielzahl der von ihnen vorgeschlagenen und vorbereiteten Maßnahmen zwar das Wohlwollen Großbritanniens, nicht aber die Unterstützung der Sowjetunion. Deren Vertreter lehnten sowohl in Gesprächen in Moskau, London und Washington als auch in den Verhandlungen der Europäischen Beratenden Kommission jeden Versuch, zu einer Übereinkunft über Durchführung der Grundsätze der Behandlung Deutschlands zu gelangen, ab¹⁵⁾.

¹³⁾ Für den deutschen Wortlaut der Verlautbarung und des Protokolls vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 325 ff.

¹⁴⁾ Vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 60 ff.

¹⁵⁾ Die Konferenzen von Malta und Jalta, S. 104 ff. Eine eingehende Untersuchung dieser Frage, in der die Spaltung Deutschlands präjudiziert ist, ist ein zeitgeschichtliches Desiderat.

Das Fehlen einer Verständigung und Vereinbarung über die Durchführung der vornehmlich im Kommuniqué über die Konferenz von Jalta ausgesprochenen Kriegsziele der Mächte der Anti-Hitler-Koalition erklärt den im Augenblick der Kapitulation in Deutschland einsetzenden Prozeß der Verfremdung und Teilung. Durch den bewußten Verzicht auf die Festlegung der Einzelheiten der Behandlung Deutschlands blieb die unterschiedliche Auslegung der gemeinsamen Erklärungen dazu verdeckt. Die „Koalitionsraison“ veranlaßte ein Versäumnis, das die politische Einheit Deutschlands in existentielle Gefahr brachte.

2. Vorstellungen und Forderungen der öffentlichen Meinungen

Die amerikanische Öffentlichkeit wurde durch die Einsetzung von Regierungsausschüssen über die Beratung von Nachkriegsproblemen zur Diskussion der Behandlung Deutschlands angeregt. Sie befaßte sich damit in einer Unzahl von Vorträgen, Artikeln, Aufsätzen und Untersuchungen, deren Sammlung, Sichtung und Beschreibung noch aussteht. Eine Mehrheit unterstützte die Ansichten des Präsidenten Roosevelt, eine Minderheit verwarf diese, weil sie der politischen Fairneß zuwiderliefen und den Frieden gefährdeten.

Präsident Roosevelt ging bei zahlreichen Gelegenheiten auf das Problem der Behandlung Deutschlands und der Deutschen ein. Er setzte, wie bereits ausgeführt, in Casablanca die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation durch. Er versicherte kurze Zeit später, am 12. Februar 1943, in einer Rundfunkansprache: „Diese unsere kompromißlose Politik soll nicht den breiten Massen in den Achsenländern zum Schaden gereichen. Aber wir haben allerdings die Absicht, die schuldigen barbarischen Führer zu bestrafen und an ihnen volle Vergeltung zu üben.“¹⁶⁾ Präsident Roosevelt widersprach auf der Konferenz von Teheran zunächst nicht dem Vorschlag Stalins, 50 000 Offiziere erschießen zu lassen. Er war der Vertreter einer harten Politik gegenüber Deutschland¹⁷⁾. Am 26. August 1944 schrieb er an Außenminister Cordell Hull: „Es ist äußerst wichtig, jedem Deutschen zum Bewußtsein zu bringen, daß Deutschland diesmal geschlagen ist. Ich will nicht, daß sie Hungers sterben, wohl aber, daß sie, wenn sie

¹⁶⁾ Roosevelt spricht. Die Kriegsreden des Präsidenten, Stockholm 1945, S. 302.

¹⁷⁾ Churchill, Der Zweite Weltkrieg, V/2, S. 63.

Nahrung brauchen, um Leib und Seele zusammenzuhalten, dreimal täglich Suppe aus der Feldküche bekommen, um ein Beispiel zu nennen . . . Alle Deutschen sollen spüren, daß die ganze Nation an einer verbrecherischen Verschwörung gegen die Anstandsgesetze der modernen Zivilisation teilgenommen hat.“¹⁸⁾ Roosevelt sympathisierte mit dem Morgenthau-Plan, auch wenn er diesem die Qualität einer regierungsamtlichen Stellungnahme oder Verlautbarung versagte. In seiner Ansprache vor der Vereinigung der Außenpolitik am 21. Oktober 1944 ging er ausführlich auf das deutsche Schicksal ein: „Was Deutschland betrifft, dieses unglückselige Volk, das Wind gesät hat und Sturm erntet, so sind wir und unsere Verbündeten uns durchaus darüber einig, daß wir mit den nazistischen Verschwörern nicht unterhandeln und daß wir ihnen nicht die mindeste offene oder heimliche Kontrolle über den Regierungsapparat einräumen wollen. Wir werden ihnen nicht ein einziges militärisches Machtelement belassen — auch nicht das geringste potentielle Machtmittel. Aber ich würde den Grundlagen meiner religiösen und politischen Überzeugung untreu werden, wenn ich je die Hoffnung — und sogar den Glauben — aufgäbe, daß in allen Völkern ohne Ausnahme ein Instinkt der Wahrheit, ein Hang zur Gerechtigkeit und eine Leidenschaft für den Frieden leben — mögen sie auch, wie im Falle Deutschlands, unter einem brutalen Regime begraben sein. Wir richten keine Anklagen gegen das deutsche Volk als solches, denn wir können nicht glauben, daß Gott irgendeinen Teil der Menschheit für ewige Zeit verdammt haben sollte. Wir wissen, wie viele brave Männer und Frauen deutscher Herkunft hier in unserem Lande sich als loyale, freiheitsliebende und friedliebende Mithürger erwiesen haben. Alle diejenigen, die in Deutschland unmittelbar für diese furchtbaren Leiden der Menschheit verantwortlich gemacht werden können, werden streng bestraft werden. Die Deutschen sollen nicht versklavt werden — weil die Vereinigten Staaten keinen Sklavenhandel treiben. Aber sie werden sich ihren Rückweg in die Brüderschaft der friedliebenden und gesetzestreuenden Nationen erst verdienen müssen, und wir werden bestimmt dafür sorgen, daß sie auf dieser steilen Straße keine schweren Geschütze mitzuschleppen haben. Diese Bürde werden wir ihnen abnehmen — hoffentlich für immer. Die Aufgabe, die vor uns liegt, wird nicht einfach

¹⁸⁾ Vgl. Deuerlein, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945-1955, S. 67.

sein. Ja, es hat wohl noch nie eine amerikanische Regierung vor einer so schwierigen und komplizierten Aufgabe gestanden.“¹⁹⁾ In seinem Bericht über die Konferenz von Jalta vor dem amerikanischen Kongreß ging Präsident Roosevelt erneut ausführlich auf die Beantwortung der Frage ein, was bedingungslose Kapitulation für Deutschland bedeutet. Er nannte dabei die in dem Kommuniké der Konferenz von Jalta ausgesprochenen Maßnahmen und versicherte abschließend: „Wir wünschen nicht, daß das deutsche Volk verhungert oder daß es der übrigen Welt zur Last fällt. Wir verfolgen gegenüber Deutschland eine ganz einfache Absicht — nämlich den Frieden der künftigen Welt zu sichern. Allzu viele Erfahrungen haben uns gezeigt, daß dieses Ziel nicht erreicht werden kann, solange Deutschland auch nur die mindeste Chance behalten darf, einen Angriffskrieg zu führen. Diese Absicht wird dem deutschen Volk nicht weh tun. Im Gegenteil, sie wird die Deutschen vor einer Wiederholung des Schicksals schützen, die der Generalstab und das Kaisertum ihnen schon einmal auferlegt haben und das der Hitlerismus ihnen jetzt abermals und hundertfach schlimmer aufzwingt. Aus dem deutschen Körper wird ein Krebsgeschwür entfernt werden, das Generationen hindurch der Welt nur Elend und Schmerzen bereitet hat.“²⁰⁾

Die Vorstellungen Roosevelts wurden in zahlreichen Darlegungen, Forderungen und Plänen modifiziert und artikuliert. Am bekanntesten sind die Empfehlungen von *Sumner Welles*²¹⁾ und *Henry Morgenthau jr.*²²⁾. Beide zielten darauf ab, durch die Veränderung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen und der Verwaltungsstrukturen die Umerziehung der Deutschen entscheidend zu beeinflussen. In den Darlegungen der beiden amerikanischen Politiker schlug die außergewöhnlich lebhaft und umfangliche Diskussion über die Form und den Charakter der Behandlung Deutschlands durch. Die dabei geäußerten Meinungen reichen von einer harten Bestrafung bis zu einer nachsichtigen Umgewöhnung. Für alle vorstellbaren Möglichkeiten lassen sich Darlegungen und

¹⁹⁾ Roosevelt spricht, Die Kriegsreden des Präsidenten, Stockholm 1945, S. 336 f.

²⁰⁾ Ebenda S. 357.

²¹⁾ S. Welles, Jetzt oder nie, Stockholm 1944.

²²⁾ H. Morgenthau jr., Germany is Our Problem, New York und London 1945, Für den deutschen Wortlaut des Morgenthau-Planes vgl. Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 18.

Argumente nachweisen. Je näher das Ende des Krieges in Europa kam, um so leidenschaftlicher besprach die amerikanische Öffentlichkeit das Problem der Behandlung Deutschlands und dessen Kernstück, die Veränderung der deutschen Mentalität — die Umerziehung. Sowohl politische und diplomatische Untersuchungen und Aufzeichnungen als auch zahllose Kommentare und Artikel warnten vor einer Wiederholung der Politik der Westmächte gegenüber Deutschland im Jahre 1918 und danach. Sie forderten die Übernahme der Verantwortung für Deutschland durch die Besatzungsmächte und drangen immer wieder auf den Primat der geistigen Umwandlung der Deutschen. Einzelne Politiker und Publizisten äußerten Zweifel, ob eine Umerziehung der Deutschen überhaupt möglich sei und ob sie, wenn sie versucht würde, Erfolg habe. *Morgenthau* stellte die Frage: „Welcher Erzieher würde ohne Einschränkung behaupten wollen, daß die Erziehung eines 60 Millionen-Volkes durch Ausländer Erfolg haben könnte?“²³⁾

Das amerikanische Außenministerium vertrat die Ansicht, die geforderte Veränderung der Deutschen hänge von den ihnen zugestandenen Lebensbedingungen ab. Es erklärte am 12. Januar 1945 im Entwurf von „Richtlinien für die Behandlung Deutschlands“: „Die Ablehnung militärischer und ultra-nationalistischer Ideologien wird auf die Dauer abhängen von der psychologischen Entwaffnung des deutschen Volkes, erträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen und der Entwicklung stabiler politischer Verhältnisse. Die einleuchtendste Hoffnung auf dauerhaften politischen Wiederaufbau und eine ordentliche Entwicklung liegt in der Errichtung einer demokratischen Regierung trotz der Tatsache, daß ernsthafte Schwierigkeiten solch einen Versuch erschweren werden. Das Außenministerium empfiehlt daher, daß es zum Ziel der Politik der Vereinigten Staaten gemacht werde, das deutsche Volk auf Selbstregierung vorzubereiten, sobald Selbstregierung mit Rücksicht auf die internen Verhältnisse und Sicherheitserwägungen möglich ist. Die erfolgreiche Errichtung eines demokratischen Regimes wird in beträchtlichem Maße nicht nur von einem erträglichen Lebensstandard, sondern auch von einer Mäßigung der jetzt vorherrschenden ultra-nationalistischen Mentalität abhängen. Ein demokratisches Experiment wird, wegen seiner notwendigen Unterwerfung unter den Willen der Sieger, unter einer schweren Last zu arbeiten

²³⁾ Ebenda S. 14.

haben, und es muß, wenn es überleben soll, imstande sein, der Loyalität und dem Patriotismus des deutschen Volkes ein gewisses Anrecht zuzugestehen. Um zu einem konstruktiven neuen Start in das politische Leben anzuregen, empfiehlt das Außenministerium, den Deutschen die Versicherung zu geben, daß ein demokratisches Deutschland, das seine Absicht und Fähigkeit, in Frieden zu leben, beweist, einen ehrenhaften Platz in der Gemeinschaft der Nationen erwerben kann. Um das Aufwerfen einer Frage ähnlich der, die nach 1919 von den Nationalisten zur Diskreditierung der Demokratie und der internationalen Zusammenarbeit ausgeschlachtet wurde, zu verhindern, ist das Außenministerium dagegen, daß in die Friedensregelung eine Kriegsschuld Klausel aufgenommen wird, die gegen das ganze deutsche Volk gerichtet ist.“²⁴⁾

Großbritannien trat widerstrebend in den Zweiten Weltkrieg ein. Erst unter dem Eindruck der Ereignisse des Jahres 1940, der Entscheidung von Dünkirchen und der deutschen Luftangriffe auf britische Städte entstand, von Premierminister Churchill beeinflußt und angefeuert, eine entscheidende Stellungnahme zum Krieg. Sie löste eine breite Diskussion über die Frage der in Deutschland und gegenüber den Deutschen zu ergreifenden Maßnahmen aus. Während *Sir Robert Vansittart* die Auffassung vertrat, die Deutschen seien schon zu Zeiten des Tacitus aggressiv und seit 1864 an fünf europäischen Kriegen schuld gewesen, sie seien nicht zu ändern, schon gar nicht zu bessern, weshalb nur strenge Maßnahmen angezeigt wären, lehnten andere Politiker und Publizisten, z. B. *E. A. Carr*, jede Politik der Bestrafung, der Teilung, der wirtschaftlichen Behinderung und der geistigen Zwangserziehung als rückschrittlich und unmöglich ab. Eine Studiengruppe von „*Chatham House*“, des Royal Institute of International Affairs, veröffentlichte 1943 einen vorläufigen Bericht „*The Problem of Germany*“, der sich mit deutschen Angelegenheiten, auch mit der Frage der Veränderung der deutschen Mentalität, befaßte. Dieser verwies zunächst auf die einem solchen Vorhaben entgegenstehenden Schwierigkeiten: „Vielleicht gibt es einen Mittelweg zwischen der anmaßenden Oberflächlichkeit, die meint, daß ein Volk bzw. eine Völkergruppe einfach die ‚Re-education‘ eines anderen Volkes auf sich nehmen kann, und einem rein passiven Verhalten. So wollen wir denn überlegen, was wir — falls ein Wan-

²⁴⁾ Die Konferenz von Malta und Jalta, S. 174.

del möglich ist — verwandelt sehen möchten; wie man sich den Vollzug dieses Wandels wohl vorstellen kann; und welche Rolle — wenn überhaupt — fremde Völker, insbesondere England, bei diesem Prozeß spielen können. Damit wir die Aufgabe nicht für leicht erachten, wollen wir zunächst bedenken, daß Deutschland großen Anspruch darauf erhebt — welches Land größeren? —, der Lehrmeister anderer zu sein. Außerdem ist die westliche Welt noch bis vor ganz kurzem sein aufmerksamer Schüler gewesen. Deutschlands strategische, wirtschaftliche, soziale und sogar seine politischen Ideen haben anderswo in die Tiefe gehende Einbrüche erzielt, die die deutsche Politik für die Erreichung eines eindeutigen Ziels auszunutzen verstand, nämlich für die Neutralisierung etwaigen Widerstandes gegen ihre Expansions-Tendenzen. Wenn wir die Niederlage dieses politischen Versuchs herbeiführen wollen, so brauchen wir nicht alle die Dinge umzulernen, die der Prozeß der Ost-West-Erziehung uns beigebracht haben mag. Diese Art von Ideenassimilation ist unvermeidlich bei einer länger währenden Auseinandersetzung und ist in der britischen Geschichte keineswegs neu. Aber es gibt gewisse Positionen, die wir unter gar keinen Umständen aufgeben können. Den Vertretern der Anschauung, daß das Erziehungswesen in Deutschland eine neue Wendung erhalten müsse, scheint vor allem das Ziel vorzuschweben, daß die Einstellung des einzelnen Deutschen zu internationalen Fragen geändert werden solle.“ Nach einer Deskription der deutschen Haltung gegenüber weltpolitischen Vorgängen definierte der Bericht der Studiengruppe des Chatam-House die angestrebte „Geistesänderung in Deutschland“ als „eine ‚kooperative Mentalität‘ im Sinne einer verständigungsbereiten Einstellung zu internationalen Angelegenheiten bei dem einzelnen Deutschen“. Über die Voraussetzung dieses Wandels führte der Bericht aus: „Des Pudels Kern ist, daß eine neue deutsche Geisteshaltung, wenn schon nicht ausgeschlossen, doch auf jeden Fall, falls sie von Dauer sein soll, sich nur langsam wird entwickeln können und daß sie wesentlich aus einer freiwilligen deutschen Entwicklung kommen muß, obwohl sie durch das Tun oder Unterlassen von Ausländern gefördert oder gehemmt werden kann. Außerdem wird sie — wenn überhaupt — weniger durch kluge Rezepte als durch das Wirken der Erfahrung und eine neue Umwelt zuwege gebracht werden. Die Meinung des einzelnen wird, insbesondere in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege, wenn sie äußerst empfänglich sein

dürfte, von den Antworten beeindruckt werden, die die Tatsachen auf Fragen geben wie: Können die Kriegshetzer ‚so davonkommen‘? Zeigen die Ausländer weiterhin eine Vorliebe für Deutschlands ehemals herrschende Cliquen? Gibt es Arbeit? Gibt es Nahrung? Wird Deutschland umschmeichelt, so als ob man es fürchtet? Soll Deutschland an sich für anscheinend ewige Zeiten geächtet sein?“²⁵⁾

Sowohl Premierminister *Churchill* als auch Außenminister *Eden* nahmen zahlreiche Gelegenheiten wahr, sich über die britischen Absichten nach der Niederwerfung Deutschlands zu äußern. *Winston S. Churchill* erklärte am 21. September 1943: „Ich bin überzeugt, daß das englische, das amerikanische und das russische Volk, die durch den teutonischen Drang nach Vorherrschaft zweimal in einem Vierteljahrhundert maßlose Verwüstungen, Gefahr und Blutvergießen erlitten haben, diesmal Schritte unternehmen werden, Preußen oder ganz Deutschland der Macht zu berauben, sie noch einmal mit aufgestauten Rachegeleüsten und lange gehegten Plänen zu überfallen. Nazi-Tyrannie und preußischer Militarismus sind die beiden Hauptelemente deutschen Lebens, die restlos ausgetilgt werden müssen. Sie müssen mit den Wurzeln ausgerissen werden, wenn Europa und der Welt ein dritter und noch schrecklicherer Konflikt erspart werden soll.“²⁶⁾ Die im Sommer 1944 mit dem Vorrücken der sowjetischen Streitkräfte einsetzende Entwicklung veranlaßte *Churchill* zu einer Mäßigung seiner Forderung gegenüber Deutschland, sah dieser doch mit wachsender Unruhe die Ablösung einer Gefahr durch eine größere, nicht eliminierbare Gefahr.

Die öffentliche Meinung Großbritanniens verurteilte alle Verbrechen, die von Deutschen begangen worden waren, auf das heftigste, verhielt sich jedoch reserviert gegenüber den optimistischen Erwartungen, die die Mehrheit der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten von Amerika äußerte. *Michael Balfour* ist der Meinung, der britische Lustspiieldichter *Noel Coward* habe mit seinem 1945 geprägten satirischen Ausspruch „Sei nicht so gemein

²⁵⁾ The Problem of Germany, A Interim Report by a Chatam House Study Group, London 1943¹. Deutsche Ausgabe: Das Problem Deutschland. Bericht einer Studiengruppe des Chatam House, Hrsg. vom Royal Institute of International Affairs, London, Zürich und New York 1945, S. 92 ff.

²⁶⁾ Zitiert nach: M. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959, S. 55.

zu den Deutschen!“ die britische Stimmung durchaus treffend wiedergegeben. *Churchill* habe das britische Volk mehr durch vernünftige Menschlichkeit als durch wohlüberlegte Vorschriften daran gehindert, in „Billige-Jakob-Lösungen“ zu verfallen²⁷⁾.

Die sowjetische Politik zeigt vom 22. Juni 1941 an gegenüber Deutschland ein doppeltes Gesicht. An der Jahreswende 1941/42 sprach *Stalin* die beiden Absichten offen aus. Er erörterte im Dezember 1941 mit dem britischen Außenminister *Eden* die Aufteilung Deutschlands²⁸⁾. Er erklärte am 24. Jahrestag der Gründung der Roten Armee, am 23. Februar 1942: „In der ausländischen Presse wird manchmal darüber geschwätzt, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk auszurotten und den deutschen Staat zu vernichten. Das ist natürlich eine dumme Lüge und eine törichte Verleumdung der Roten Armee. Solche idiotischen Ziele hat die Rote Armee nicht und kann sie nicht haben. Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Land zu vertreiben und den Sowjetboden von den faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Krieg für die Befreiung des Sowjetbodens zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird. Wir würden einen solchen Ausgang begrüßen. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staate gleichzustellen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“²⁹⁾

Die Zeugnisse sowjetischer Kriegsziele bewegen sich zwischen der Absicht einer politischen und wirtschaftlichen Schwächung des Deutschen Reiches und dem Wunsch, aus dem militärischen Gegner einen politischen Ver-

bündeten zu machen. Die mit dem *Nationalkomitee „Freies Deutschland“* und dem *Bund deutscher Offiziere*³⁰⁾ verfolgten Absichten gingen in die letztgenannten Richtungen. Die Weigerung sowjetischer Vertreter, Vereinbarungen über die Methode der Behandlung Deutschlands zu treffen, entsprangen dem — freilich niemals geäußerten — Wunsch, in Deutschland eine Politik zu treiben, die auf Gewinnung der Angehörigen der Arbeiter- und Bauernklasse ausging. Die Sowjetunion verbarg ihre Enttäuschung über die ausgebliebene Erhebung zumindest eines Teiles des deutschen Volkes nicht, hoffte jedoch, durch eine Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstruktur die Voraussetzungen für die politische Veränderung zu schaffen, die sie als die Umerziehung der Deutschen verstand. Diese Auffassung machte sie spätestens im Winter 1944/45 ihren westlichen Verbündeten deutlich. Indem sie deren Wunsch auf Abstimmung und Koordinierung der zur Umerziehung der Deutschen zu ergreifenden Maßnahmen zurückwies und die von ihr geplanten Veränderungen der Wirtschafts- und Sozialstruktur ankündigte, stellte sie die zu diesem Zeitpunkt beinahe noch problemlos betrachtete gemeinsame Regierung und Verwaltung Deutschlands in Frage.

Frankreich schaltete sich erst nach seiner eigenen Befreiung vernehmbar in die weltweite Diskussion über die Behandlung Deutschlands ein³¹⁾. *General de Gaulle* wünschte ausreichende Garantien für das französische Sicherheitsbedürfnis. Die öffentliche Meinung Frankreichs verlangte unter dem Eindruck einer langen und harten Besetzung Maßnahmen, die nicht nur diejenigen, die in dieser Zeit Verbrechen begangen hatten, zur Rechenschaft zogen, sondern auch eine Wiederkehr einer solchen Situation unmöglich machten.

II. Veränderungen im Jahre 1945

1. Die „verwirrende neue Linie“ der sowjetischen Besatzungspolitik

Im Zeitpunkt der Doppelkapitulation von Reims und Berlin-Karlshorst waren bei den Regierungen und in der öffentlichen Meinung der Völker der vier Besatzungsmächte sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Behandlung Deutschlands im weiteren und engeren Sinne vorhanden. Man glaubte zu wissen, was ausgeschaltet werden sollte. Man

wußte jedoch nicht, welche neue Entwicklung begünstigt werden sollte. Nicht wenige politische Beobachter und Kommentatoren waren darüber beunruhigt und besorgt. Sie vertraten zwar unverändert die Forderung, Deutschland einer überlegten Behandlung zu unterwerfen, fürchteten jedoch, daß es über die dabei anzuwendende Methode und über die anzustrebenden Ziele zu keiner Verständigung unter den Besatzungsmächten kommen werde.

Die westliche Presse, die die Vorgänge in Deutschland sorgfältig registrierte, verwies auf den Umstand, daß für die unter dem Oberbefehl des Generals Eisenhower stehenden Truppen ein strenges „Fraternisierungs“-Verbot ergangen war, während den russischen Verbänden der Umgang mit der Zivilbevölkerung gestattet war. „*The Economist*“ veröffentlichte am 26. Mai einen Artikel, der unter Hinweis auf diese Tatsache von einer starken Spaltung der alliierten Politik gegenüber Deutschland sprach: Während die Westmächte die „Non-Fraternization“ streng durchführten, würden die Russen alles in ihrer Macht stehende tun, um das deutsche Mißtrauen zu überwinden. Sie würden zwischen „den faschistischen Tieren“ — Hitler und seinen Gefolgsleuten — und dem gewöhnlichen deutschen Volk unterscheiden und letzterem versprechen, seine Bemühungen um den Wiederaufbau seines eigenen Wohlstandes und um die Rückkehr in die Völkerfamilie zu unterstützen³²⁾. Die westliche Berichterstattung betrachtete die Divergenz zwischen „Fraternization“-Verbot und „Fraternization“-Erlaubnis als eine schwerwiegende Angelegenheit. Die einer Verbrüderung zwischen Roter Armee und deutscher Bevölkerung entgegenstehenden Umstände ließ sie unbeachtet. Bereits einige Tage vorher, am 20. Mai 1945, hatte die britische Sonntagszeitung „*The Observer*“ besorgt auf die intensiven Bemühungen der sowjetischen Besatzungsmacht um Deutschland und die Deutschen verwiesen: „Offensichtlich hat sich die russische Politik gegenüber den Deutschen seit den Tagen, als sowjetische Rundfunksprecher die grimmige Sprache der Rache führten, beträchtlich gewandelt. Wahrscheinlich markierte der Tadel, der *Ilja Ehrenburg* für sein Beharren auf einer Gesamtschuld des deutschen Volkes erteilt wurde, den Mo-

ment der Wende. Wenn die laufenden Berliner Rundfunksendungen den Deutschen, die vor dem Vorrücken der Roten Armee zu Tausenden flohen, zu Ohren kommen, werden sie möglicherweise das Gefühl haben, daß sie besser daran getan hätten, zu bleiben, wo sie waren. Wir machen auf diese verwirrende neue Linie der russischen Besatzungsmacht nicht aufmerksam, um sie zu empfehlen. Weder ihre näheren Einzelheiten noch ihre Folgen sind bis jetzt völlig klar. Aber soweit die Russen jetzt nach dem Grundsatz handeln, daß eher die Nazis und der Nazismus als die Masse des deutschen Volkes ihre Feinde sind, wenden sie nur einen Grundsatz an, der einst das erklärte Kriegsziel Großbritanniens und Amerikas war und der noch nicht offiziell und endgültig verworfen worden ist. Das Befremdende ist nur, daß wir, seitdem wir anfangen, Deutschland zu besetzen und besonders seit dem deutschen Zusammenbruch und der Kapitulation nicht den geringsten Versuch machten, diesen Grundsatz zu beachten, sondern sogar den Eindruck hinterließen, den Grundsatz auf den Kopf zu stellen.“³³⁾ Der Tadel Ehrenburgs entsprang der sowjetischen Absicht, auch in der Propaganda der Deutschlandpolitik eine Richtungsänderung vorzunehmen. Diese war für den Westen verwirrend. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland war über die Auswirkungen dieser Peripetie bestürzt. Die sowjetische Militäradministration ließ bekanntlich am 10. Juni 1945 Parteien und Gewerkschaften zu. Sie errichtete Landesverwaltungen und Zentralbehörden und bereitete wirtschaftliche Maßnahmen revolutionären Charakters vor. Die Sowjetunion verstand dieses Handeln als eine Realisierung ihrer Auffassungen von der Behandlung Deutschlands. Der politische Berater beim amerikanischen Hauptquartier in Deutschland, *Robert E. Murphy*, sah sich dadurch veranlaßt, dem amerikanischen Außenministerium am 28. Juni 1945 zu erklären, die amerikanische Politik sei „im wesentlichen negativ und eine Politik der Unterdrückung, die zu einem politischen Vakuum führe, das auszufüllen verschiedene Gruppen zweifellos versuchen würden.“ Er verwies auf die gegensätzliche Situation in der sowjetischen Besatzungszone. Zu dem Befehl des Marschalls Schukow über die Zulassung von politischen Parteien und Gewerkschaften bemerkte Murphy: „Ein Kommentar zu dieser Maßnahme gibt

²⁷⁾ Ebenda S. 57.

²⁸⁾ Churchill, Der Zweite Weltkrieg, III/2, S. 294.

²⁹⁾ J. W. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946, S. 49 f.

³⁰⁾ Vgl. B. Scheurig, Freies Deutschland. Das Nationalkomitee und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1960; ders., Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943-1945, München 1965 (dtv-dokumente 270).

³¹⁾ Vgl. M. Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959, S. 57 ff.

³²⁾ *The Economist*, Nr. 5309 vom 26. Mai 1945.

³³⁾ *The Observer*, 154. Jahrg. (1945), Nr. 8034 vom 20. Mai 1945.

deutlich zu verstehen, daß dieser Befehl zur Entwicklung eines totalitären Einparteiensystems des gleichen Typs führen wird, den es bereits in Osteuropa und im Balkan gibt. Der Kommentar fordert eine starke Demokratie, nicht eine Demokratie nach Weimarer Muster, und betont, die demokratischen Kräfte müßten vereint und dürften nicht gespalten sein. Er schließt mit der Warnung, daß alle, die die Einheitlichkeit der demokratischen Kräfte zu zerstören versuchten, als Feinde der Demokratie behandelt werden würden. Diese Maßnahmen werden wohl schließlich dazu führen, daß die politische Führung in der russischen Zone vollständig in die Hände des *Nationalkomitees 'Freies Deutschland'* gelangt. Dessen Tätigkeit wird darauf abzielen, auf unsere Zone überzugreifen. Wenn wir endlich das augenblickliche Verbot politischer Betätigung aufheben, haben die Kommunisten eventuell den Vorteil eines erheblichen Vorsprungs, da sie die einzige politische Gruppe sind, die in Deutschland eine feste Organisation hat und auf nationaler Grundlage tätig ist. Ein weiterer sie begünstigender Faktor liegt in der Möglichkeit, daß sie durch eine der vier Besatzungsmächte eventuell stark unterstützt werden.“ Murphy befürwortete nachdrücklich eine baldige Genehmigung politischer Parteien und versicherte abschließend, die angeschnittene Frage verdiene größte Aufmerksamkeit³⁴⁾.

2. Amerikanische Erwägungen über die Ziele der Besetzung Deutschlands

Während in der Phase der Unklarheit und Unsicherheit zwischen Kapitulation und Konferenz die sowjetische Politik mit großer Entschiedenheit darauf ausging, strukturverändernde und richtungsbestimmende Tatsachen zu schaffen, erörterte die amerikanische Politik erneut das Problem der Behandlung Deutschlands im Sinne einer Umgestaltung der deutschen Mentalität. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, *Macleish*, unterbreitete am 4. Juli dem amerikanischen Außenminister einen Bericht über die Ergebnisse eines auf Veranlassung des Kriegsministeriums vom Außenministerium berufenen Ausschusses, dem hervorragende Vertreter des amerikanischen Erziehungswesens angehörten und der sich mit der Aufstellung

von Richtlinien für ein langfristiges Programm zur Umerziehung des deutschen Volkes befaßte. Dieser Ausschuß hatte in seiner Stellungnahme betont, in einem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vakuum lasse sich kein Erziehungsprogramm erarbeiten. Durch die Umerziehung des deutschen Volkes, die ein wesentlicher Bestandteil eines umfassenden Wiederaufbauprogramms sein sollte, werde der nazistische und militaristische Einfluß ausgeschaltet und das deutsche Volk davon überzeugt, daß es den Krieg verloren habe und die Verantwortung für die unmenschliche Art trage, in der er geführt worden sei. Der Ausschuß machte in einzelnen Aussagen über das Wesen der militärischen Besetzung Deutschlands, über die wirtschaftliche Sanierung Deutschlands, über die Umwandlung des sozialen Gefüges in Deutschland, über die politische und kulturelle Struktur Deutschlands nach der Besatzungszeit und über die Fernziele der amerikanischen Außenpolitik und ihre Auswirkungen auf Deutschland und das deutsche Volk. Zu dem letztgenannten Punkt versicherte der Ausschuß, es müsse der Wunsch der Regierung der Vereinigten Staaten sein, daß Deutschland nach Beendigung der Besatzungszeit zu einer die Staatsgewalt selbständig ausübenden Nation wird, in der Einzelpersonen für die Führung der Staatsgeschäfte verantwortlich sind, und nicht zu einer totalitären Nation, in welcher der Staat die Staatsgewalt für die einzelnen Bürger ausübt. In der Begründung seiner Empfehlungen brachte der Ausschuß seine Befürchtung darüber zum Ausdruck, daß Deutschland im Falle der Uneinigkeit der Besatzungsmächte über die grundsätzlichen politischen Richtlinien auf dem Gebiet der Umerziehung zum Schauplatz eines ideologischen Krieges werden könne mit den schwerwiegenden Verwicklungen, die damit für die Zukunft verbunden seien. Er erläuterte die Bedeutung der Umerziehung Deutschlands. Zu der damit verfolgten Absicht sagte er: „Das deutsche Volk muß zu der Einsicht kommen, daß die Ablehnung [allgemein gültiger Rechtsgrundsätze] durch die Nazis alle Rechte des Einzelmenschen im Nazistaat zerstört, das Streben nach Errichtung einer Weltyrannei unausbleiblich gemacht und Deutschland in sein heutiges Unglück gestürzt hat. Auch muß das deutsche Volk einsehen lernen, daß die jetzt verhängten Kontrollmaßnahmen nicht allein daher rühren, daß die Deutschen andere verletzt haben. Diese Maßnahmen wurden notwendig auch durch das politische Chaos in Deutschland, eine direkte Folge der Tatsache, daß die

³⁴⁾ Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Two volumes, Washington 1960 (Department of State Publication 7015 und 7163), I, S. 472 ff.

Nazis alle politischen Rechte unterbunden und innerhalb der Nation alle anderen organisierten Kräfte vernichtet haben.“³⁵⁾

Auf die Frage der Umerziehung des deutschen Volkes ging auch die von dem mit Nachkriegs-problemen befaßten Zentralsekretariat der amerikanischen Bundesämter erstellte Denkschrift vom 12. Juli 1945 ein, die die mit der Besetzung Deutschlands von der Regierung der Vereinigten Staaten verfolgten Ziele erörterte. Es hätten sich vor allem drei Möglichkeiten angeboten:

- a) Die deutsche Nation zu vernichten, da sie nachweislich verbrecherisch gehandelt hat und da ihr nicht zu trauen ist, wenn sie mit den in ihrem Besitz befindlichen wirtschaftlichen Vernichtungsmitteln in der heutigen wissenschaftlich orientierten Welt weiterbesteht;
- b) die deutsche Nation dazu zu verurteilen, daß ihr gewaltsam und für immer die Mittel zur Auslösung eines Krieges genommen werden, die industriellen und wissenschaftlichen Einrichtungen eingeschlossen, die sich leicht für den Kriegsgebrauch umstellen lassen;
- c) den Versuch zu unternehmen, den Charakter der deutschen Nation zu ändern, indem man die Denkweise der Deutschen so umformt, daß man Deutschland als Nation vielleicht weiterbestehen lasse und es ihm eines Tages vielleicht gestatten könne, ein Leben ohne Überwachung und Kontrolle zu führen.“

Das amerikanische Memorandum versicherte, die erste Möglichkeit sei niemals in Erwägung gezogen, der zweiten Möglichkeit habe man sich nicht bedient — es bleibe also die dritte Möglichkeit. Es beschrieb in diesem Zusammenhang das eigentliche Ziel der Besetzung Deutschlands: „Wir besetzen Deutschland, um das Wesen der deutschen Nation und des deutschen Volkes so zu wandeln, daß Deutschland später einmal Vertrauen als eine unabhängige Nation in einer Welt genießt, in der es Waffen geben wird, die größere Vernichtungskraft besitzen und schwieriger zu überwachen sind, als dies heute der Fall ist.“ Über die Frage der Behandlung Deutschlands führte die Denkschrift aus: „Im Augenblick neigt man dazu, einen Unterschied zwischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen hinsichtlich Deutschland einerseits und Maßnahmen zur Umerziehung des deut-

schen Volkes andererseits zu machen. Bei den Maßnahmen zur Umerziehung ist man so verfahren, als ob zwischen dem damit angestrebten Ziel und den Zielen, die man mit den wirtschaftlichen, politischen und militärischen Maßnahmen verfolgt, ein Unterschied bestünde. Wenn jedoch die gegebene Analyse stimmt, gibt es bei allen Aspekten der Besetzung — ob sie nun militärischen, wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Charakters sind — nur ein endgültiges Ziel, das überwiegend psychologisch bedingt ist: ein Deutschland zu schaffen, dem man vertrauen kann, ohne es besetzt oder auf dem Gebiet der modernen Wissenschaften unter Überwachung zu halten. Bei allen Besetzungsmaßnahmen — einschließlich derer zur Vernichtung der gegenwärtigen Möglichkeiten Deutschlands, einen Krieg zu beginnen — handelt es sich ja insofern um Maßnahmen für eine ‚Umerziehung‘, als ihr Erfolg nicht nach den unmittelbaren Folgen dieser Maßnahmen beurteilt werden sollte, sondern nach ihrer schließlichen Wirkung auf die deutsche Denkweise und den nationalen Charakter der Deutschen.“ Die Denkschrift kam zu der Überzeugung, auf die Dauer gesehen sei nur die Umerziehung des deutschen Volkes das einzig wirksame Mittel, Deutschland daran zu hindern, einen neuen Krieg zu beginnen. Sie verlangte gleichzeitig von den Vereinigten Staaten Klarheit über das neu zu schaffende Deutschland: „Die Seele des Menschen verabscheut ein Vakuum ebenso sehr wie die Natur es tut. In der Seele eines Menschen wie in der eines ganzen Volkes kann man etwas Vorhandenes nicht durch ein Nichts ersetzen. Die Russen haben in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten. Ihre Absicht ist es, an die Stelle des Nazismus den Kommunismus zu setzen. Nach ihrer Auffassung ist ein zum Kommunismus bekehrtes Deutschland für sie keine Gefahr mehr. Wir halten wahrscheinlich ein Deutschland, das zur Achtung des Wertes und der Würde des Menschen und zum Glauben an die Grundsätze der Gerechtigkeit sowie an das Recht des Menschen, sich selbst zu regieren, bekehrt ist, für ein Deutschland, dem wir vertrauen können. Wenn diese Wandlung jedoch unser Ziel ist, dann müssen wir es auch anerkennen und bewußt verfolgen. Wir müssen wieder die Rolle spielen, die wir am Anfang unserer Geschichte schon einmal gespielt haben. Wir müssen bereit und willens sein, den Gedanken der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Würde des Menschen zu verbreiten.“³⁶⁾

³⁵⁾ The Conference of Berlin 1945, I, S. 482 ff.

³⁶⁾ The Conference of Berlin 1945, I, S. 500 ff.

Die Kenntnis der Denkschrift vom 12. Juli 1945 ist für das Verständnis des bisweilen maliziös angesprochenen Begriffes der Umerziehung und der damit verbundenen weltpolitischen Problematik auf dem Gebiet des Deutschen Reiches unentbehrlich. Diese hält fest die amerikanische Beurteilung der Lage Deutschlands im „Nullpunkt“ und die Erwartung auf eine, durch die Erfahrung der eben ausgestandenen Katastrophe veranlaßte und beschleunigte Veränderung der deutschen Mentalität. Das Memorandum ist frei von Gefühlen des Hasses und von Vorstellungen einer optimistischen Massenpädagogik. Es spricht das letztere Ziel der amerikanischen Besatzungspolitik an. Seine Ansichten und Anregungen drangen jedoch nur allmählich in die Öffentlichkeit. Deren Aufmerksamkeit wurde im Sommer 1945 von leidenschaftlichen Erörterungen sowohl der Lage als auch der Umerziehungsfähigkeit der Deutschen in Anspruch genommen. Diese Diskussion fand fast ausschließlich in der Presse der Westmächte statt, da sich die Sprachregelung der sowjetischen Presse an die neue, „verwirrende“ Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik hielt.

3. Widersprechende Ansichten der amerikanischen, britischen und französischen Publizistik

Im Vordergrund der publizistischen Beschäftigung mit Deutschland stand das weitgefaßte Problem der Behandlung Deutschlands. Ihm wurden die Detailfragen politischer und wirtschaftlicher Natur untergeordnet.

Die französische Zeitschrift „*Esprit*“ befaßte sich in ihrer Ausgabe vom 1. Mai 1945 ausführlich mit der Situation Deutschlands, deren zahlreiche Aspekte sie untersuchte. *André Philip* erklärte in einer Betrachtung über „Die Bestrafung Deutschlands und den Wiederaufbau Europas“, er glaube nicht daran, daß es den französischen Interessen dienlich ist, Deutschland zu teilen oder die Ruhr oder das linke Rheinufer auf die Dauer zu besetzen. Er empfahl eine Reihe von Maßnahmen, vornehmlich wirtschaftlicher Art, die eine Verwendung des deutschen Industriepotentials für kriegerische Zwecke unmöglich machten, und bezeichnete die Zerstörung des Großgrundbesitzes, des wirtschaftlichen Rückhalts der Junker, als eine Voraussetzung des Friedens. Er verlangte eine vollständige Entwaffnung Deutschlands. Er regte an, die deutsche Industrie international zu verstaatlichen, d. h. die

Leitung der deutschen Industrie einer internationalen Gesellschaft zu übertragen, die sich aus den wichtigsten, am Wohlstand des Westens interessierten europäischen Ländern zusammensetzen solle. Er schlug schließlich die Bildung einer internationalen Polizeistreitmacht vor, die die Durchführung und Überwachung der Deutschland auferlegten Bedingungen garantieren solle³⁷⁾.

Michel Collinet fragte in der gleichen Zeitschrift nach der „Zukunft Europas“. Nachdem er auf die Gefahren des durch die Leiden des Zweiten Weltkrieges intensivierten Nationalismus hingewiesen und die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung Europas gefordert hatte, ging er auch auf die Situation Deutschlands ein. Er bezeichnete das deutsche Problem im Hinblick auf seine Bedeutung und seine historische Beispiellosigkeit als das schwerwiegendste Problem, vor das sich jemals Menschen gestellt sahen. Die Lösung des deutschen Problems müsse darin bestehen, die Möglichkeit zu schaffen, das ehemalige Hitler-Deutschland wieder in die Gemeinschaft der freien Nationen zu integrieren. Collinet versicherte: „Solange inmitten Europas ein Deutschland besteht, das unter militärischer Besetzung und unter der Leitung einer nichtdeutschen Regierung steht und besonderen Überwachungs- und Umerziehungsmaßnahmen unterworfen ist, wird man von keinem wirklich europäischen Bund sprechen können, sondern nur von einer Vorstufe zu einem Bund, die notwendigerweise die Masse der Staaten, die Opfer des Nazismus gewesen waren, außerhalb Deutschlands zusammenfassen würde.“ Der Besetzung Deutschlands wies Collinet zwei Aufgaben zu: 1. Die Besetzung solle „begangene Grausamkeiten sühnen, Dienstleistungen überwachen und die Aufrechterhaltung der Ordnung garantieren, mit einem Wort, den Instinkten der Grausamkeit, die durch den Nazismus bei der Jugend freigelegt worden waren, äußerlich soziale und einschränkende Zügel anzulegen“. 2. Die mit der Besetzung verbundene Umerziehung solle gleichzeitig ein soziales Milieu schaffen, in dem die normalen Neigungen, auf denen die Zivilisation beruhe, wieder an die Oberfläche treten können. Collinet meinte dazu: „Vielleicht ist es viel verlangt von einem erschöpften, hungernden und obendrein seit vier Jahren gemarterten Volk, wenn es seine Henker und deren Kom-

³⁷⁾ *Esprit*, 13. Jahrg. (1945), Nr. 110 vom 1. Mai 1945.

plicen erziehen soll. Wie es auch darüber denken mag, es kann von dieser Aufgabe ebensowenig entbunden werden wie von der Aufgabe, Häuser zu bauen und Brot zu backen.“ Collinet betonte, daß das deutsche Problem ein europäisches Problem sei, eine Auffassung, die von den meisten französischen Kommentatoren vertreten wurde³⁸⁾.

In der gleichen Nummer von „*Esprit*“ untersuchte *Albert Béguin* „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Europa“. Er sprach vom Ende der deutschen Hegemonialträume und der germanischen Ära und bestritt, daß es ein „anderes Deutschland“ gebe: „In Wirklichkeit gehört jeder Deutsche zur gleichen Zeit dem einen wie dem anderen Deutschland an.“ Er stellte anschließend die Frage, die in allen Überlegungen, Betrachtungen und Untersuchungen des Jahres 1945 durchschlägt: „Warum hat dieses Volk, das große Genies hervorgebracht und einen unschätzbaren Beitrag auf den Gebieten menschlichen Wissens geleistet hat, das aus dem Munde seiner Dichter so viele allgemein gültige Worte vernehmen durfte, warum hat dieses Volk sich immer nur im Namen schlimmster kollektiver Habsucht und brutaler Erregung vereinigen können? Warum hatten diese kultivierten Eliteschichten keine Ausstrahlung. Haben sie das Recht, sich heute zu beklagen, von ihrem Volk durch einen Abgrund wechselseitigen Nichtverstehens getrennt zu sein?“ Béguin versuchte diese Frage durch eine Freilegung kollektiver Eigenschaften des deutschen Volkes zu beantworten. Er sprach von der Ablehnung des Universalen im Zug des deutschen Wesens, verwies auf einen Minderwertigkeitskomplex der Deutschen und betonte die Auflehnung der Deutschen gegen das Christentum, gegen die bestehende Ordnung, gegen die Ideale der anderen Völker, gegen Kirche, Nächstenliebe, Mitleid, gegen den Geist. Die Existenz dieser Kräfte müsse bei der Lösung des Deutschlandproblems berücksichtigt werden. „Deutschland ist deshalb gefährlich“, versicherte Béguin, „weil es im Herzen Europas eine starke, in den Abgrund mitreißende Gewalt darstellt, den Sog durch die Faszination des Nichts, der eine ständige Verwünschung ist. Gefährlich ist Deutschland auch wegen seines Widerwillens gegen die Anerkennung der Tatsachen und wegen seiner Verachtung jeglicher Form. Doch ist Deutschland weniger gefährlich als schwach wegen seines Mangels an innerer Stabilität wegen seiner Unfähigkeit, eine für andere verständliche, auch für Nichtdeutsche

verbindliche Sprache zu sprechen, schwach auch wegen seiner Fähigkeit zu vergessen, durch die Deutschland daran gehindert wird, irgendeine Tradition zu bewahren, auf die es sich beziehen könnte. Schwach schließlich deshalb, weil es die bloße Weiterentwicklung des materiellen Lebens oder der Gesittung der Industrie oder der Pädagogik mit Kultur verwechselt.“ Béguin empfahl zahlreiche Maßnahmen zur Lösung des deutschen Problems. Er betonte dabei vor allem die Notwendigkeit, „den deutschen Geist von einer hundertjährigen Krankheit zu befreien, seiner politischen Unfähigkeit nämlich, die ihm schon in seinen frühesten Anfängen eigentümlich ist“. Er fügte der Beschreibung dieser Aufgabe die Bemerkung bei: „Dafür, daß man ein Volk mit seiner unheilbaren Tollheit gleichsam unter Verschuß gehalten und unter Bewachung hätte weiterleben lassen, gibt es meines Wissens kein Beispiel. Wenn ich der Überzeugung wäre, daß in der deutschen Seele keinerlei Fähigkeiten einer am Ende möglichen Konversion zu einer maßvollen und zivilisierten Haltung vorhanden wäre, wenn ich ferner der Überzeugung wäre, daß jede Rasse einen guten oder bösen, auf jeden Fall aber unveränderlichen Kern in sich trüge, dann könnte ich nur die radikale Vernichtung der Deutschen vorschlagen; und es würde genügen, ihnen gegenüber jene Methoden anzuwenden, für die sie augenblicklich selber das Beispiel und die Technik liefern.“ Béguin äußerte die Ansicht, das deutsche Problem sei vor allem ein Problem der Elite. Deutschland werde sich erst dann auf dem Weg der Genesung befinden, wenn seine Elite ihre nationale Aufgabe begriffen habe und ihre Aufmerksamkeit nicht länger von den Fragen dieser Welt abwende. Den Grund für die deutsche Fehlentwicklung sah Béguin vor allem darin, daß man das politische Leben in Deutschland immer mit Verachtung den Massen und ihren politischen Führern überlassen habe. Er schloß seine eindrucksvolle Untersuchung mit Fragen und einer indirekten Antwort: „Gehört eine Gesundung Deutschlands ins Reich der Utopie? Wird dieses Volk eines Tages den Sinn für das Universelle, für die Grenzen, für individuelle und kollektive Beständigkeit, für die reine Wahrheit der Tatsachen zurückgewinnen? Werden wir eines Tages seine Dichtung und seine Musik ohne Vorbehalte lieben können? Wären wir gezwungen, darauf zu verzichten, müßten wir dann nicht am Schicksal Europas verzweifeln?“³⁹⁾

³⁸⁾ *Esprit*, 13. Jahrg. (1945), Nr. 110 vom 1. Mai 1945.

³⁹⁾ *Esprit*, 13. Jahrg. (1945), Nr. 110 vom 1. Mai 1945.

Walter Lippman befaßte sich in seinem bereits erwähnten Leitartikel vom 5. Mai 1945 mit der Schande Deutschlands. Diese sah er darin, daß keine Deutschen aufgetreten seien, die durch den Widerstand gegen den Nazismus selbst in den letzten Stunden den Anspruch erheben könnten, die Repräsentanten eines besseren Deutschlands zu sein. Er verschwieg die Leiden des nichtkonformistischen Teiles des deutschen Volkes unter Hitler und übergang die deutsche Widerstandsbewegung. Er erklärte, die Alliierten hätten es beim deutschen Volk nicht mit einer Nation, sondern mit einer demoralisierten, schmachvollen und unfertigen Horde zu tun, die unfähig sei, die moralische Verantwortung für das, was geschehen ist, zu übernehmen, oder an dem, was notwendig getan werden muß, teilzunehmen. Er schloß nach der Darlegung seiner Ansicht über Deutschland mit der Versicherung, Meinungsverschiedenheiten über Deutschland unter den Alliierten sei etwas, was nicht eintreten dürfe⁴⁰⁾. Walter Lippman war mit seinen Auffassungen nicht allein. *Sir Robert Vansittart* bezeichnete in einem Interview für die französische Zeitung „Le Monde“ am 12. Mai 1945 die Kapitulation Deutschlands als das Ende der germanischen Ära, die nach seiner Ansicht 75 Jahre, von 1870 bis 1945, gedauert hatte. Er verlangte die Beteiligung Frankreichs an den gegenüber Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen und forderte, Deutschland für die Dauer einer Generation besetzt zu halten⁴¹⁾. Mit diesen Urteilen und Forderungen befaßte sich wenige Tage später, am 15. Mai, ein Leitartikel der französischen Zeitung „Le Figaro“, der betonte, das deutsche Problem müsse von den Alliierten nicht nur unter Berücksichtigung ihrer eigenen Ideologie, sondern unter Berücksichtigung des deutschen Charakters geregelt werden. Er gab gleichzeitig zu bedenken: „Nichts ist so kompliziert wie das Deutschlandproblem.“⁴²⁾

Nicht wenige Kommentatoren sahen sich zu der Bemerkung veranlaßt, die Euphorie des Sieges sei ein schlechter Ratgeber für die Erörterung und Lösung eines Problems vom Umfang, vom Gewicht und der Bedeutung der deutschen Frage. *Maurice Schuman* beklagte

die Tatsache, daß die notwendige Umerziehung dem deutschen Volke entzogen sei, womit es sehr schwer bestraft werde. Er widersprach — mit nicht wenigen Publizisten und Politikern — den Forderungen nach physischer oder psychischer Vernichtung des deutschen Volkes und trat für die Behandlung des deutschen Volkes als eines mündigen Volkes ein⁴³⁾. Ein Leitartikel der „Times“ betonte: „Was mit einem niedergeschlagenen und gebrochenen Deutschland gemacht werden soll, ist eine Frage, auf die die Vereinten Nationen in ihrem eigenen dringenden Interesse eine schnelle Antwort — oder eine Reihe von Antworten — finden müssen.“⁴⁴⁾ Die Einsicht in die Komplexität dieser Aufgabe und die Registrierung des sowjetischen Alleinganges dämpften die hochgestimmten Vorstellungen. Resigniert und besorgt zugleich gestand die „New York Times“ am 21. Mai: „Nun, da Deutschland erobert und besetzt ist und die alliierten Behörden sich einen ersten Überblick über die Lage verschaffen konnten, wird der Umfang und die Kompliziertheit des vor ihnen liegenden Problems täglich offensichtlicher. Denn vom Standpunkt der Alliierten aus umfaßt dieses Problem nicht nur und auch nicht an erster Stelle das Schicksal Deutschlands und der Deutschen. Es umfaßt die Zukunft ganz Europas. Es berührt jeden Gefahrenpunkt in diesem dynamitgeladenen Kontinent. Es ist die Ursache der meisten Schwierigkeiten, die zwischen den Alliierten selbst entstanden sind. Und die Lösung dieses Problems wird eine große Zukunft haben, wenn sie die künftigen Beziehungen zwischen den Großmächten und damit den künftigen Frieden und die Sicherheit aller festlegt.“⁴⁵⁾

Die Einsicht, daß die Kriegspropaganda untauglich ist zur Bewältigung des Problems Deutschland stand hinter fast allen Veröffentlichungen des Jahres 1945. Diese verwiesen immer wieder auf die entscheidende Frage der psychologischen Behandlung und Beeinflussung der Deutschen. *Vernon Bartlett* vertrat die Auffassung, je früher die Deutschen wieder einen Nationalstolz entwickeln könnten, um so weniger wahrscheinlich würden sie mit blinder Bewunderung dem nächsten Demagogen folgen, der ihnen befiehlt, die Welt

⁴⁰⁾ New York Herald Tribune, Vol. 105, Nr. 35 965 vom 5. Mai 1945.

⁴¹⁾ Le Monde, 2. Jahrg. (1945), Nr. 124 vom 12. Mai 1945.

⁴²⁾ Le Figaro, 119. Jahrg. (1945), Nr. 232 vom 15. Mai 1945.

⁴³⁾ L'Aube, 16. Jahrg. (1945), Nr. 2611 vom 11. Mai 1945.

⁴⁴⁾ The Times, Nr. 50 121 vom 19. Mai 1945.

⁴⁵⁾ The New York Times, Vol. 94, Nr. 31 894 vom 21. Mai 1945.

zu erobern⁴⁶⁾. *César Santelli* ging in der französischen Zeitung „*Résistance*“ auf die Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung Deutschlands ein, wobei er vor allem zwei Richtungen hervorhob: „Die einen, die den Gewaltsamkeit und Zwang innewohnenden Fermenten mißtrauen, sind für die Umerziehung des deutschen Volkes; die andern sind der Meinung, daß das deutsche Volk nicht mit den Mitteln sozialer Therapeutik zu heilen ist und glauben nur an einen den Patienten auferlegten chirurgischen Eingriff.“ Santelli war der Ansicht, beide Maßnahmen seien notwendig, weshalb er forderte, den „Deutschen einen Erzieher und einen Chirurgen zu geben, um den nazistischen Virus zu vernichten.“⁴⁷⁾ Auf die Gefahren der unterschiedlichen Behandlung Deutschlands verwies am 4. Juni ein sehr beachteter Leitartikel der „*Times*“, der die Auffassung vertrat: „Deutschland hat sich seit dem VE-Tage — Sieg-in-Europa-Tag — in einem Zustand des Interregnums befunden, ohne eine ausdrücklich gebildete Behörde, die im Namen der Vereinten Nationen die Dinge lenkt. Das unvermeidbare Ergebnis ist eine Tendenz zu voneinander abweichenden Entscheidungen und politischen Methoden in den verschiedenen Besatzungszonen gewesen. Diese Tendenz wird noch zunehmen, wenn die Lage jetzt nicht geregelt wird, und hat Verwicklungen zur Folge, die über die Grenzen Deutschlands hinausgehen; denn eine gegenüber Deutschland geteilte Politik bedeutet im Endergebnis ein geteiltes Europa, in dem Osten und Westen verschiedene Ziele durch verschiedene Mittel verfolgen. Das Interregnum in Deutschland kann ohne eine ernsthafte Gefahr für die Zukunft nicht verlängert werden.“⁴⁸⁾

Weil die Auswirkungen dieser sehr früh erkannten und befürchteten Entwicklung deutlich gesehen wurden, sprachen sich vornehmlich französische Publizisten mit Nachdruck für die Umerziehung Deutschlands, für die Veränderung des deutschen Charakters aus; sie argumentierten wie z. B. *Maurice Lacroix*: Auf die Dauer könne Deutschland nicht durch alliierte Verwaltung regiert werden. In einem demokratischen Europa, inmitten freier Nationen, könne man kein Volk unbegrenzt lange unter fremder Herrschaft halten. Man

⁴⁶⁾ News Chronicle, Nr. 30 897 vom 28. Mai 1945.

⁴⁷⁾ *Résistance*, 4. Jahrg. (1945), Nr. 260 vom 29. Mai 1945.

⁴⁸⁾ The Times, Nr. 50 159 vom 4. Juni 1945.

müsse Mittel und Wege finden, um Deutschland in die Gemeinschaft der Völker einzugliedern. Hierfür aber sei eine vorherige Umerziehung erforderlich. Solange der militaristische und erobersüchtige Geist in den germanischen Ländern lebendig sei, werde der Friede immer bedroht sein⁴⁹⁾.

Der Umstand überrascht nicht, daß zwar die Forderung nach Umerziehung beinahe täglich in der westlichen und östlichen Weltpresse vorgetragen wurde, Angaben über die Methode der Umerziehung jedoch unterblieben. Im günstigsten Falle wurden dazu allgemeine Bemerkungen gemacht, die von einer Anklage und Verurteilung des gesamten deutschen Volkes bis zu der Feststellung geistiger Fehlentwicklung reichten.

Im Juli 1945 unternahm *Jacob Viner* in der Zeitschrift „*Foreign Affairs*“ den Versuch, alle Aspekte der Erörterungen und der Diskussionen der Frage der Behandlung Deutschlands in einer großen Studie zu beschreiben. Er begann seine Studie mit einem Hinweis auf die Bedeutung der anstehenden Frage, erörterte die Notwendigkeit der Bestrafung Deutschlands, verwies auf Sicherheitsvorkehrungen gegen ein Wiederaufleben der deutschen Gefahr, untersuchte die Rückerstattung der Kriegsbeute, erläuterte die Reparationen für Kriegszerstörungen und befaßte sich schließlich mit den Mitteln, mit Hilfe derer die Durchführung dieser Maßnahmen erreicht werden solle. Er sprach von einer deutschen Angriffslust, von der er sagte, sie sei keine unheilbare Krankheit. Er befürwortete eine Lockerung der Kontrolle in dem Zeitpunkt, in dem die Deutschen durch ihr Verhalten ihre Ungefährlichkeit bewiesen hätten. Er bemerkte dazu: „Wir dürfen nicht erwarten, daß diese rasch eintritt; namentlich in die unter dem Hitler-Regime aufgewachsene Generation dürfen wir keinerlei Vertrauen setzen. Wir müssen jedoch hoffen — und soweit wie möglich darauf hinarbeiten —, daß die deutschen Kinder heute zusammen mit denen künftiger Generationen ein Deutschland aufbauen werden, mit dem alle anderen Völker in friedlicher Gleichberechtigung leben können.“ Auch Viner äußerte sich am Ende seiner Untersuchung besorgt über die Möglichkeit der Vier-Mächte-Verwaltung Deutschlands. Er gab zu bedenken, daß eine gemeinsame Herrschaft mehrerer Staaten in der Ver-

⁴⁹⁾ *Résistance*, 4. Jahrg. (1945), Nr. 266 vom 7. Juni 1945.

gangenheit Unvermögen und Reibereien zur Folge hatte. Im Anschluß daran führte er aus: „Das für Deutschland vorgeschlagene Zonen-system ist vielleicht sogar noch schlimmer, da es ein Kondominium an der Spitze vorsieht und vier ihr unterstellten Stäben unterschiedlicher Nationalität vier getrennte Gebiete überträgt.“ Viner verschwieg seine Befürchtungen über die Koordinierung und Zusammenarbeit dieser verwickelten Verwaltungsmaschinerie nicht, beruhigte jedoch mit der Feststellung, es gebe keine internationalen Probleme, die ihrer Natur nach einer Lösung durch staatsmännische Klugheit nicht zugänglich wären. Auf einen ausreichenden Vorrat an solcher staatsmännischer Klugheit setzte er seine Hoffnung ⁵⁰⁾.

Am 1. Juli veröffentlichte die amerikanische Presse Berichte über die Ergebnisse und die Empfehlungen eines einjährigen Studiums qualifizierter Pädagogen des „Instituts zur Umerziehung der Achsenmächte“. Der Vorsitzende des mit dieser Aufgabe betrauten Ausschusses betonte, es gäbe keinen Präzedenzfall für die Umerziehung des deutschen Volkes. Diese sei eine garganteske Aufgabe. Ihre Lösung hänge von dem Zusammenwirken der alliierten Mächte und von der Einsicht der Deutschen ab. Im Ausmaß der Entfernung von der Kapitulation wuchs die Erkenntnis, daß die Aufgabe der Umerziehung der Deutschen nicht ohne diese selbst gelöst werden könne ⁵¹⁾.

Joseph C. Harsch trat am 6. Juli in „The Christian Science Monitor“ für einen Übergang aus der negativen Politik zu einer positiven Politik gegenüber Deutschland ein. Er empfahl, dem deutschen Drang nach Selbstachtung nachzugeben, um eine erneute Flucht in eine Verzweiflungssituation zu verhindern: „Das Gedankengut der deutschen Masse hat wirklich einen tief ausgeprägten Drang nach Beachtung. Wenn es die Beachtung nicht in Form von Achtung vor seinen guten Eigenschaften und guten Taten erregen kann, neigt es dazu, sie durch Toben und Drohungen einzufordern. Der Deutsche sehnt sich wie ein Kind danach, bemerkt zu werden.“ Die Rückgabe der Selbstachtung der Deutschen nannte Harsch den Schlüssel zur Umerziehung des deutschen Gedankengutes ⁵²⁾. Das gleiche Ziel

hatte Jean Schlumberger im Auge, als er sich mit großem Ernst für eine grundlegende Unterscheidung der Deutschen einsetzte. Er sagte: „Die Verantwortung der Nazipartei ist krimineller, die des deutschen Volkes politischer Art. Die gesamte Nation wird lange Zeit die Folgen eines Regierungssystems zu tragen haben, das sie sich in ihrer Verblendung selbst gegeben hat; die moralische und persönliche Schuld, die eine Bestrafung der Mörder, ihrer Komplizen, ihrer Anstifter und all derer, die Nutzen aus dem Verbrechen haben ziehen wollen, verlangt, darf jedoch nicht mit einer verschwommenen Kollektivschuld verwechselt werden. Wenn die Politik der Alliierten hier nicht mit aller Klarheit unterscheidet, wird sie Gefahr laufen, die Machenschaften all jener zu begünstigen, die heute noch hoffen, die wirklichen Verbrecher vor der Bestrafung bewahren zu können.“ ⁵³⁾

4. Die Empfehlungen des Abkommens von Potsdam

Vor dem Hintergrund der — hier freilich nur skizzierten — Diskussion über die Behandlung Deutschlands und über deren Kernstück, die Umerziehung der Deutschen, sind die diesbezüglichen Erklärungen des „Potsdamer Abkommens“ vom 2. August 1945 zu verstehen: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann. Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten,

⁵⁰⁾ Foreign Affairs, Vol. 23 (1944/45), S. 567 ff.

⁵¹⁾ The New York Times, Vol. 94, Nr. 31 935 vom 1. Juli 1945.

⁵²⁾ The Christian Science Monitor, Vol. 37, Nr. 187 vom 6. Juli 1945.

⁵³⁾ Le Figaro, 119. Jahrg. (1945), Nr. 287 vom 18. Juli 1945.

sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“ Die von der Konferenz verabschiedeten „Politischen Grundsätze“ stellten zur Frage der Umerziehung fest: „Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.“⁵⁴⁾

5. Der Dialog zwischen Karl Barth und Robert d'Harcourt

Nicht nur Publizisten und Gelehrte der gegen Deutschland verbündeten Mächte beteiligten sich an der Diskussion über die Behandlung und vor allem Umerziehung Deutschlands. Auch Schweizer Kommentatoren und Professoren nahmen daran Anteil — an ihrer Spitze *Karl Barth*, der noch vor der Kapitulation zwei Broschüren, „Die Deutschen und wir“ und „Wie können die Deutschen gesund werden?“⁵⁵⁾, veröffentlichte. Mit den darin geäußerten Ansichten setzte sich — u. a. — *Robert d'Harcourt* in umfassender Stellungnahme, die im September 1945 unter dem Titel „Wie soll Deutschland behandelt werden“ in den „Cahiers du Monde Nouveau“ erschien, auseinander. Der Aufsatz ist nicht nur eine überzeugende Antwort auf Barths Fragen und Zweifel — er ist nach Umfang und Inhalt die erschöpfendste französische Beschreibung des Problems der Behandlung Deutschlands. D'Harcourt legte zunächst ausführlich die Auffassungen und Meinungen Barths, die er mit kritischen und klärenden Anmerkungen versah, dar. Er stellte ihnen seine Ansichten entgegen. Diese eröffnete er mit dem Hinweis auf die Bemerkung Jacques Maritain, bei den Deutschen sei die Idee der Mission pervertiert. Zur Chance der Umerziehung erklärte er: „Hinsichtlich der mora-

lischen Besserung wird auf seiten des deutschen Volkes letztlich alles von der Kraft und der Aufrichtigkeit seines Strebens nach Läuterung abhängen. Der Sieger hat eine zweifache Aufgabe: er muß dieses Streben ermutigen und überwachen. Großzügigkeit und Wachsamkeit. Hier sind wir wieder zu dem schwierigen Problem der Aussöhnung zurückgekehrt. Wir wissen genau, was gewisse Leute über diese ‚Umerziehung‘ Deutschlands, zu der ein Karl Jaspers aufruft, sagen werden. Wir kennen die leichte Ironie, mit der die deutsche ‚Bekehrung‘ bedacht werden kann: Spielzeug zarter Seelen, etwas, womit man Humanitätsbeflissene einlullen kann. Es ist sehr leicht, uns ein doppelzüngiges Deutschland auszumalen, indem die zur Schau gestellte Zerknirschung als Deckmantel für den verborgenen Widerstand dient. Wie kommt es, wird man uns sagen, daß ihr das so einfache Spiel, das die Deutschen mit uns spielen, nicht erkennt? Den beruhigenden Zeitungsartikel für den Besatzer und gleichzeitig die unerlaubte Propaganda für den Einheimischen? Den geheimen Krieg, der unter der Oberfläche der Friedensliebe geführt wird? Wie, ihr seht nicht die Falle? Und das Ergebnis, das immer das gleiche ist: der geprellte Sieger? Wir glauben, daß wir diese Dinge ebenso klar wie jeder andere sehen, aber wir sehen auch etwas anderes, nämlich, daß wir wohl oder übel an der Seite der Deutschen leben müssen, es sei denn, man wolle sie alle ausrotten oder sterilisieren, daß ein wütender Hund, selbst wenn er angekettet ist, ein schlechter Nachbar ist und daß es also nicht in unserem Interesse liegen kann, Deutschland in der Hölle der Verzweiflung und Wut einzusperren. Wir verlangen Beweise für die Umkehr Deutschlands, aber die Hoffnung darauf a priori aufzugeben, scheint uns ein Irrtum zu sein.“⁵⁶⁾

Die Antwort d'Harcourts auf Barth bezeichnet nicht das Ende, wohl aber ein erkennbares Nachlassen der internationalen Erörterungen über die Umerziehung des deutschen Volkes. Die Erkenntnis von dessen Differenziertheit und die weltpolitischen Veränderungen drängten die darüber angestellten Überlegungen in den Hintergrund. Politischer Pragmatismus und existentielle Notwendigkeit veranlaßten ein Absinken des allgemeinen Interesses an der Frage der Veränderung der Deutschen. Psychologische Vorgänge wirkten

⁵⁴⁾ Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 348 ff.

⁵⁵⁾ K. Barth, Zur Genesung des deutschen Wesens. Ein Freundeswort von draußen, Stuttgart 1945. Die Ausgabe umfaßt Barths Veröffentlichungen zur deutschen Frage im Jahre 1945.

⁵⁶⁾ Cahiers du Monde Nouveau, Tome I (1945), S. 397 ff.

dabei mit. Besucher deutscher Städte waren erschüttert von den dort angetroffenen Ruinenlandschaften und von den Lebensbedingungen der Deutschen. Ein Leitartikel des „Observer“ nannte Deutschland am 5. August 1945 ein „Land von Höhlenbewohnern“⁵⁷⁾. Betrachter der deutschen Situation konnten sich der Wirkung der in Deutschland eingetretenen Katastrophe nicht entziehen. Zeitlich und sachlich verschieden drang eine Welle des Erbarmens, der Nachsicht und des Verständnisses gegen die Flut der Verachtung, Verurteilung und Bestrafung vor. Die weltpolitische Entwicklung begünstigte diese Situation, die bereits im Zeitpunkt ihrer Entstehung zum Streitpunkt der gegen Hitler verbündeten Mächte wurde. Das Fehlen von unmißverständlichen Detaillierungen der proklamierten allgemeinen Kriegsziele und vor allem von Grundsätzen über deren gemeinsame Verwirklichung machte sich dabei entscheidend bemerkbar. Die Unterlassung der Kriegsdiplomatie wurde zur Aufgabe der diplomatischen Bemühungen, die die Herbeiführung auch eines formellen Friedenszustandes anstrebten.

6. Umerziehung als Aufgabe der Selbsterneuerung des deutschen Volkes

Die Diskussion über den Verfall der deutschen Staatlichkeit begann mit wechselseitigen Anschuldigungen über die Durchführung oder Nichtdurchführung der zur Behandlung Deutschlands beschlossenen allgemeinen Grundsätze. Die Sowjetunion nahm für sich in Anspruch, die in Jalta und Potsdam bezeichneten Ziele ohne Verzug und in dem bei der Unterzeichnung der Kommuniqués gemeinten Sinne zu verwirklichen; sie rechtfertigte die Durchführung der Bodenreform und die Enteignung der Industrie mit dem Hinweis, es handle sich um Maßnahmen, die sich aus den gemeinsamen Beschlüssen über die Behandlung Deutschlands ergäben. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika machten in der unmittelbar nach der Kapitulation einsetzenden prononcierten „antifaschistischen Phase“ in Einzelbereichen den Versuch, in ihren Vorstellungen und Ansichten die Empfehlungen von Jalta und Potsdam zu verwirklichen. Sie gingen dabei nicht einheitlich vor. Sie erkannten sehr bald die nachteiligen Wirkungen dieser Politik für ihre politischen

Zielsetzungen und Auffassungen, weshalb sie in zunehmendem Maße auf die Erörterung und Verwirklichung der im Kriege so intensiv besprochenen Umerziehung Deutschlands verzichteten. Die Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers *James F. Byrnes* vom 6. September 1946 kann als die Abkehr der amerikanischen Politik von der Forderung der Deutschland als Erziehungsobjekt betrachtenden Politik des Krieges und der ersten Stunde des Sieges angesehen werden. Byrnes betonte an zahlreichen Stellen die politische Selbstverantwortung des deutschen Volkes. Er betonte jedoch auch: „Die Vereinigten Staaten können Deutschland die Leiden nicht abnehmen, die ihm der von seinen Führern angefangene Krieg zugefügt hat. Aber die Vereinigten Staaten haben nicht den Wunsch, diese Leiden zu vermehren oder dem deutschen Volk die Gelegenheit zu verweigern, sich aus diesen Nöten herauszuarbeiten, solange es menschliche Freiheit achtet und vom Wege des Friedens nicht abweicht. Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“⁵⁸⁾

In dem Maße, in dem die westlichen Besatzungsmächte auf eine Umerziehung Deutschlands verzichteten und die sowjetische Besatzungsmacht ihre politisch-ideologische Absicht offenbarte, setzte sich in Deutschland die Einsicht durch, daß die Entwicklung, die zur Katastrophe des Jahres 1945 geführt hat, die Verpflichtung einer historischen und politischen Gewissenserforschung in sich schließt. In Deutschland sprachen sich in wachsender Zahl Politiker, Publizisten und Gelehrte für eine Umerziehung aus, die sie als Selbsterziehung verstanden und als ein radikales Umdenken bezeichneten. *Alfred Weber* gab dafür ein Stichwort, indem er seiner 1946 veröffentlichten Studie den Titel „Abschied von der bisherigen Geschichte“ gab. Gleichzeitig wies er alle Ansichten zurück, daß die Umerziehung eines Volkes eine von vier divergierenden Besatzungsmächten lösbare und zu lösende Aufgabe sei. Er forderte in Übereinstimmung mit *Thomas Mann*, *Karl Jaspers*, *Reinhold Schneider*, *Max Pribilla*, um nur einige zu nennen, eine Transferierung der

⁵⁷⁾ The Observer, 154. Jahrg. (1945), Nr. 8045 vom 5. August 1945.

⁵⁸⁾ Deutscher Wortlaut bei Deuerlein, Die Einheit Deutschlands, I, S. 398 ff.

Umerziehung als einer Maßnahme der Besatzungsmächte zu einer Aufgabe des deutschen Volkes: „Was Deutschland neben der Vollerhaltung seiner wirtschaftlichen Einheit am stärksten anstreben muß, ist Erhaltung seiner Erziehungssouveränität, ohne die es sich die Aufgaben der eigenen geistigen Erneuerung und Wandlung gar nicht stellen kann. Und hier sollten sich alle fremden Mächte wieder klar sein: den Geist kann man nicht zwingen, er weht, so und wie er will. Sie müssen dem deutschen Volk seine geistige und Charaktererneuerung selbst anvertrauen. Alles andere ergäbe nicht mehr und nicht weniger als Lauern auf Revanche und Sich-hinein-schie-

ben-wollen in irgendwelche Risse der Welt-syndikatsgestaltung und dergleichen unheilvolle Dinge, die nur zum Schlimmsten führen könnten. Der gute Wille zur Selbsterneuerung und Selbstumformung wird in Deutschland nach den furchtbaren Erfahrungen, die man mit der bisherigen geistigen Einstellung und den eigenen entsetzlichen Charaktermankos gemacht hat, vorhanden sein, wenn ihm nur die atmosphärischen Bedingungen für seine Entfaltung gelassen werden“⁵⁹⁾.

⁵⁹⁾ A. Weber, Abschied von der bisherigen Geschichte. Überwindung des Nihilismus? Hamburg 1946, S. 251 f.

Die Bedeutung der Besatzungszeit 1945 – 1949

Alfred Grosser, einer der ersten französischen Kenner des Deutschlands der Nachkriegszeit, schrieb vor kurzem, daß die Besetzung Deutschlands nach dem 8. Mai 1945 ein vierjähriges Intervall zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik war, das „wahrscheinlich mehr dazu beitrug, das Gesicht des heutigen Deutschlands zu formen als die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Diktatur oder die vierzehn Jahre der wankenden Weimarer Republik“.

Eine solche Behauptung wirft ebenso viele neue Fragen auf, wie sie beantwortet. Warum ist die Besetzung so bedeutsam? Ist sie es, weil sie eine Periode der Reform war? Hat sie eine künstliche Revolution ins Werk gesetzt, wie John D. Montgomery gemeint hat? Hat sie etwa die traditionellen Institutionen, Ideale und Gewohnheiten der deutschen Gesellschaft erneuert und wieder zum Leben erweckt? Oder hat die Besetzung deshalb eine so große Bedeutung, weil sie einen neuen Anfang für Deutschland ermöglicht hat, der weder genau dem entsprach, was die Besatzungsmächte mit ihren Reformen beabsichtigt hatten, noch genau eine Wiederbelebung oder Erneuerung der deutschen Vergangenheit darstellte.

Viele amerikanische und deutsche Beobachter stimmen darin überein, daß der 8. Mai 1945 ein *Nullpunkt* war, daß die Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 und die vollständige Übernahme der Staatsgewalt durch die Besatzungsmächte Deutschland die *Gnade des Nullpunktes* gewährt hat. Danach war der 8. Mai 1945 ein Punkt, an dem Deutschland einen neuen Anfang machen konnte, vielleicht indem es den kulturellen, politischen und sozialen Ballast der Vergangenheit abwarf oder

vielleicht indem es den Irrtümern der vergangenen zwölf Jahre abschwor und die Ordnung, wie sie vor Hitler bestanden hatte, wiederherstellte. Auf jeden Fall ist das, was in den Jahren der Besetzung geschah, von ungeheurer Bedeutung für das Verständnis des heutigen Deutschlands.

Trotz der offenbar weitverbreiteten Erkenntnis von der Bedeutung der unmittelbaren Nachkriegsjahre für Deutschland, trotz der zahllosen populären und polemischen Bücher über die Besetzung herrscht ein erstaunlicher Mangel an wissenschaftlicher Erforschung und sorgfältiger Analyse der Besatzungszeit selbst. Ein wichtiger Grund dafür ist der geringe zeitliche Abstand. Weder verfügt die Wissenschaft über geeignete Beurteilungsmaßstäbe noch hat sie Zugang zu den Schlüsseldokumenten für die Besatzungszeit. Dieses letztere ist sicherlich ein sehr schwerwiegendes Hindernis. Die Dokumente befinden sich noch immer in Verwahrung ihrer Urheber, nämlich der verschiedenen Regierungen und Behörden. Überdies sind sie verstreut zwischen dem amerikanischen Nationalarchiv, der Bundestagsbibliothek in Bonn, den Archiven und Ministerien der einzelnen Bundesländer und den Archiven der britischen und französischen Regierung. Friedrich K. Fromme hat in seinem Aufsatz „Zur inneren Ordnung in den Westlichen Besatzungszonen, 1945—1949“ (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, April 1962) deutlich auf das Fehlen einer wissenschaftlichen Erforschung hingewiesen. Wir wissen wohl, daß die Besetzung wichtig ist, aber mangels einer hinreichenden wissenschaftlichen Literatur über den Gegenstand wissen wir nicht genau, weshalb sie für das heutige Deutschland so große Bedeutung hat.

Das amerikanische Demokratisierungsprogramm

Eine teilweise Antwort auf diese Frage mag der Bericht über Entwicklungen in der amerikanischen Besatzungszone von der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 bis zum 8. Mai 1949, dem Tage, da der Parlamentarische Rat das Grundgesetz beschloß, geben.

Eines der großen, langfristigen Ziele der Amerikaner war es, in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine demokratische Gesellschaft und eine demokratische Regierungsform einzuführen. Die Methoden, die die Amerikaner zur Errichtung der Demokratie anwendeten, waren sowohl negativ wie positiv. Auf

der negativen Seite standen Mittel wie Entnazifizierung, Demontage, Entmilitarisierung und Dezentralisierung. Positiv förderten die Amerikaner freie Wahlen, erlaubten die Verabschiedung von Verfassungen, drängten auf die Einführung örtlicher Selbstverwaltung durch Bürgerversammlungen und Forumsdiskussionen usw.

Die Entnazifizierung z. B. würde die Nazis aus dem öffentlichen Leben ausschalten und Platz für eine neue Elite machen. Die Entmilitarisierung würde die Macht der „preußischen“ oder militärischen Elite vermindern, die Demontage die der früher herrschenden Wirtschafts- und Finanzkreise. Die Demokratisierung mit ihrem Programm freier Wahlen, von Verfassungen und örtlicher Selbstverwaltung würde die Bildung einer neuen demokratischen Elite erlauben und fördern. Institutionelle Reformen, wie Schulreform, Reform des Beamtentums und Dezentralisierung der Verwaltung, würden die Bedingungen schaffen, unter denen sich die neue demokratische Elite entwickeln und wirken konnte.

Die Amerikaner in Deutschland glaubten, daß das gesamte Demokratisierungsprogramm mit Unterstützung, Anleitung und Hilfe der Militärregierung durchgeführt werden konnte. Darüber hinaus glaubten sie, daß nur ein Minimum direkter Einmischung erforderlich sein würde, einmal abgesehen von dem negativen Programm der Entfernung der Nazis und der Änderung bestimmter Institutionen. Dieser Glaube der Amerikaner beruhte nicht auf einer naiven und eitlen Hoffnung, sondern auf der tiefverwurzelten und allgemein akzeptierten Ansicht, daß die demokratischen Institutionen und die demokratischen Gepflogenheiten Amerikas sich auf natürlichem Wege aus dem Erlebnis der „frontier“, der Grenze entwickelt hatten. Als die Besiedlungsgrenze auf dem nordamerikanischen Kontinent sich im 19. Jahrhundert allmählich nach Westen vorschob, legten die neuen Gemeinwesen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gewohnheiten der Vergangenheit ab, um in der neuen Umwelt einen neuen Anfang zu machen,

einen Anfang frei von den Torheiten und Fehlern der Vergangenheit. Der amerikanische Grenzer kam vermutlich Rousseaus Ideal des Menschen, der zurück zur Natur gefunden hat, näher als irgend jemand vor ihm. Er hatte das zivilisierte Europa und den amerikanischen Osten hinter sich gelassen und lebte nun in enger Verbindung mit der Natur. Bei der Schaffung einer neuen Gesellschaft im Westen konnte er sich von seinen natürlichen Impulsen leiten lassen. Was diese Leute schufen, waren die Einrichtungen, Ideale und Gepflogenheiten, die die Amerikaner mit dem Begriff Demokratie verbinden.

Die amerikanischen Anstrengungen, Deutschland zu demokratisieren, spiegelten deutlich dieses vorgegebene Bild von den Ursprüngen der amerikanischen Demokratie wider. Entnazifizierung, Demontage, Entmilitarisierung, Bodenreform, Reform des Beamtentums — das negative oder destruktive Programm der Militärregierung — würden einen ähnlichen Effekt haben wie der Entschluß der amerikanischen Pioniere, den Ballast einer alten Kultur abzuwerfen. Das reformierte Beamtentum, die reformierten Schulen, die örtliche Selbstverwaltung mit ihren Bürgerversammlungen und Forumsdiskussionen und die verantwortlichen, verfassungsmäßigen, direkt gewählten örtlichen Verwaltungen und Landesregierungen sind den neuen Einrichtungen verwandt, die amerikanische Pioniere in den Gemeinden der frontier schufen. Die Deutschen, die weder Nazis, Militaristen, Monarchisten oder Anhänger eines autoritären Systems waren, ähnelten den Pionieren, die lieber den natürlichen Antrieben des Menschen folgten, anstatt sich an die Vorschriften künstlich geschaffener Institutionen zu halten oder überkommenen Ideologien anzuhängen. Kurz, die Amerikaner glaubten, daß der demokratische Impuls der Menschennatur angeboren sei und daß es nur erforderlich sei, die richtige Atmosphäre zu schaffen und die bösen Kräfte zu vertreiben oder auszuschalten, damit sich die Demokratie in einem natürlichen Prozeß von selbst entwickle.

Ideal und Realität

Aber das amerikanische Ideal, das sich in dem Ziel und der Eigenart ihres Besatzungsprogramms in Deutschland manifestierte, war schwer in die Praxis umzusetzen. Die Nürnberger Prozesse, die sich auf nach der Tat ge-

schaffene Gesetze stützten und nach Prinzipien geführt wurden, auf Grund deren bestimmte Argumente der Verteidigung per definitionem unzulässig waren, schienen den Grundvoraussetzungen der amerikanischen

Demokratie zuwiderzulaufen. Viele Amerikaner, darunter der verstorbene Senator Robert A. Taft, übten in diesem Sinne Kritik an den Prozessen. Die Entnazifizierung, die eine Schuld als gegeben voraussetzte, und zwar eine Schuld durch die bloße Zugehörigkeit zu einer Vereinigung, stand im Widerspruch zur demokratischen Weltanschauung, zu der sich die Amerikaner bekennen. Ihr schematisches und hartes Verfahren stand im krassen Gegensatz zur demokratischen Praxis, an der die Amerikaner festhalten. Die Entnazifizierung stieß deshalb innerhalb der Militärregierung selbst, in der amerikanischen Presse und im amerikanischen Kongreß auf harte Kritik, vor allem in den Jahren 1947 und 1948.

Gravierender noch war der nie so recht ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungene Umstand, daß die Amerikaner zwar freie Wahlen und Verfassungen auf der Landkreis-, Stadtkreis-, Regierungsbezirks- und Länderebene förderten, die Entscheidungsgewalt aber auf immer höhere politische Ebenen verlagerten. Als die Deutschen immer mehr Freiheit auf den unteren Ebenen erhielten, übertrugen die Amerikaner dem Länderrat der amerikanischen Zone und den Behörden der Bizone Macht und Entscheidungsbefugnis. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Beamte der amerikanischen Militärregierung genau zu dem Zeitpunkt, als die neuen Länderregierungen der amerikanischen Zone im Januar 1947 ihre Arbeit aufnahmen, darauf drängten, daß die Behörden der Bizone mehr Befugnisse erhielten, und für den Vorrang von Entscheidungen des Länderrates vor denen der einzelnen Länder der amerikanischen Zone eintraten. Nach dem Januar 1947 unterlagen die Handlungen und Weisungen des Länderrates immer noch der Überprüfung und dem Veto des Militärgouverneurs und die Weisungen und Verordnungen der Bizonen-Behörden der Prüfung und Billigung der Britisch-Amerikanischen Zweimächte-Behörde oder von Britisch-Amerikanischen Zweimächte-Ausschüssen.

Die Frage, wieviel Freiheit und Selbstregierung die freigewählten Landesregierungen der amerikanischen Zone haben sollten, erhob sich gegen Ende des Jahres 1946 während der Wahlen, durch die die neuen Regierungen gebildet werden sollten. Die ungelöste Streitfrage war, ob ein Landtag die Befugnisse haben sollte, eine vom Länderrat beschlossene Maßnahme abzulehnen, oder ob der Länderrat gesetzgeberische Maßnahmen ohne parlamentarische Zustimmung der Länder treffen konnte. Konnte etwa der Bayerische Landtag einen vom

Länderrat für die amerikanische Zone beschlossenen Schlüssel zur Verteilung der Butter ablehnen? Konnte Hessen von sich aus ein Neusiedlerprogramm beschließen? Da der Länderrat sich aus den Ministerpräsidenten zusammensetzte, war die Streitfrage einfach die, ob ein als Länderratsmitglied handelnder Ministerpräsident ohne sein Parlament Beschlüsse mit Gesetzeskraft fassen konnte.

Der Streit endete schließlich in einem entscheidenden Zusammenstoß zwischen dem amerikanischen Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, und den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone bei einem Treffen in Berlin am Sonntag den 23. Februar 1947. Zwar wurde nach dem Treffen keine Weisung erlassen, aber General Clay ließ keinen Zweifel daran, daß die von der Militärregierung für notwendig erachteten politischen Maßnahmen durch den Länderrat verkündet werden konnten. Nach General Clay hatten die Parlamente sich entweder in das Unvermeidliche zu fügen, trotz der Verfassungen und des dort verankerten Rechts auf Selbstregierung, oder die Militärregierung würde Gesetze auf dem Verordnungswege erlassen. General Clay hoffte, daß sich zwischen Militärregierung, Länderrat und den Landtagen immer eine Übereinstimmung herstellen ließe, aber er machte auch klar, wo die Entscheidungen fallen würden, falls es nicht dazu kam.

Das Ergebnis war, um das hier kurz zusammenzufassen, daß der Länderrat — unter Überwachung durch die Militärregierung — die letzte Entscheidungsgewalt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erhielt; die Länder behielten nur die Macht, die nicht vom Länderrat oder direkt von der Militärregierung ausgeübt wurde. Schließlich gab die amerikanische Militärregierung auch den Länderrat preis, und zwar aus denselben Gründen, aus denen sie zuvor die Befugnisse der Länder eingeschränkt hatte. Nachdem General Clay schon am 3. Februar 1948 den Länderrat aufgefordert hatte, seine Beziehungen zu den Behörden der Bizone in Frankfurt zu überprüfen, erklärte er am 1. Juni 1948 den Ministerpräsidenten, daß er nicht mehr zu den regelmäßigen Zusammenkünften mit dem Länderrat nach Stuttgart kommen würde. Am 19. Juli 1948 wurde das amerikanische Amt, das die Beziehungen zu den Länderregierungen koordinierte, aufgelöst, wodurch die direkte Verbindung zwischen Länderrat und der Militärregierung unterbrochen wurde. Der Grund für die Abwendung vom Länderrat war der Wunsch, die Behörden der Bizone zu stärken

und der nach dem Fehlschlag der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 gefaßte Entschluß der alliierten Regierungen, eine westdeutsche Regierung zu bilden. Das Zögern der deutschen Ministerpräsidenten, die Londoner Vereinbarungen zu akzeptieren, hätte die Amerikaner nicht in dem Maße überraschen sollen, als das der Fall war. Die Koblenzer Resolution vom 8.—10. Juli 1948, in denen die deutschen Ministerpräsidenten ihre Abneigung andeuteten, eine westdeutsche Regierung unter den Bedingungen der Londoner Vereinbarungen zu bilden, riefen allerlei ärgerliche Reaktionen auf seiten der Amerikaner hervor. In einer Reihe von Zusammenkünften auf verschiedenen Ebenen drängte

die amerikanische Militärregierung auf die Bildung einer westdeutschen Regierung, ein Drängen, das die Erinnerung an ähnliche Pressionen mit dem Ziel der Zentralisierung in den Jahren 1946 und 1947 auf der unteren Ebene wachruft. Die Amerikaner argumentierten, daß die Bildung einer neuen Regierung größere Freiheit und Selbstregierung für die Westdeutschen im Gefolge haben würde. Aber im Besatzungsstatut, das gleichzeitig mit der neuen Verfassung erlassen werden sollte, behielten sich die Alliierten bestimmte direkte Vollmachten und umfassende Rechte zur Überprüfung der Handlungen der neuen Regierung vor.

Priorität der wirtschaftlichen Wiedergesundung

Eine Untersuchung der Praktiken der amerikanischen Militärregierung im Hinblick auf die Verlagerung der deutschen Befugnisse von der unteren Ebene auf die Länder, von diesen auf den Länderrat der amerikanischen Zone, dann auf die Bizonen-Behörden und den Wirtschaftsrat und schließlich auf die Bundesrepublik — immer weg von den politischen Einheiten mit den Einrichtungen und dem Apparat für demokratische Selbstverwaltung auf eine Ebene, wo die Amerikaner und ihre Alliierten ihre Überwachung und Beaufsichtigung fortsetzten — zeigt, daß es in den Augen der Amerikaner etwas gab, was ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger war als die Demokratisierung.

In den Handlungen der Amerikaner wird von Anfang an das Verlangen nach einer lebensfähigen deutschen Wirtschaft sichtbar. Diese Lebensfähigkeit hatte einen umfassenden wirtschaftlichen Aufbau nach dem 8. Mai 1945 zur Voraussetzung. In welchem Maße die Wirtschaft den Vorrang hatte, zeigt sich in der Preisgabe des Morgenthau-Plans, noch bevor er in die Tat umgesetzt wurde. Es wird auch deutlich in den Büchern von General Clay „Entscheidung in Deutschland“ und von Robert Murphy „Diplomat among Warriors“. Ganz klar wird es in der Deutung, die die Militärregierung dem Potsdamer Abkommen gab, nämlich der eines Ersatzes für den Morgenthau-Plan in bestimmten entscheidenden Punkten. Robert Murphy behauptet, daß Morgenthau zurücktritt, fünf Tage bevor Präsident Truman aus den Vereinigten Staaten nach Potsdam abreiste, auf die Verwerfung seines Planes zurückzuführen ist. Nach Clay ließ das

Potsdamer Abkommen breiten Spielraum in finanziellen Angelegenheiten und eine ausreichende Produktion zu, um eine lebensfähige Wirtschaft zu entwickeln und das Existenzminimum ohne Hilfe von außen zu gewährleisten. Dies diente der Militärregierung als Argument für ihr Drängen nach deutschen Zentralbehörden.

Damit die Deutschen sich selbst erhalten könnten, versuchte die amerikanische Militärregierung zunächst im Alliierten Kontrollrat die Bildung deutscher Zentralverwaltungen für Finanzen, Verkehr, Nachrichtenwesen, Außenhandel und Industrie zu erreichen. Als sich das wegen des französischen Vetos im Kontrollrat als unmöglich erwies, riefen die Amerikaner im Oktober 1945 in Stuttgart den Länderrat ihrer Zone ins Leben. Es ist bezeichnend, daß Amerikaner, die sich für den Länderrat einsetzten, fast ausschließlich von seinen wirtschaftlichen Zielen und Aufgaben sprachen. Aber der Länderrat war nicht nur ein Ersatz für deutsche Zentralbehörden. Anscheinend hofften die Amerikaner, er könne dazu dienen, die wirtschaftliche Einheit mittels deutscher Initiative anstatt durch Weisungen des Kontrollrats herbeizuführen. Besonders lehrreich in dieser Hinsicht ist, daß die Amerikaner Zusammenkünften von Vertretern aus allen vier Zonen jede Unterstützung liehen. Das erste derartige Treffen fand am 6. Februar 1946 in Stuttgart statt. Die beiden nächsten waren am 26./27. Februar 1946 in Frankfurt und am 28. Februar 1946 in Bremen. Das Scheitern dieser Ansätze deutete sich am 4./5. Oktober 1946 in Bremen an, als die Vertreter der französischen und sowjetischen Zone nicht erschie-

nen. Der endgültige Fehlschlag kam im Juni 1947, als die Ministerpräsidenten der Sowjetzone die Konferenz der Ministerpräsidenten in München verließen, bevor sie noch begonnen hatte.

Als die Versuche, durch den Kontrollrat oder durch die Deutschen selbst zentrale Verwaltungsbehörden oder die wirtschaftliche Einheit zu schaffen, nicht den gewünschten Erfolg zeitigten, betrieben die Amerikaner die Alternativlösung eines Zweizonenzusammenschlusses, offenbar in der Hoffnung, daß sie schließlich in die wirtschaftliche Einheit Deutschlands münden werde. Außenminister Byrnes lud alle Zonen ein, sich anzuschließen, aber nur die Briten waren dazu bereit. Als die Bizone nicht zur Wirtschaftseinheit führte, war es nur logisch, daß die Amerikaner nun die Bildung

eines westdeutschen Staates vorantrieben, nicht zuletzt in der Hoffnung, er würde schließlich durch größere politische Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand seine Anziehungskraft auf die anderen Zonen nicht verfehlen. Frankreich biß aus verschiedenen Gründen auf diesen Köder an, die Sowjetunion weigerte sich.

Natürlich liefen die drei Versuche, eine wirtschaftliche Einheit zu schaffen — via Kontrollrat, Länderrat und Bizonenbehörden — nicht völlig getrennt voneinander und folgten auch nicht ebenso logisch genau aufeinander. Nichtsdestoweniger scheint das vorliegende Material darauf hinzudeuten, daß die Amerikaner die Aktionen in etwa der genannten Reihenfolge unternahmen, wenn sie sich auch in gewisser Weise überschnitten.

Abkehr vom revolutionären Programm

Der wirtschaftliche Wiederaufbau, den die amerikanische Militärregierung anstrebte, gewann eine derartige Priorität, daß eben die demokratischen Institutionen, die sie ins Leben gerufen hatte, in ihrer Tätigkeit beschränkt wurden durch die Forderung, daß die Zentralbehörden (zuerst der Länderrat, dann die Bizonenbehörden und schließlich der Wirtschaftsrat) das entscheidende Wort bei jedem Interessenkonflikt mit den Ländern hätten. Die Dezentralisierung wurde dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zum Opfer gebracht. Überdies wurde 1946 und 1947 die Entnazifizierung modifiziert und 1948 ganz fallengelassen, gegen den Rat der deutschen Entnazifizierungsbehörden. Die Erklärung der amerikanischen Militärregierung für diese Preisgabe war klar und eindeutig: wirtschaftliche Erfordernisse und die Vermehrung der Produktion erforderten eine schnelle Beendigung der Entnazifizierung. Das grundlegende negative Programm, das die Amerikaner ursprünglich als Mittel gerechtfertigt hatten, um der Demokratie den Weg zu ebnen, war damit geopfert, zu einer Zeit, als nach Auskunft der Entnazifizierungsbehörden viele der schwerwiegenden Fälle noch nicht vor den Spruchkammern verhandelt worden waren. In demselben Maße ließ das amerikanische Interesse an institutionellen Reformen, wie Schulreform, Beamtenreform, immer weiter nach.

Aus all dem können eine Reihe von Schlußfolgerungen gezogen werden. Erstens: hinsichtlich ihrer Wirkung auf Deutschland war

die Besetzung zweifellos ein Interregnum, ein Zwischenspiel, eben ein Nullpunkt. Zweitens: das Schwergewicht der amerikanischen Politik verlagerte sich von anfänglich negativen und destruktiven Plänen späterhin auf positive und konstruktive Pläne. Drittens: die Amerikaner verfolgten mehrere, in gewisser Weise unvereinbare Pläne zu gleicher Zeit. Wie man die Bedeutung dieser Schlußfolgerungen über die Besatzungszeit für das heutige Deutschland einschätzt, hängt teilweise davon ab, wie man die verschiedenen Aspekte oder Phasen des Nullpunkts für Deutschland bewertet. Wenn man die Besetzung als eine Periode ansieht, in der die Alliierten die Überreste des Nationalsozialismus und die Gesellschaft, die seinen Aufstieg ermöglicht hatte, zerstören wollten, wird man dazu neigen, die Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Demontage und Dezentralisierung hervorzuheben. Die allmähliche Verlagerung der alliierten Politik von der strikten Verfolgung dieser Pläne zur schließlichen Aufgabe der Entnazifizierung, zum Marshall-Plan, zur Dezentralisierung und — viel später — zur Förderung der deutschen Wiederbewaffnung deutet auf eine Abkehr vom revolutionären Programm der Anfänge der Besetzung hin. Der 1. Juli 1948, der Tag, an dem die drei westlichen Militärgouverneure den westdeutschen Ministerpräsidenten die Bildung einer westdeutschen Regierung in Aussicht stellten, entspricht dem Thermidor in der Französischen Revolution. Er symbolisiert die Entscheidung, Deutschland zu restaurieren anstatt es zu revolutionieren.

Diese Interpretation hat zwar Anhänger, aber sie scheint im Moment von allen denkbaren Auffassungen am wenigsten Zustimmung zu finden. Dies mag dem Umstand zuzuschreiben sein, daß die Theorie von der Restauration dadurch an Glaubwürdigkeit verliert, daß sie zur zentralen Propagandathese des Ostens geworden ist.

Zu behaupten, der 1. Juli 1948 sei der Beginn einer Restauration, heißt auch indirekt der Anklage beipflichten, Westdeutschland sei ein remilitarisiertes, neofaschistisches, nicht gewandeltes Deutschland, das nichts hinzugelehrt und nichts vergessen hat. Auf diese Weise hat die kommunistische Propaganda nicht nur eine direkte, sondern auch eine indirekte Wirkung. Die direkte Wirkung ist das Ergebnis der ständigen Anklagen, Deutschland

sei neofaschistisch, revanchistisch und dergleichen. Die indirekte Wirkung äußert sich in dem offensichtlichen Widerstreben bei Gelehrten und Publizisten, ernsthaft die Möglichkeit zu erwägen, daß der 1. Juli 1948 eine Restauration darstellt, und sich ernsthaft mit der Bedeutung und Analyse dieser Restauration zu befassen. Eine gründliche Untersuchung könnte beispielsweise zu dem Ergebnis führen, daß die Restauration als stabilisierender Faktor notwendig war. Sie könnte erweisen, daß es nicht zwangsläufig zum Aufstieg Hitlers gekommen wäre, wenn die Weimarer Republik jemals eine ähnliche Chance gehabt hätte. Solche Untersuchungen kann es jedoch schwerlich geben, wenn die Restaurations-Theorie von vornherein ein negatives Vorzeichen erhält oder ihr sogar ein Geruch von Verrat anhaftet.

Besetzung als Zwischenspiel auf dem Wege zur Selbstregierung

Wenn man die Besetzung aus einem anderen Blickwinkel betrachtet und sie für eine Periode hält, in der die Militärregierung eine friedliche, künstliche Revolution heraufzuführen versuchte, verlieren die negativen Programme der Entnazifizierung, Demontage usw. den Charakter unabdingbarer Forderungen und werden statt dessen zu einer notwendigen Phase, die durchschritten werden mußte, bevor das langfristige Ziel der Demokratisierung direkt angesteuert werden konnte. Die negativen Programme waren unentbehrlich, aber sie dienten nur dazu, den Weg für das wahre Ziel der Besetzung zu bahnen. Sie waren nur Mittel zum Zweck. Nachdem sie einmal in die Tat umgesetzt waren — selbst wenn ihnen dabei nur mäßiger Erfolg beschieden gewesen sein sollte —, konnte Deutschland wieder seinen Platz in der europäischen Völkergemeinschaft einnehmen. Wenn gerade einige der einschneidenden Programme der Besetzung auch nicht für die Dauer bestimmt waren, reichte ihr Einfluß doch in die Zukunft. Der 1. Juli 1948 ist also nicht ein Thermidor, sondern das logische Ende eines Prozesses, zu dessen Verlauf die Deutschen stufenweise zur Selbstregierung kamen, und zwar von unten her.

Aus einer noch umfassenderen Sicht, in der Deutschlands wirtschaftliche Hilfsquellen, seine technischen Fähigkeiten und seine geographische Lage es zu einem integrierenden Bestandteil eines friedlichen politischen und wirt-

schaftlichen Gleichgewichts in Europa machen, das Hitler zerstört hatte, erscheint die Besetzung als ein bloßes Interregnum. Die Zeitspanne vom 8. Mai 1945 bis zum 1. Juli 1948 ist danach eine Phase, die unter dem Zeichen des Hungers, des Chaos, der Unschlüssigkeit und des Herumexperimentierens steht und das allgemeine Versagen der amerikanischen Politiker erweist, die wahre Bestimmung Europas in der Nachkriegswelt richtig einzuschätzen. Zu dieser Sicht der Besetzung gehört bei manchen Beobachtern der Gedanke, daß die Amerikaner in diesem Zeitraum die wahren Absichten des internationalen Kommunismus durchschauten. Überdies ist es eine Zeit, in der die Amerikaner erkannten, daß einige ihrer eigenen politischen Berater der kommunistischen Verschwörung, die Deutschland und Europa in ihre Gewalt bringen wollte, in die Hände arbeiteten. Nach dieser Auffassung ist der 1. Juli 1948 nicht ein Thermidor, sondern die Anerkennung der wahren Bestimmung Deutschlands in Europa, nach dem unglückseligen Zwischenspiel der Frühzeit der Besetzung, in der Kommunisten und Linksgerichtete den Ton angaben.

Die beiden letzteren Interpretationen scheinen einander zu ergänzen und stellen in dieser Form oder in Abwandlungen die gegenwärtig vorherrschende Ansicht von der Besetzungszeit dar. Amerikaner neigen dieser Deutung zu. Sie bagatellisiert nicht nur die Rolle der anfänglichen „Bestrafungs“-Programme, indem

sie sie entweder als Mittel zum Zweck ansieht oder als Irrtümer, für die gewisse politische Berater verantwortlich waren, die unsinnigerweise an die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion glaubten oder mit dem Makel kommunistischer Neigungen behaftet waren. Sie liefert auch die historische Begründung für die gegenwärtigen amerikanischen Bindungen an Deutschland und die Atlantische Gemeinschaft, indem sie die deutsch-amerikanische Freundschaft der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre als eine logische Entwicklung erscheinen läßt. Logisch, entweder weil die Amerikaner künstlich eine friedliche Revolution herbeigeführt hatten, um Deutschland wieder in die Gemeinschaft der Nationen zurückzuführen, oder weil Deutschland seinen traditionellen Platz im europäischen wirtschaftlichen und politischen Gleichgewicht wiedereingenommen hat. Schließlich ist diese Deutung geeignet, Verstöße gegen die demokratische Theorie und Praxis wie die Entnazifizierung und die Nürnberger Prozesse vergessen zu lassen. Sie wären dann wiederum nur Mittel zum Zweck gewesen, weil es verfehlte Unternehmungen nicht vertrauenswürdiger politischer Berater waren oder auf die erhitzten Leidenschaften der Kriegszeit zurückgingen.

Auch Deutsche finden die vorherrschende Interpretation der Besatzungszeit durchaus akzeptabel. Sie rechtfertigt indirekt die deutsche Kritik an der Entnazifizierung, der Demontage, dem Gedanken der Kollektivschuld und der Umerziehung. Das alles waren verfehlte Experimente, die die Amerikaner selbst gern vergessen möchten. Zumindest waren es

unerwünschte Mittel zu einem erwünschten Zweck.

Die frühzeitig einsetzende deutsche Kritik war also prinzipieller Natur und nicht das Ergebnis eines fortbestehenden Einflusses des Nationalsozialismus oder der Gesellschaft, die das Aufkommen des Nationalsozialismus ermöglicht hatte.

Die Deutung der Besatzungszeit als einer künstlich herbeigeführten Revolution oder einer Periode, in der die Amerikaner die wahre Bestimmung Deutschlands in Europa erkannten, wird in einem erheblichen Teil der gegenwärtig vorliegenden Literatur vertreten. Die weithin akzeptierte Kernstaatstheorie, die die fortdauernde Souveränität Deutschlands betont, läßt die Besatzungszeit zu einem Interregnum werden, während dessen die alliierten Mächte die oberste Gewalt in Deutschland innehatten, nicht auf Grund legaler Übernahme der Souveränität am 5. Juni 1945, sondern kraft militärischer Eroberung. Neuere Untersuchungen der Entstehung der Bundesrepublik, vor allem die von John Golay (*The Founding of the Federal Republic of Germany*, 1958) und Peter Merkl (deutsch: *Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1965), sehen die Quellen des Grundgesetzes in erster Linie in früheren deutschen Verfassungen und nicht in Vorschriften und Anordnungen der Alliierten. Somit bezeichnet die Annahme des Grundgesetzes die Wiederaufnahme der deutschen Tradition nach einem Zwischenspiel des Chaos, des Hungers, der Unschlüssigkeit und des Experimentierens, wie sie charakteristisch für militärische Okkupationen sind.

Die Entwicklung der deutschen Selbstverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach der Kapitulation der deutschen Streitkräfte am 7. und 8. Mai 1945 übernahmen die siegreichen Alliierten am 5. Juni „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Landes-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen“. Da es keine zentrale Regierung oder Behörde in Deutschland gab, die die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung übernehmen konnte, mußte die Verwaltung des Landes notwendigerweise in die Hände der vier Militärmächte übergehen, die Deutschland gemeinsam besiegt hatten. Diese Aufgabe wurde ursprünglich in jeder Zone so erfüllt, wie es die jeweilige Besatzungsmacht für richtig hielt. Nach der Errichtung des Alliierten Kontrollrats im Juli und der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens im August bestimmten die vier Besatzungsmächte, die den Wiederaufbau und die Entwicklung Deutschlands in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege beaufsichtigen sollten, die Politik und den Apparat, durch den sie verwirklicht werden sollte.

Nach dem Potsdamer Abkommen gehörte es zu den Zielen der Besetzung, „die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage“ vorzubereiten und die Verwaltung Deutschlands „in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung“ durchzuführen. Zu diesem Zwecke sollte „die lokale Selbstverwaltung ... in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt“ werden. Ferner sollte „der Grundsatz der Wahlvertretung ... in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen, so schnell wie es durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden“. Eine Zentralregierung sollte bis auf weiteres nicht errichtet werden, dafür aber

„einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen“.

Bedauerlicherweise gelang es den vier Mächten im Alliierten Kontrollrat in Berlin nicht, sich über die Durchführung dieser konstruktiven Maßnahmen zum Wiederaufbau der deutschen Selbstverwaltung zu einigen. Die verschiedenen Militärregierungen in den vier Besatzungszonen sahen sich daher gezwungen, ihre eigenen Wege zu gehen und eigene Zeitpläne aufzustellen. In der britischen und in der russischen Zone wurden zonale Verwaltungen für Lebensmittelversorgung, Verkehrs- und Finanzwesen usw. von den Militärregierungen geschaffen, um zu versuchen, das Vakuum, das der Zusammenbruch der deutschen Regierung hinterlassen hatte, auszufüllen.

Im Juli und August 1945 bemühte sich die amerikanische Militärregierung, den Kontrollrat dazu zu überreden, bestimmte zentrale deutsche Verwaltungen zu errichten, um dem Chaos, das zu dieser Zeit auf dem Gebiet des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Außenhandels, der Industrie und der Finanzverwaltung bestand, ein Ende zu setzen. Aber der französische und der russische Militärgouverneur weigerten sich, diese und andere Vorschläge in die Tat umzusetzen, die notwendig gewesen wären, um eine normale Verwaltungstätigkeit wiederherzustellen, und so mußte diese Aufgabe zonenweise durchgeführt werden. Als der gemeinsame alliierte Apparat immer weniger funktionierte, mußte jeder Militärgouverneur auf eigene Weise versuchen, nicht nur Leben und Ordnung zu erhalten, sondern auch den Wiederaufbau einer demokratischen Ordnung in Deutschland zu fördern.

Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden von den Amerikanern unter General Clay unternommen. Trotz der ungewöhnlichen Verwaltungsstruktur der amerikanischen Zone wurden so rasch wie möglich Länder gebildet und deutsche Politiker mit ihrer Verwaltung betraut. Das geschah auf Grund der Proklamation Nr. 2 der amerikanischen Militärregierung vom 19. September 1945, durch die

Bayern, Hessen und Württemberg-Baden als Länder geschaffen wurden. Die Freie Hansestadt Bremen wurde offiziell erst 1947 als Land gebildet, nachdem die verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten mit der die Stadt umgebenden britischen Zone beseitigt worden waren, wurde aber schon vorher als Land behandelt. Auf diese Weise setzten die Amerikaner nur wenige Monate nach der Kapitulation die deutsche Selbstverwaltung auf Länderebene wieder ein. Die Russen hatten inzwischen in ihrer Zone fünf Länder gebildet, die jedoch der Aufsicht von elf zentralen Zonenverwaltungen unterstanden.

Kurz danach, am 17. Oktober 1945, wurden die drei Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone zusammen mit dem Bürgermeister von Bremen nach Stuttgart gerufen, wo sie mit der Billigung General Clays den Länderrat gründeten.

Bei dieser Zusammenkunft der vier Ministerpräsidenten sagte General Clay: „Vier Länder stehen unter Ihrer Verantwortlichkeit . . . Eine Koordination dieser vier Länder ist aber notwendig; sie zu schaffen ist Ihre Aufgabe. Wir haben die Ministerpräsidenten dieser Länder zusammengerufen, um ein solches Instrument für Zusammenarbeit zu schaffen, und zwar mit dem Sitz in Stuttgart . . . Wir wollen, daß Sie in dieser Konferenz eine Geschäftsordnung aufstellen . . . Wir wollen Ihnen behilflich sein, die Ihnen übertragenen Aufgaben durchzuführen. Aber die Verantwortlichkeit liegt bei Ihnen.“ Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte er: „Die heutige Konferenz ist ein großer Schritt vorwärts, um die Verantwortlichkeit in die Hand der deutschen Regierungen zu legen und die Koordinierung der einzelnen Länder zu gewährleisten.“

In der Zeit von 1945 bis 1948 hatte der Länderrat, der seinen Sitz in der Villa Reitzenstein in Stuttgart hatte, beachtlichen Anteil am Wiederaufbau der notwendigen deutschen Institutionen. Es gelang ihm, Männer wie Heuss, Erhard und Schmid als Mitarbeiter zu gewinnen, die neben den sehr aktiven und bedeutenden Ministerpräsidenten der Länder nach der Gründung der Bundesrepublik noch eine wichtige Rolle spielen sollten. Außerdem diente der Länderrat als Zentrum, in dem deutsche führende Persönlichkeiten aus anderen Zonen, darunter Adenauer, Kopf und Schumacher, zu Diskussionen und Besprechungen zusammenkamen. Damit wurde er zum Sammelplatz, um den sich konstruktive Bemühungen um den Wiederaufbau des deutschen Staates kristallisieren konnten; er stellte po-

litische Richtlinien auf und brachte die Menschen zusammen, die zur Bewältigung der ungeheuren Aufgaben gebraucht wurden. Der Länderrat stellte in der Tat den ersten echten Schritt vorwärts beim Wiederaufbau der deutschen Verwaltung dar; seine Leistungen flößten einem Volk, das sich am Rande der Verzweiflung befand, neue Hoffnungen ein.

Rückblickend kann man heute auch sagen, daß der Länderrat die Keimzelle für weitere bedeutende Entwicklungen war, denn aus ihm ging erst die Bizone und schließlich die Trizone — die heutige Bundesrepublik Deutschland — hervor. Wie Hermann Dietrich bemerkt: „In diesem Länderrat ist die Keimzelle zur Wiedererstehung eines deutschen Staates und Reiches zu sehen.“ So arbeitete diese erste deutsche gemeinschaftliche Selbstverwaltungseinrichtung erfolgreich an der Weiterentwicklung der amerikanischen Zone; darüber hinaus wurde sie zu einem Zentrum der Arbeit, des Meinungs austausches und des Ansporns für umfassendere Bemühungen der Deutschen um die Entwicklung eines neuen demokratischen Systems. Die Worte, die Professor Dr. Geiler, der erste Ministerpräsident Hessens, bei der ersten Sitzung des Länderrats aussprach, hatten prophetischen Charakter: „So steht über unseren Verhandlungen und Beratungen ein doppelter Gedanke. Der eine ist die Förderung des Wohles des einzelnen Landes, der andere der darüber hinausgehende feste Wille, durch eine weitgehende Rechtsangleichung die Länder der amerikanischen Zone und möglichst auch die anderen Länder zu Pfeilern zu machen, auf denen, wenn die Zeit gekommen ist, über all den Trümmern und Ruinen, in denen das so schmählich zusammengebrochene Nazisystem unser armes Deutschland zurückgelassen hat, der Neuaufbau des Reiches auf demokratischer und rechtlicher Grundlage erstehen kann.“

Gleichzeitig mit diesen Vorgängen auf höchster Ebene ordnete General Clay im September 1945 in der amerikanischen Zone Wahlen in den Gemeinden und Ländern an, damit die deutschen Wähler ihre Beamten, die bisher von der Militärregierung ernannt worden waren, selber wählen konnten. Hiermit wurden die grundlegende amerikanische Direktive JCS 1067 sowie das Potsdamer Abkommen verwirklicht. Diese ersten Wahlen nach dem Kriege fanden von Januar bis Juni 1946 statt und führten bis zum Ende des Jahres schließlich zur Annahme neuer Länderverfassungen sowie zur Einsetzung gewählter Repräsentanten auf allen Ebenen.

Nach der langen Zeit der nationalsozialistischen Diktatur waren die Deutschen nun, von einer allgemeinen Kontrolle durch die Besatzungsbehörden abgesehen, wieder „Herr im Hause“. In der Verwaltung der Länder, Landkreise und Städte waren gewählte Repräsentanten im Amt und arbeiteten in einem verfassungsmäßigen Rahmen. In der amerikanischen Zone wurden die Dienststellen der Militärregierung bis auf Reste abgebaut.

Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Russen und den drei Westmächten über die deutsche Frage wurden von den beiden Außenministerkonferenzen des Jahres 1947 in Moskau und London beleuchtet und unterstrichen. Nach diesen Konferenzen gaben die Franzosen die Hoffnung, zu einem Übereinkommen mit den Sowjets zu gelangen, endgültig auf und erklärten sich bereit, mit den Engländern und Amerikanern zusammenzuarbeiten, damit wenigstens Westdeutschland eine eigene Regierung erhielt.

Als die drei Westmächte im Februar 1948 in London zu einer Konferenz zusammenkamen, war die deutsche Selbstverwaltung in den drei westlichen Zonen schon weitgehend Tatsache geworden. Die Sowjets hatten zwar Wahlen abgehalten, aber das Ergebnis kann kaum als demokratisch bezeichnet werden.

Einen anderen Aspekt der Entwicklung der deutschen Selbstverwaltung nach dem Kriege stellt die Gründung der Bizone dar. In diesem wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen mit der britischen Zone — Rußland und Frankreich weigerten sich, ihre Zonen anzuschließen — standen deutsche Vertreter der beiden Zonen an der Spitze eines komplizierten Verwaltungsapparates. Da die Engländer den Ländern ihrer Zone zu dieser Zeit noch keine umfassenderen Befugnisse gewährt hatten, wurde die britische Zone durch die deutschen Leiter der zentralen Zonenverwaltungen vertreten, während der Länderrat die deutschen Vertreter der amerikanischen Zone ernannte.

Die Arbeit in der Bizonenverwaltung, obwohl in mancher Hinsicht schwierig und enttäuschend, ermöglichte es den deutschen Verwaltungsbeamten, weitere gründliche Erfahrungen zu sammeln, während die häufigen Konferenzen der Ministerpräsidenten, denen der Länderrat als Vorbild diente, ein verantwortungsbewußtes Gremium für die Erörterung der weiteren Entwicklung bildeten.

So kam es dazu, daß die drei Westmächte die Ministerpräsidenten der Länder als die legitimen Vertreter des Volkes betrachteten und

sie mit den Vorbereitungen für den Entwurf einer Verfassung für alle drei westlichen Zonen beauftragten. Der Länderrat in Stuttgart, die Wahlen in den Gemeinden, Kreisen, Städten und Ländern, die Bizone und schließlich die Wahlen in der Trizone und der Parlamentarische Rat — das alles sind Stufen einer folgerichtigen Entwicklung, die 1949 in der Gründung der Bundesrepublik gipfelte.

Das Potsdamer Abkommen hatte eine demokratische Selbstverwaltung in Deutschland vorgesehen, aber Methode und Verlauf ihrer Verwirklichung in einem Teil des Landes hätte man 1945 nicht voraussehen können. Manchmal schien alles ganz hoffnungslos zu sein. Aber weder die Starrköpfigkeit der Russen und die Tatsache, daß sie ihre Verpflichtungen nicht einhielten, weder das langsame Tempo und die Skepsis der Franzosen noch die nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten, unter denen die Verwaltung auf allen Ebenen arbeiten mußte, konnten die Westdeutschen und die alliierten maßgebenden Persönlichkeiten daran hindern, den heutigen westdeutschen Staat zu gründen.

So hat sich aus dem Chaos, in das der Krieg Deutschland gestürzt hatte, eine auf der Zustimmung des Volkes beruhende demokratische Republik entwickelt. Zwar ist Deutschland auf Grund der Meinungsverschiedenheiten mit den Sowjets leider noch immer geteilt; aber es ist wenigstens zu zwei Dritteln frei und demokratisch, und die drei westlichen Alliierten sind noch immer verpflichtet, sich für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit einzusetzen. Ohne die hier knapp umrissenen Vorgänge hätte die Entwicklung sehr wohl zu einer Katastrophe für Deutschland — und für die Welt — führen können.

Bibliographie:

Pollock and Meisel, *Germany Under Occupation*, Ann Arbor 1947.

Lia Härtel, Hrsg., *Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets*, Stuttgart 1951.

W. Friedmann, *Allied Military Government in Germany*, London 1947.

Robert Miller, *The South German Länderrat: the Origins of Post-War German Federalism*, Dissertation, University of Michigan 1960.

Lucius D. Clay, *Decision in Germany*, New York 1950.

Reinhold Maier, *Ein Grundstein wird gelegt*, Tübingen 1964.

Hermann Dietrich, *Auf dem Wege zum neuen Staat*, Stuttgart 1951.